Volkswille

Bezugspreis: Durch Boten oder durch die Post ½ monatl. freibleibend 1.20 Mk. bei Postbezug Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. — Preis der Einzelnummer 10 Pfennig.

Organ der Sozialdemokratischen Partei

Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und der Arbeiter-Sportvereine

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Pfg., außerhalb 12 Pfg., für 1 mm Raumhöhe. Reklame für 1 mm Raumhöhe 50 Pf. Kleine Anzeigen 5 Pf. Zu berechnen nach dem amtlichen Berliner Dollar-Briefkurs des Vortages. — Inseraten-Annahme bis 17 Uhr.

Nr. 6 | Hauptgeschäftsstelle und Verlag Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernsprecher Sammelnummer 258 41 | Gelsenkirchen-Buer, Mittwoch den 8. Januar 1930 | Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33, Fernspr. Sammelnummer 258 41 Sprechstunde 17½—18½ Uhr | 12. Jahrg.

Scharfe Gegensätze im Haag

Was Schacht in Paris versäumt hat

Nach der 1. Lesung Einigung nur in Nebenfragen – Ein Moratorium, das widersinnig wäre
Die Verpfändung der Reichsbahneinnahmen wieder verlangt

Haag, 7. Jan. (Eig. Drahtber.) Das Dienstag-Pensum der Großmächte betraf am Vormittag zunächst lediglich die Frage, was nach Ablauf eines Moratoriums des aufschiebbaren Teiles der Jahreszahlungen geschehen soll: **Wie, wann und unter Hinzuziehung welcher Organe Deutschland in einem solchen Falle die rückständigen Zahlungen würde begleichen müssen.** Darüber wurde während der ganzen Vormittagssitzung nicht nur eifrig, sondern sogar heftig und schließlich ergebnislos diskutiert.

Deutschland, dessen Interessen vor allem durch den Reichsfinanzminister Moldenhauer vertreten wurden, stellte sich auf den Standpunkt, daß es widersinnig wäre, von ihm zu verlangen, daß es sofort nach Ablauf des Moratoriums nicht nur die regulären Zahlungen, sondern obendrein sofort noch die rückständigen Zahlungen leiste.

Als Hauptredner der Gläubiger-Mächte sprach der französische Ministerpräsident Tardieu, der umgekehrt fest dabei blieb, daß das gerade der Sinn des Moratoriums sei, daß aufgeschobene Zahlungen nach Ablauf des Zahlungsaufschubs wieder geleistet werden.

Moldenhauer erwiderte, daß der Sinn des Moratoriums doch der sei, daß Deutschland eine Erholungspause gewährt werde, falls es in Schwierigkeiten gerate. Wenn nun Deutschland gerade nach Ablauf dieser Atempause sogleich doppelte Zahlungen leisten müsse – die regulären und die rückständigen –, dann gefährde man den eigentlichen Zweck der Erholung.

Tardieu entgegnete, daß jede andere Lösung für die sofortige Nachzahlung der geschuldeten Summen den ganzen Young-Plan mit seinem Annuitäten-System über den Haufen werfen würde.

Die Diskussion wurde immer lebhafter und leidenschaftlicher. Als die Gegenseite einmal Moldenhauer die Zähigkeit vorwarf, mit der er auf seinem Standpunkt verharre, griff Curtius ein und betonte, daß die deutsche Delegation gerade dazu da sei, sich gegen neue Forderungen zur Wehr zu setzen.

Snowden wurde ungeduldig und schlug Vertagung vor, da man nicht vorwärts komme. So wurde die Angelegenheit an die Experten und Juristen zurückverwiesen.

Dieser Streit ist wieder einmal ein typischer Fall für die Leichtfertigkeit und Lückenhaftigkeit, mit der die Pariser Sachverständigen ihren Bericht seinerzeit verfaßt haben. Sie haben zwar den Fall eines Moratoriums für den geschützten Teil der Annuitäten vorgesehen, sich aber keine Gedanken darüber gemacht, was nach einem solchen Moratorium mit den geschuldeten rückständigen Summen geschehen soll. Jetzt müssen die deutschen Delegierten alle diese, von Herrn Schacht versehentlich oder absichtlich offen gelassenen Fragen ausfechten.

Am Nachmittag ging es nicht viel besser. In kleinen Punkten kam man zwar zur Einigung, aber ungelöst blieb die wichtige Streitfrage des sogenannten negativen Pfandrechts. Die Gläubiger hatten neuerdings eine Aktivierung des Pfandrechts auf die verschiedenen im Dawes-Plan verpfändeten Einnahmen: Zölle, Biersteuer und dergleichen gefordert, diese Forderung jedoch bald wieder fallen gelassen. Dafür verlangten sie jetzt, daß die Verpfändung der Einnahmen der Reichsbahn in irgendeiner positiven Form weiter bestehen bleiben sollte. Dies wurde aber von der deutschen Delegation entschieden abgelehnt, weil es über die Vorschrift des Young-Plans hinausgehen sollte. Darauf schlug die Gegenseite die Einsetzung eines Juristen-Ausschusses zur Prüfung dieser Frage vor. Aber das lehnte Dr. Curtius aus dem gleichen Grunde ab. So blieb auch dieser Streitpunkt noch in der Schwebe.

Schließlich warf Snowden noch die Frage auf, welche Richtlinien das vorgesehene Schiedsgericht für die Einnahmen der Reichsbahn zu befolgen haben würde und er wünschte eine nähere Interpretation des künftigen Reichsbahngesetzes, das im Entwurf vorliegt. Diese Frage wurde an die im Haag anwesenden Mitglieder jenes Organisationskomitees zurückverwiesen, das seinerzeit das Reichsbahngesetz ausgearbeitet hat.

Die Experten sollen die von Snowden aufgeworfene Frage prüfen und darüber baldigst berichten.

Mit dem Dienstag ist gewissermaßen die erste Lesung der noch offenen finanziellen Streitfrage beendet worden.

Die zweite Lesung soll am Donnerstag vormittag beginnen. Man darf sich aber nicht darüber täuschen, daß die Verhandlungen in ein schwieriges Stadium getreten sind und daß die erste Lesung die Einigung nur über einige Nebenfragen gebracht hatte, während die wichtigsten Streitpunkte bisher nicht beigelegt werden konnten. In der Frage der Sanktionen ist bisher noch kein weiterer Fortschritt erfolgt, aber die deutsche Delegation erwartet noch für die allernächste Stunde ein von den Franzosen in Aussicht gestelltes Schriftstück, in dem bestimmte Vorschläge formuliert sein werden.

Paris, 7. Jan. (Eig. Drahtber.) In allen Pariser politischen Lagern ist man davon überzeugt, daß es sich bei den im Haag noch zu überwindenden Schwierigkeiten nur noch um solche von untergeordneter Bedeutung handelt und der allseitig vorhandene Wille zum Entgegenkommen eine beruhigende Garantie für die Ueberwindung der noch bestehenden Differenzen darstellt. Das einzige Ereignis, das in Ermangelung von Sensationsmeldungen wegen der sachlichen Beratungen für die französische Presse am Dienstag abend als Sensation herhalten mußte, ist die bevorstehende Ankunft Dr. Schachts im Haag. Das Blatt „Paris-Midi" erklärt dazu, Schacht werde im Haag sicher keine Gelegenheit haben, die Arbeiten der deutschen Delegation zu sabotieren, sowie er im August Stresemann in den Rücken gefallen sei. Dazu habe man sein kleines Spiel zu gründlich durchschaut. Der Temps weist darauf hin, daß Schacht sich wohlweislich hütet, zur Frage des monatlichen Zahlungstermins eine Erklärung abzugeben, denn er selbst wisse ja ganz genau, daß in Paris der 15. als Fälligkeitstag bestimmt wurde und die deutschen Verzichtpolitiker hätten jetzt große Mühe, den Fehler Schachts wieder gut zu machen. „Die persönliche Politik Schachts, die sich bisher in hinterhältigen Manövern gegen das Kabinett Müller erschöpfte", lasse heute keinen Zweifel mehr über seine Absichten. Da es ihm nicht gelungen sei, den Youngplan, der seine eigene Unterschrift trage, zum Scheitern zu bringen und die Reichsregierung es abgelehnt habe, sein Memorandum zur Diskussionsbasis zu machen, suche er sich von der Verantwortung zu drücken, um sich in Zukunft seine politischen Chancen bei der deutschen Reaktion offen zu halten.

Staatssekretär Dr. Schäffer fährt nach dem Haag

Staatssekretär Dr. Schäffer vom Reichsfinanzministerium, der zur Förderung der Etatsvorarbeiten zunächst in Berlin verblieben war, fährt, dem „Berliner Tageblatt" zufolge, heute abend nach dem Haag.

Die bulgarischen Reparationen

Haag, 7. Januar. (Drahtmeldung.) Thema der Verhandlungen des Komitees für die Ostreparationen waren heute den ganzen Tag die bulgarischen Reparationen. Eine Einigung ist noch nicht erzielt. Der von dem Unterausschuß gestern vorgelegte Vorschlag sieht eine Anfangszahlung mit fünf Millionen Goldfranken jährlich vor, eine Endziffer von 18 Millionen und einen Durchschnittswert von 12½ Millionen, während sich die Bulgaren darauf berufen, daß ihnen schon früher eine Annuität von 11 Millionen zugebilligt worden sei und ihrerseits etwa zehn Millionen bieten. Die Dauer dieser zinsfreien Abgeltungsleistung soll auf 36 Jahre bemessen werden. Die Verhandlungen gehen über den gleichen Gegenstand morgen weiter, so daß die ursprünglich vorgesehenen Verhandlungen mit der ungarischen Delegation voraussichtlich weiter hinausgeschoben werden.

Die Dauer der Haager Konferenz

Paris, 7. Januar. (Drahtmeldung.) **Wie der Haager Berichterstatter des „Matin" meldet, hält Ministerpräsident Tardieu an der Ueberzeugung fest, daß die Haager Konferenz bis zum 14. 1. beendet sein werde, so daß der französische Ministerpräsident rechtzeitig zur Eröffnung der ordentlichen Parlamentssession nach Paris zurückkehren könne.**

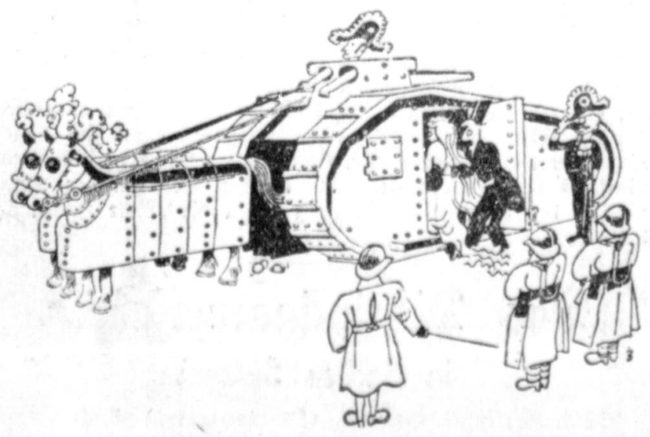
Die Bergarbeiter schauen nach Genf

Nach 2tägiger Arbeitszeit-Debatte der Entwurf des Internationalen Arbeitsamtes als Grundlage zur weiteren Beratung angenommen

Genf, 7. Jan. (Drahtmeldung.) Bei Fortsetzung der allgemeinen Aussprache über die Arbeitszeit kam heute vormittag in der Kohlenkonferenz hauptsächlich der Standpunkt der Unternehmer zum Ausdruck, die gegen den vom Arbeitsamt vorgelegten Vertragsentwurf zahlreiche Bedenken geltend machten, so daß sich dessen Direktor Thomas am Schluß der Vormittagssitzung genötigt sah, mit Nachdruck auf die Beantwortung der Fragen zu bestehen, welche Teilprobleme nach der Meinung der beratenden technischen Vorkonferenz zum Abschluß internationaler Abkommen reif sind, und ob der vom Arbeitsamt vorgelegte Entwurf über die internationale Vereinheitlichung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau Möglichkeiten für eine internationale Verständigung biete. Die allgemeine Aussprache dürfte heute nachmittag ohne klare Stellungnahme abgeschlossen werden, so daß die sachliche Behandlung der Festsetzung der Dauer der Arbeitszeit und ihrer einheitlichen Berechnungsmethode erst im Ausschuß erfolgen wird.

Der deutsche Unternehmervertreter Dr. Jüngst ging in seinen kritischen Darlegungen davon aus, daß die Weltkohlenkrise von 1925 bereits stark gemildert sei; die Kohlenförderung habe, bis auf England, das Ausmaß von 1913 überschritten und auch die Absatzverhältnisse hätten sich gebessert. Auch die Krise für die Arbeiterschaft sei weitgehend überwunden, die Arbeitszeit überall herabgesetzt, und auch die Arbeitslosigkeit habe im Kohlenbergbau nachgelassen. Dem Versuch, eine wirtschaftliche Erkrankungserscheinung mit sozialistischen Mitteln durch Kürzung der Arbeitszeit und Vereinheitlichung der Löhne heilen zu wollen, könne er nicht beistimmen. Die Kohlenkrise müsse vielmehr durch eine internationale Kohlenverständigung geheilt werden. In bezug auf die besondere Lage Deutschlands erklärte er: Wir sind völlig im Ungewissen wie sich der Youngplan auf unsere Wirtschaft auswirken wird; deshalb können wir uns nicht die Hände binden und auf die Anwendung eines der Mittel, die uns gegebenenfalls die Erfüllung der uns auferlegten Verpflichtungen ermöglicht, nämlich die Mehrarbeit, verzichten. Aus diesem Gesichtspunkte heraus hat das deutsche Unternehmertum dem Washingtoner Abkommen nicht zugestimmt. Eine Verkürzung der Arbeitszeit, so bemerkte er zum Schluß seiner Ausführungen, würde einen Leistungsrückgang

Liebling des Volks zu sein ...



Das italienische Kronprinzenpaar beim Besteigen der Brautkutsche.

und Erhöhung der Kohlenpreise und damit Verteuerung insbesondere in der internationalen Produktion herbeiführen. Eine Folge hiervon wäre die Steigerung des amerikanischen Wettbewerbes und damit wieder Verminderung des europäischen Absatzes und neue Kohlenkrise.

Jedenfalls wisse man nichts über die Auswirkungen der geplanten Maßnahmen, so daß sie einen Sprung ins Dunkle bedeuten würde. Trotz ihrer Bedenken seien aber die Unternehmer bereit, für die Fertigstellung des vorliegenden Gesetzeswerkes ihre sachverständige Unterstützung zur Verfügung zu stellen.

Genf, 7. Jan. (Drahtmeldung.) Die Kohlenkonferenz hat nach zweitägiger allgemeiner Aussprache über die Arbeitszeit beschlossen, den vom internationalen Arbeitsamt vorgelegten Vertragsentwurf als Grundlage ihrer weiteren Beratung anzunehmen. Von Unternehmerseite erwartet man für die artikelweise Beratung des Vorentwurfes wichtige Abänderungsanträge. Der morgige Mittwoch ist für die Aussprache über die mögliche internationale Regelung der Löhne und der anderweitigen Arbeitsbestimmungen bestimmt, für die aber nur ein Beschluß für die allgemeinen Richtlinien zu erwarten ist. Der letzte Teil der allgemeinen Aussprache brachte eine längere Erklärung des Präsidenten Smith, der in seiner Eigenschaft als englischer Regierungsvertreter den gestrigen Erklärungen seines Stellvertreters Sir Sydney Chapman, nachträglich eine positive Bedeutung gab und das unverändert große Interesse der englischen Regierung an der internationalen Regelung der Arbeitsfrage im Kohlenbergbau unterstrich. Er erklärte, die englische Regierung stehe vollkommen zu der Initiative in der letzten Völkerbundsversammlung. Ihre Verwirklichung würde für die ganze europäische Wirtschaft Vorteile mit sich bringen. Die Regierungsvertreter Polens und der Tschechoslowakei machten dagegen weitgehende Vorbehalte gegen jede Einengung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Kohlenmarkt und im Interesse ihrer nationalen Kohlenwirtschaft geltend.

Die Arbeitergruppe wandte sich mit besonderer Schärfe gegen die von der Unternehmergruppe vorgebrachten Argumente und trat lebhaft für die Sonderbehandlung der Bergleute ein, die wegen der beschwerlichen und gefährlichen Arbeit in der Grube schon vor dem Kriege besondere Arbeitsgesetze besaßen. Der deutsche Arbeitervertreter erinnerte dabei besonders an die hohen Unfallziffern im Kohlenbergbau, die in Deutschland nur noch von denen der Schiffahrt übertroffen würden. Er sagte, in den Jahren 1927/28 seien 80 Prozent der gesamten Belegschaft in Deutschland und auch in den anderen kohlenproduzierenden Ländern krank gewesen. Diese außerordentlich hohen Unfall- und Krankheitsziffern beweisen schon allein die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau.

Der Raiffeisenskandal wächst

Der Staatsanwalt sah 5 Jahre zu - Was wird er jetzt tun?

Berlin, 7. Jan. (Eig. Drahtber.) Zu einer unvermuteten Sensation kam es am Dienstag im Raiffeisen-Untersuchungsausschuß des preußischen Landtags, wo der Direktor Albert vernommen wurde. Die Zustände, die Albert in der Raiffeisenbank antraf, spotteten jeder Beschreibung und waren derart, daß sie nach Ansicht des Zeugen mit dem Betrieb einer geordneten Bank überhaupt nicht in Vergleich gestellt werden konnten. Statt der Direktoren, denen es an banktechnischer Kenntnis fehlte, herrschte unbeschränkt die „zweite Garnitur" der Prokuristen. Während bei großen Banken Kredite und ihre Sicherheit bis ins Kleinste sowohl nach der materiellen, wie nach der juristischen Seite hin vorgeprüft werden, so daß jeder Irrtum ausgeschlossen ist, konnte es bei der Raiffeisenbank vorkommen, daß statt einer als Sicherheit versprochenen ersten Hypothek tatsächlich eine zweite Hypothek von Schuldnern gegeben wurde. Der Zeuge äußert sich dann zu dem Verzeichnis, daß Uralzeff im September 1925 über den angeblichen Bestand seines Lagers bei der Speditionsfirma Koch aufgestellt hatte, das der Raiffeisenbank als Sicherheit verpfändet war und aus dem er einen Wert von 6,8 Millionen Mark errechnete. Der Zeuge hat dieses Verzeichnis der Lagerbestände, die in erster Linie aus hochwertigen Edel-Chemikalien bestehen sollten, dem Sachverständigen, Apotheker Sauer vorgelegt, der bereits nach flüchtiger Durchsicht von wenigen Sekunden sagte:

Diese Liste ist Schwindel.

Um soviel Morphium und andere Chemikalien auf Lager zu haben, mußte Uralzeff die ganze deutsche Jahresproduktion in diesen Medikamenten mehrere Jahre lang aufgekauft haben. Uralzeff hatte Zehntausende von Kilogrammen als Mengen von Medikamenten angegeben, als deren ärztliche Maximaldosis Tausendstel Gramme vorgeschrieben sind.

Mit seinem angeblichen Morphium-Vorrat hätte man die gesamten Armeen des Weltkrieges betäuben können. Eine Revision des Lagers, die der Zeuge zusammen mit dem Angestellten Zerbel vornahm, brachte den ganzen Schwindel heraus. Gerade die Kisten mit den angeblichen wertvollen Edelchemikalien fehlten. Die Kisten, die Morphium enthalten sollten, enthielten in Wirklichkeit Ampullen mit in Kreide hergestellter Morphium-Lösung von 0,002 Prozent Stärke, zum Teil war die Ware bereits übergegangen. Für Deutschland war sie auf alle Fälle unverwertbar, weil sie den heutigen Vorschriften nicht entspricht. Der Zeuge Zerbel bestätigte und ergänzte diese Angaben. Bei Kenntnisnahme dieser unerhörten Betrügereien, die hier nur in gröbsten Umrissen wiedergegeben worden sind, erhob sich immer wieder im Ausschuß die Frage: Und der Staatsanwalt?

Fast fünf Jahre sind seit diesen Betrügereien vergangen, trotzdem ist der Zeuge Albert bis heute noch nicht vom Staatsanwalt vernommen worden, ebensowenig der Apotheker Sauer. Es ist unerfindlich, daß vier Jahre lang zur Sühne solcher Riesenbetrügereien nichts Ernsthaftes unternommen worden ist. Es bleibt nur eine Annahme, daß nämlich gewisse Herren von der Raiffeisenbank, Uralzeff vor den Anklagebehörden gedeckt haben, weil sie selber vor den Enthüllungen dieses Strafverfahrens schauderten. Es ist bereits ein deutlicher Erfolg des Untersuchungsausschusses sichtbar, daß er nämlich im fünften und letzten Jahr vor der Verjährung die Staatsanwaltschaft zum Vorgehen zwingt.

Die Amerikaner unterwegs

Amerikanischer Auftakt zur Seeabrüstungskonferenz

Washington, 7. Jan. (Drahtmeldung.) Die amerikanischen Delegierten für die Londoner Flottenkonferenz begeben sich heute nach einem Abschiedsfrühstück beim Präsidenten Hoover nach Neuyork, wovon sie am 9. Januar abreisen werden. Wie verlautet, sind die amerikanischen Delegierten bereit, eine neue Einschränkung der Flugzeugmutterschiffe zu erörtern, falls diese Frage aufgeworfen werde.

Nach der „Neuyork World" sollen die Delegierten auch für den Anschluß eines Ergänzungsabkommens zum Kelloggvertrag sein. Dieser Vertrag würde dem Viermächtepakt über den Stillen Ozean entsprechen und einen Meinungsaustausch der Signatarmächte des Kelloggpaktes im Falle der Kriegsgefahr vorsehen.

Washington, 7. Jan. (Drahtmeldung.) Präsident Hoover gab heute der amerikanischen Delegation zur Londoner Seemächtekonferenz ein Abschiedsfrühstück. Im Anschluß daran wurde eine Kundgebung des Präsidenten veröffentlicht, in der es u. a. heißt:

Ich habe die Ueberzeugung, daß die ganze Nation der Delegation zur Seemächtekonferenz eine glückliche Reise und ihren Bemühungen Erfolg wünscht. Die Völker und Regierungen der fünf an der Konferenz teilnehmenden Mächte sind alle von dem ehrlichen Wunsch beseelt, daß ein Abkommen zustande kommt, durch das nicht nur das Wettrüsten beendet, sondern auch eine tatsächliche Verringerung der Rüstungslasten herbeigeführt wird. Eine für alle fünf Mächte annehmbare Basis zu finden, wird große Schwierigkeiten bereiten. Diese Schwierigkeiten sind aber nicht unüberwindlich. Die auf der Seemächtekonferenz zur Beratung stehenden Probleme enthalten so viel technische Spezialfragen, daß mit einem schnellen Abschluß der Arbeiten nicht gerechnet werden kann. Es wäre an sich schon ein großer Erfolg, wenn man in drei oder vier Monaten fertig werden könnte. Es handelt sich um die wichtigste internationale Konferenz seit Jahren und wahrscheinlich für absehbare Zeit in der Zukunft. Ich hoffe, daß unser eigenes Volk die Arbeit unserer Delegation unterstützt, indem es Geduld beweist, die Delegation ermutigt und nicht sie kritisiert. Wir gehen nach London in einer Atmosphäre internationaler Freundschaft und wir haben die Pflicht, soweit es an uns liegt, diese Atmosphäre zu erhalten.

Zum selben Thema erklärte heute Staatssekretär Stimson in einer zur Reproduktion im Tonbild bestimmten Ansprache, die achtjährige Ruhepause, die seit 1922 im Bau von Großkampfschiffen geherrscht habe, habe die Befriedung der Welt und das Gefühl der Sicherheit außerordentlich gefördert. Nunmehr laufe diese Frist ab und man wolle versuchen, ob man sie nicht verlängern und gleichzeitig den Bau von Kreuzern, Zerstörern und U-Booten vertraglich begrenzen könne, sowohl um die gewaltigen Baukosten zu verringern, wie um das Gefühl der Sicherheit und den Gedanken der internationalen Verständigung noch weiter zu stärken.

Dies sei das Ziel Amerikas wie der anderen vier Regierungen, mit denen der Staatssekretär Vorbesprechungen gehabt habe, die vom freundschaftlichsten Geist erfüllt gewesen seien.

Einer hat Bedenken

London, 7. Januar. (Drahtmeldung.) Der Admiral der Flotte Lord Beatty erklärte heute einem Vertreter des Evening Standard seine ernste Besorgnis über den Vorschlag der Regierung, die Kreuzerstärke der britischen Flotte von 70 Schiffen auf 50 herabzusetzen. Er erklärte, er sehe die Lage als sehr ernst an.

Den Volksentscheid verschlafen

Die Verkündigung des Freiheitsgesetzes vom Reichskanzler gefordert

Berlin, 7. Januar. (Drahtmeldung.) Das Präsidium des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren behandelte heute die aus der Durchführung des Volksentscheides sich ergebenden Forderungen und Aufgaben. An den Reichskanzler wurde ein Schreiben gerichtet, in welchem die Verkündigung des Freiheitsgesetzes gefordert wird. Besondere Maßnahmen wurden gegen die Propaganda von links beschlossen. Im Hinblick auf die ihm bevorstehenden Aufgaben ergänzte sich das Präsidium durch die Zuwahl einiger Persönlichkeiten aus verschiedenen Teilen des Reiches.

Bayern und die Demokratie

Der Kampf ums Wahlrecht

Berlin, 7. Januar. (Drahtmeldung.) Der Präsident des bayerischen Staatsgerichtshofes hat, wie das Berliner Tageblatt, meldet, die mündliche Verhandlung der Beschwerde der deutschen demokratischen Partei und der Wirtschaftspartei in Bayern über die Frage des Landtagswahlrechtes auf den 11. Februar anberaumt. Sie wird in München stattfinden. Nach Auffassung des Berliner Tageblattes wird das Urteil für die politische Entwicklung in Bayern von entscheidender Bedeutung sein.

Bildtelegraphie Berlin-London

London, 7. Januar. Der neue Bildtelegraphendienst zwischen London und Berlin wurde heute nachmittag in Anwesenheit zahlreicher geladener Gäste vom Generalpostmeister feierlich eröffnet. Während gleichzeitig von Berlin und London die Bilder des Reichspostmeisters Dr. Schätzel und des Generalpostmeisters Lees Smith, sowie ihrer Botschaften telegraphisch übermittelt wurden, gab der Generalpostmeister der Presse einen Ueberblick über den neuen Dienst, der in der Hauptsache zunächst von der Presse und dem Kriminalerkennungsdienst, später auch von der breiten Oeffentlichkeit, in weitestgehendem Maße benutzt werden soll. Der Generalpostmeister hatte seine Ausführungen kaum beendet, als auch schon die Uebermittelung der Photographien des deutschen Reichspostministers und seiner Botschaft an den Generalpostmeister beendet war. Das außerordentlich klar übermittelte Telegramm des Reichspostministers, das von der Abendpresse an hervorragender Stelle veröffentlicht wird, enthält folgende Botschaft an den britischen Generalpostmeister: „Der Bildtelegraph fördere und vertiefe die Verkehrsbeziehungen zwischen unseren Ländern! Ihnen und Ihrer Verwaltung freundlichsten Gruß." Die Uebermettelung, zu der Siemens Telefunkenapparat verwendet wird, ging mit bewunderungswürdiger Glätte von statten.

Im Antiquitätenhandel

Der Welfenschatz nach Frankfurt verkauft

Frankfurt a. M., 7. Januar. (Drahtmeldung.) Drei Frankfurter Antiquitätenfirmen haben den Welfenschatz von dem Besitzer, dem Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, erworben. Ueber die weitere Zukunft des Schatzes lassen sich z. Z. noch keine bestimmten Angaben machen. Entsprechend der außerordentlichen künstlerischen und historischen Bedeutung des Schatzes wird eine von Autoritäten bearbeitete Publikation vorbereitet.

Saarverhandlungen am 15. Januar

Die Saarverhandlungen, die am 20. Dezember abgebrochen wurden und die ursprünglich am 10. Januar in Paris wieder beginnen sollten, werden, nachdem durch die Haager Konferenz eine gewisse Verzögerung eingetreten ist, laut Vossischer Zeitung, am 15. Januar in Paris von neuem aufgenommen werden.

Der Rathenaumörder in Freiheit

Nach Blättermeldungen aus Halle ist der im Zusammenhang mit dem Mord an Rathenau seiner Zeit verurteilte Ernst Werner Techow am Dienstag nachmittag nach siebeneinhalbjähriger Haft aus dem Strafgefängnis Halle freigelassen worden.

Der Schwindel der Roten Fahne

Strafantrag des Reichsinnenministers

WTB. **Berlin**, 7. Januar. Wegen der in der „Roten Fahne" vom 4. Januar aufgestellten wahrheitswidrigen Behauptung, daß ein im „Hamburger Anzeiger" veröffentlichtes angebliches Rundschreiben der KPD. vom Pressereferenten im Reichsministerium des Innern, Dr. Haubach, im Auftrage des Reichsministers des Innern gefälscht worden sei, hat der Reichsminister des Innern Strafantrag gegen die „Rote Fahne" gestellt.

Das Disziplinarverfahren

in Sachen Sklarek

WTB. **Berlin**, 7. Januar. (Drahtmeldung.) Nach umfangreichen Ermittlungen ist jetzt die Arbeit des vom Oberpräsidenten zur Feststellung der disziplinaren Verfehlungen in dem Falle Sklarek eingesetzten Untersuchungskommissars, Oberregierungsrat Tapolski, soweit gediehen, daß in einigen Fällen die Voruntersuchung bereits geschlossen werden konnte. Beendet ist die Disziplinar-Voruntersuchung gegen die Stadtbankdirektoren Dr. Lehmann und Zetzel, gegen die nunmehr der Staatsanwalt Anklage erheben muß. In einer Reihe weiterer Disziplinarfälle gegen städtische Beamte ist im Laufe der nächsten Woche der Abschluß der Voruntersuchung zu erwarten. Die Ermittlungen im Falle Böß dauern immer noch an, während die Voruntersuchung gegen den Stadtkämmerer dadurch ins Stocken geraten ist, daß Lange erkrankt und infolgedessen nicht vernehmungsfähig ist.

Wichtigtuer

Kein Verbot der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei

Berlin, 7. Januar. (Drahtmeldung.) In der nationalsozialistischen Pressekorrespondenz wird behauptet, es sei dem Abgeordneten Kube aus der Umgebung des Reichspräsidenten mitgeteilt worden, daß ein Verbot der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei beabsichtigt sei und daß der preußische Ministerpräsident Braun sich des Einverständnisses des Reichspräsidenten mit diesem Verbot versichert habe. Von zuständiger Stelle verlautet, daß davon kein Wort wahr sei. Die Nationalsozialisten wollten sich anscheinend durch das Ausstreuen einer Meldung von ihrem Verbot wichtiger machen als sie sind.

Landtagsbeginn am 21. Januar

Berlin, 7. Jan. (Drahtmeldung.) Präsident Bartels hat soeben eine berichtigte Ausgabe für die Tagesordnung der ersten Plenarsitzung des Preußischen Landtages nach den Weihnachtsferien am 21. Januar herausgegeben. Das Haus wird sich zunächst mit etwa 15 Einzelanträgen des Landwirtschaftsausschusses zu beschäftigen haben. Dann kommt ein Bericht des Geschäftsordnungsausschusses zur Debatte, der die Zahl der Beisitzer so erhöhen will, daß auch Demokraten und Wirtschaftspartei dabei beteiligt werden. Hierauf ist der Beginn der zweiten Lesung des Haushaltes für 1930 angesetzt. Die zweite Etatberatung beginnt beim Gestütetat.

Nr. 6. 12. Jahrg. Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen-Buer. Mittwoch, den 8. Januar 1930.

Stadt Gelsenkirchen-Buer.

Gelsenkirchen-Buer, den 8 Januar 1929.

Ge senkirchens Ge enstoß!

Zur Prägung des Stadtnamens.

Von der Leitung der wirtschaftlichen Verbände von Gelsenkirchen und Horst wird uns mitgeteilt:

„Der Ausschuß der wirtschaftlichen Verbände von Gelsenkirchen und Horst ladet hiermit zu einer großen Kundgebung am Mittwochabend ein, in der zur Frage der

Vereinfachung des Stadtnamens Stellung

genommen werden soll. Die Stadtverwaltung hat sich den Klagen und Gründen der Gelsenkirchener Wirtschaft und der übrigen Bevölkerungskreise nicht länger verschließen können und sich entschlossen, den durch den Doppelnamen geschaffenen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu bereiten. Darum schlägt sie in ihrer von der Mehrheit des Hauptausschusses bereits gebilligten Vorlage die Einführung des einheitlichen Stadtnamens Gelsenkirchen vor. Wirtschaft und Bevölkerung von Gelsenkirchen und wohl auch von Horst bringen durchaus Verständnis dafür auf, daß man sich im Stadtteil Buer gegen diese allein aus zwingender sachlicher Notwendigkeit geborene Maßnahme zur Wehr setzt.

Sie bedauert es aber aufs tiefste, wenn unmehr von Buerscher Seite aus diese rein sachlichen Argumente in die Gebiete des persönlichen und unsachlichen Angriffs getragen werden.

Insbesondere protestieren sie gegen den Vorwurf, als beabsichtige man mit dieser Namensänderung einen Akt der Vergewaltigung oder der Willkür gegenüber dem Stadtteil Buer.

Gegen diese Kampfesweise gilt es, von Gelsenkirchen aus gebührend Stellung zu nehmen

und die in den verschiedenen Buerschen Kundgebungen enthaltenen Angriffe vernunftgemäß zu beleuchten, um dadurch diese ganze unsachliche Auseinandersetzung auf ihre sachliche Basis zurückzuführen. In der Kundgebung am Mittwoch soll deshalb — das sei ausdrücklich betont — nicht der gleiche Ton angeschlagen werden, wie er jetzt aus Buer herüberschallt. Es gilt vielmehr, den sachlichen Standpunkt der Stadtteile Gelsenkirchen und Horst zur Stadtnamensfrage klar und mit allem Nachdruck herauszustellen

Dazu werden alle Kreise der Wirtschaft und Bevölkerung von Gelsenkirchen und Horst ebenso herzlich wie dringend eingeladen. Ihre starke Anteilnahme an einer beiden befriedigenden Regelung dieser für die Gesamtheit bedeutsamen Frage muß heute abend durch Massenbesuch zum Ausdruck kommen!" (Genaueres siehe im heutigen Inseratenteil.)

Kundgebung zur Frage des Stadtnamens

Vom Arbeitsausschuß der wirtschaftlichen Verbände wird uns geschrieben:

Die fortwährenden Unzuträglichkeiten, die sich aus dem Doppelnamen „Gelsenkirchen-Buer" ergeben haben, haben die Stadtverwaltung zur Einbringung einer Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung veranlaßt, die den Namen „Gelsenkirchen" für die Gesamtstadt herstellen will. Dieser Absicht wird von Buer aus mit öffentlichen Kundgebungen entgegengetreten.

Der Arbeitsausschuß der wirtschaftlichen Verbände, der sich zur Wahrung der berechtigten Interessen der Gelsenkirchener Wirtschaft und Bevölkerung gebildet hat, ist zwar der Auffassung, daß öffentliche Kundgebungen kein geeignetes Mittel sind, kommunale Notwendigkeiten zu beraten. Der Ausschuß hat sich deshalb, trotz des lebhaften Verlangens eines Teils der Mitglieder, von solchen Kundgebungen ferngehalten. Nachdem jedoch die Frage des Stadtnamens in Buer in öffentlichen Kundgebungen, und zwar in einer Form behandelt wird, die jede Sachlichkeit vermissen läßt, muß sich auch die Gelsenkirchener Bevölkerung mit dieser Frage öffentlich beschäftigen.

Wenn man in Buer stets von einem „Leidensweg" spricht, dabei aber vergißt, daß Gelsenkirchen für Buer ganz unerhörte Leiden und Opfer auf sich genommen hat, wenn man Gelsenkirchener Persönlichkeiten, die sich selbstlos für die Gesamtheit einsetzen, als „Einpfischer" und ihre Bemühungen als „Gewaltpolitik" bezeichnet, so zeugt das von einer Böswilligkeit oder Skrupellosigkeit, die im Interesse des Wohlergehens der Gesamtheit nicht länger unwidersprochen hingenommen werden kann.

Wer stets von Gemeinschaftsgeist spricht, diesen aber stets vermissen läßt, setzt sich der Vermutung aus, daß dieser Gemeinschaftsgeist nur vorgegeben wird, um um so leichter Lokalegoismus betreiben zu können.

Es sei in der Frage des Stadtnamens übrigens daran erinnert, daß die unbefangene Horster Bevölkerung und ebenso der größte Teil des Stadtteils Erle sich entschieden für die Aenderung des Namens einsetzt.

Der Arbeitsausschuß will durch seine heutige Kundgebung nicht die Massen „aufpeitschen", er will vielmehr in sachlicher Form die Gründe darlegen, die eine Beibehaltung des jetzigen Doppelnamens einfach unmöglich machen.

Er erwartet deshalb ein volles Haus, damit alle Stimmen zu Wort kommen, die den Doppelnamen als eine verkehrstechnische Unmöglichkeit, eine Quelle ständiger Nachteile und Schäden und ein Haupthindernis auf dem Wege der Ordnung und des Zusammenwachsens des Gemeinwesens betrachten.

Das Jugendherbergswesen 1930

Benutzungsbestimmungen für Jugendherbergen

In Anbetracht des Jahreswechsels und der Erfahrung in der letztjährigen Wanderzeit, erscheint es angebracht, noch einmal in den Tageszeitungen auf die allgemeinen Benutzungsbestimmungen, die für die Jugendherbergen maßgebend sind hinzuweisen. Immer noch kommt es vor, daß die Herbergseltern, so leid es ihnen auch tun mag, einkehr- und nächtigungswünschende Gäste wegen Nichterfüllung der Bedingungen abweisen müssen. Die JH. (Jugendherbergen) stehen der gesamten unter einem verantwortlichen Führer wandernden Jugend sowie Einzelwanderern beiderlei Geschlechts bis zum vollendeten 20. Lebensjahre offen. Alle Besucher der JH. unterwerfen sich ohne weiteres diesen Bestimmungen für die Benutzung der JH., deren Kenntnis vorausgesetzt wird, und der in jeder JH. ausgehängten Hausordnung. Sie bezieht sich neben selbstverständlich allgemeinen Ordnungspflichten auf Verbot von Alkohol und Nikotin. Der Herbergsvater hat das Recht, bei größeren Verfehlungen die JH.-Benutzer auszuweisen.

Aufnahme finden nur Wanderer (auch Radfahrer, Bootfahrer, Schneeläufer), also Naturfreunde, nicht aber Arbeitsuchende, Geschäftsreisende, Sommerfrischler und dergleichen. Jugendgruppen, deren Führer nicht in der JH. nächtigen, werden nicht aufgenommen.

Für örtliche Benutzer der JH. besteht eine Ausweispflicht. Die entsprechenden Ausweise müssen von den OG. oder, falls diese nicht vorhanden, von der zuständigen Gaugeschäftsstelle ausgestellt und unterschrieben sein, ferner mit abgestempeltem Lichtbild versehen sein, falls der Besitzer nicht ein anderes abgestempeltes Lichtbild bei sich führt.

Jugendliche Einzelwanderer bis zum vollendeten 20. Lebensjahre, sowie solche jungen Leute, die sich nachweislich in Berufsausbildung befinden, vom 21. bis 25. Lebensjahre, haben sich durch den Bierbenausweis mit einer gültigen Jahresmarke von 50 Pf. auszuweisen.

Besucher über 20 Jahre müssen im Besitz der Mitgliedskarte sein, welche mit gültiger Jahresmarke mindestens 3 RM. kostet. Unsere Ortsgruppen sind berechtigt, je nach Lage der Verhältnisse noch einen Zuschlag bis 1 RM. zu nehmen. Für diesen Beitrag wird kostenlos die monatlich erscheinende Zeitschrift „Die Jugendherberge" und das Gaublatt der westdeutschen Gaues die „Westdeutsche Herbergswarte" geliefert.

Bei geführten Gruppen bedürfen die Jugendlichen oder Schüler bis 20 Jahre, oder nachweislich in Berufsausbildung Begriffene bis zum 25. Jahre in Gruppen von mindestens drei Teilnehmern einschließlich eines verantwortlichen mit einem gültigen Führerausweis versehenen Führers keinen Ausweis. Den Führerausweis erhält der Führer, welcher mindestens 16 Jahre alt sein muß, als Leiter von Jugend- oder Schulgruppen entweder durch seinen korporativ angeschlossenen Verein, oder die Schule. Die Führerausweise werden in der Regel von den Schulen oder von den als Mitgliedern angeschlossenen Vereinen bei dem zuständigen Gau oder den Ortsgruppen bestellt. Die einzelnen Ausweise für Mitglieder, für Führer und für Jugendliche haben nur Gültigkeit in Verbindung mit der eingeklebten Marke für das Jahr 1930.

Für den Gau Sauerland besteht mit ganz wenigen Ausnahmen ein einheitliches Uebernachtungsgeld von 25 Pf. einschließlich Licht und Heizung für Jugendliche, während über 20jährige 55 Pf. zahlen.

In sämtlichen JH. ist die Möglichkeit vorhanden, sich das Essen selbst zu bereiten. Wir können nicht genug warnen, JH. ohne vorherige Anmeldung aufzusuchen. Wir empfehlen dringend vor Festlegung der Fahrt unter Benutzung der Doppelmeldekarten, welche jeden Zweifel in der Feststellung und Beantwortung ausschließen, sich anzumelden. Sie ersparen Zeit und mancherlei Aerger. Nichts ist unangenehmer als nach anstrengender Fahrt wegen verspäteter, oder nicht erfolgter Anmeldung keine Bleibe zu finden.

Wir betonen auch nochmals, daß die Ausweise nicht etwa von den Herbergseltern ausgestellt werden dürfen, sondern daß die Ausweise vorher bei den zuständigen Stellen geholt werden müssen.

Für das Jahr 1930 ist allgemein in den JH. die Einführung des Wäschezwanges vorgesehen. D. h. also, daß jeder Nächtigende für 30 Pf. Wäschegebühr zwei Bettlaken vom Herbergsvater beigestellt bekommt. Von dem Wäschezwang entbunden ist der Besitzer eines Nessel bzw. Leinenschlafsackes. Dieser Schlafsack, er kostet 2,50 RM zuzüglich Porto, und kann durch die Gaugeschäftsstelle Iserlohn bezogen werden, gehört zur Ausrüstung eines jeden Wanderers.

Einsichtige Schulvorstände halten schon seit längerem für ihre wandernden Klassen einen Bestand von Schlafsäcken.

Zu allen Auskünften sind die Ortsgruppen, oder, falls solche nicht vorhanden, die Gaugeschäftsstelle, Iserlohn, Wallstraße 31, Fernsprecher 1777, gern bereit.

Achtung!

Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei!

Sonntag, den 12. dieses Monats, morgens Punkt 10 Uhr, im kleinen Saale der Ausstellungshalle, Gelsenkirchen, Augustastraße:

Große politische Aussprache.

Reichstagsabgeordneter Janschek spricht über das Thema: Warum Rücktritt Hilferdings? Mit der Aufrollung dieser Frage werden sämtliche schwebenden Fragen, insbesondere der Steuer- und Finanzreform, einer Prüfung unterzogen werden müssen.

Kein Mitglied darf in dieser Versammlung fehlen. Parteimitgliedsbuch legitimiert!

Einführung von Freunden der Partei durch Mitglieder gestattet.

Der Vorstand: Brüntink.

Stadtverordnetenersatzwahl.

Auf Grund des § 8 des Gemeindewahlgesetzes vom 24. Februar 1924 ist an Stelle der Stadtverordneten Ehefrau Pfeilsdring, die ihr Amt niedergelegt hat, die Ehefrau Margarete Zingler, Gelsenkirchen, Waltrautstraße 1, als gewähltes Mitglied in die Stadtverordnetenversammlung berufen worden.

Die SPD. verlangt Auskunft über die Kündigung von Stammarbeitern!

Auf die Tagesordnung der Stadtverordnetensitzung am Donnerstag ist nachträglich als Punkt 12 ein Antrag der Fraktion der SPD. gesetzt worden, der

„Stellungnahme zur Kündigung städtischer Stammarbeiter"

verlangt.

Wir hatten unsere Leser vor einigen Tagen bereits durch einen Artikel über die in mehreren städtischen Betrieben erfolgten Kündigungen in Kenntnis gesetzt. Die Stadtverwaltung wird nun in der nächsten Stadtverordnetensitzung über ihre Maßnahmen Rechenschaft ablegen müssen.

Tragischer Tod eines Gelsenkircheners.

In der Silvesternacht erstochen worden.

In der Silvesternacht wurde ein aus Gelsenkirchen stammender junger Mann in Iserlohn erstochen. Ueber die Tat berichtet die „Iserlohner Tagespost" u. a.:

„Der in unserer Stadt als Straßenmusikant bekannte 29jährige Arbeiter August Wiegand, Westergraben 1, gebürtig aus Gelsenkirchen, wurde nach einem Wortwechsel von dem Arbeiter Paul Schuster, Obl 21, durch einen Stich in das Herz getötet. Der Täter wurde von der Polizei verhaftet und dem Gerichtsgefängnis zugeführt. Wie die sofort aufgenommenen Ermittlungen ergaben, hatte W. mit einem anderen einen Wortwechsel, der in Handgreiflichkeiten ausartete. Ohne jede Veranlassung mischte sich, nachdem die Auseinandersetzung der beiden Streitenden schon beendet war, Sch. hier ein und schlug ohne weiteres auf W. los. Dieser setzte sich zur Wehr und versetzte dem Sch. einige Schläge mit der flachen Hand. Sch. sprang zurück und suchte offenbar nach einem geeigneten Gegenstand in seinen Taschen, wo er jedoch nichts fand. Er lief dann, so schnell er konnte, in seine Wohnung. Eben wollte W. mit seiner Braut am Arm nach Hause gehen, als plötzlich Sch. in Hemdsärmeln aus dem Hause gestürzt kam, auf W. zulief und diesem, ehe es einer verhindern konnte, einen Stich mit einem Messer in das Herz versetzte. Mit dem Ruf: „Ich bin gestochen worden" brach W. sterbend zusammen. Während man sich um den Verletzten bekümmerte, flüchtete der Täter. Der Schwerverletzte wurde in das Haus getragen, wo der schnell herbeigerufene Arzt Dr. Weihmar nur noch den Tod feststellen konnte. Die inzwischen herbeigerufene Polizei, Schutzpolizei und Kriminalbeamten nahmen sofort die Verfolgung des Täters auf, der, trotzdem die ganze Nachbarschaft abgesucht wurde, nicht aufgefunden werden konnte. Erst gegen 4 Uhr morgens wurde er von einem Schutzpolizeibeamten gestellt und festgenommen. Es wird angenommen, daß Sch. sich für eine von der Braut des W. erhaltene gerechte Abweisung an ihrem Bräutigam hat rächen wollen.

Arbeiterwohlfahrt Gelsenkirchen.

Heute Handarbeitsstunde im August-Bebel-Haus.

Gut abgelaufen! In der Hedwigstraße spielte ein Kind mit einer brennenden Kerze am Fensterbrett, die Gardine fing Feuer und brannte im Augenblick. Das Kind ist zum Glück nicht zu Schaden gekommen. Das Feuer wurde sofort von den Bewohnern gelöscht.

Ausstellung von Christian Rohlfs zum 80. Geburtstag.

Hagen 22 Dezember 1929 bis 19. Januar 1930.

Die Stadt Hagen vermittelt verdienstvollerweise gegenwärtig einem größeren Publikum die Bekanntschaft mit dem vielseitigen Maler Christian Rolfs. Am 22. Dezember 1929, dem 80. Geburtstag des Künstlers, beging man nach einem Auftakt im Stadttheater die feierliche Eröffnung der Ausstellung in den Räumen des Karl-Ernst-Osthaus-Bundes. Auswahl und Aufstellung hat Otto Holtze besorgt.

Das ist das Leben Christian Rohlfs: Geboren in Niendorf bei Lezzen am 22. Dezember 1849, erwirbt er sich in rastloser, fleißiger Arbeit handliche Geschicklichkeit, die in der Folgezeit die Grundlage seiner Wirksamkeit wird, bis er über die Landschaftsmalerei den sicheren Weg zur eigenen Tongebung findet und sich zur persönlichen Form durchringt. Aber der äußere Erfolg bleibt versagt. Ein Leben voller Entbehrung und Not steht hinter dem Künstler, als Karl Ernst Osthaus ihn 1901 zur Leitung der Folkwangschulen nach Hagen beruft. Eine ganz neue Welt eröffnet sich dem bisher Gebundenen. Nicht nur die Sorge des Lebens tritt in den Hintergrund. Auch der innere Mensch wird geläutert und rein, und das Geschenk dieser Jahre ist eine Freiheit, die in diesem Alter — Rohlfs ist über die Fünfzig schon hinaus — wohl noch nie einem Strebenden zuteil ward. Abgesehen von kurzen Unterbrechungen, lebt der greise Künstler rüstig und in eifriger Tätigkeit, wie die letzthin entstandenen Werke beweisen, in Hagen

Der Gang durch die Bilderreihen zeigt unverhohlen, wie manche Station Rohlfs hat passieren müssen. Aber nie hat ihn eine ausgesprochene Richtung anziehen und festhalten können. An Extremen vorbei, immer in Fühlung mit der Kunst der Zeit, hat er den eigenen Ausdruck gefunden. Das bezeichnende Merkmal dieser Kunst ist die Verbindung der Farbwirkung, die er oft zu märchenhafter Schönheit bringt, mit einer reinen, tiefgründigen Einbildung und Phantasie, die ihn jenseits der blutvollen Wirklichkeit das wahrhaft Reale erleben läßt. „Gethsemane", das in der Nationalgalerie Aufstellung gefunden hat, wird eine unvergeßliche Begegnung mit diesem Menschen bleiben. Seine Weimarer Zeit hat eine Reihe zarter, stimmungsvoller Gemälde entstehen lassen. Genannt seien: „Schloßbrücke in Weimar" und „Brücke in Weimar".

Immer wieder ist es die Landschaft, sei es Thüringen oder Holstein, die Darstellung findet. Selbst der Zirkus ist in diese Umgebung hineingestellt. Das Problem der Lichtwirkung findet eine eigenartige und interessante Lösung in „Lichter am Abend".

Ein Aufenthalt in Soest hat Rohlfs diese Stadt mit den vielen Türmen und den bunten, losen Häuserreihen nicht wieder vergessen lassen, und immer wieder treibt es ihn an diese Stelle zurück. „Soest", „Haus in Soest", „Turm von St. Pauli in Soest".

Die starke Religiosität des Künstlers und der Hang zum Uebersinnlichen haben ältere Stoffe neu und in dieser Art wieder einmal schaffen können. „Auferstehung", beinahe monumental, in würdevoller Feierlichkeit. Die „Austreibung aus dem Paradies" hat mehrfache Gestaltung gefunden.

Jüngeren Datums sind: „Akrobatin" und „Tänzerinnen".

Bei den Aquarellen überwiegen Blumenbilder, die so leicht dahingehaucht sind und bei Betonung des künstlerischen Willens doch eine so reizvolle Natürlichkeit ausströmen, daß man sie gern den gedankenvollen Gemälden an die Seite setzt. „Rote Rosen", „Weiße Tulpen", „Gelbe Tulpen" sind nur einige wenige dieser frischen Arbeiten, die fast gleich sind in dem Stoff, und von denen doch jede einen nachhaltigen, unausweichlichen Eindruck hinterläßt.

Wenn schon bei manchen Temperagemälden ein leiser Versuch zum Grotesk-Komischen in der Andeutung hervorbrach, so beschert uns Rohlfs mit den Aquarellen eine ganze Zahl so sicher pointierter und äußerlich meisterhafter Grotesken, daß man bedauert, davon nicht mehr vorzufinden. Nicht nur „Die schlechten Streichhölzer", die, wie andere („Streitende Teufelchen"), nicht ohne Bitterkeit sind. Leichter und humorvoller „Mädchenakt, japanisierend", „Die Schnecke" u. a. Bilder dieser Art sind bei den Holzschnitten noch vorhanden, wie auch einige der von dem Meister selbst angefertigten Stickereien mit dieser Tendenz spielen.

Rohlfs letztes Erlebnis war das Meer und das Aufgehen der nördlichen Landschaft. Gemälde und Zeichnungen sind im Anschluß hieran entstanden. „Landschaft bei Ascona", „Brücke im Maggiatal", „Strand am Abend" (Mistroy).

Christian Rohlfs ist nun 80 Jahre alt. Man glaubt es nicht, wenn man vor seinen Gemälden steht. Dahinter scheint eine Manneskraft zu sammeln und zu wirken. Vielleicht ist es Rohlfs vergönnt, noch lange Jahre in Stille und Einsamkeit zu schaffen. Das ist der Wunsch aller, denen er wert geworden ist. H. Cl.

Verkehrsunglück. Gestern nachmittag ereignete sich am Moltkeplatz ein folgenschweres Verkehrsunglück. Ein Auto fuhr in ziemlich schnellem Tempo über die Bochumer Straße. An der Josefstraße, gegenüber dem Moltkeplatz, kam ein Trupp von Schülern der Fortbildungsschule auf Fahrrädern daher und bog in die Bochumer Straße ein. Das Auto, das die Radfahrer sehen mußte, gab kein Hupensignal, und so kam es, daß ein Junge mit seinem Rade von dem Auto direkt in der Mitte angefahren wurde. Das Rad wurde durch den Anprall vollständig demoliert. Der Junge wurde besinnungslos zum nächsten Arzt geschafft und von dort ins Krankenhaus. Ein Polizeibeamter war sofort zur Stelle.

Buer.

Gewinne der Arbeiter-Wohlfahrtslotterie.

Die Gewinne zu 2 und 3 RM. sind nicht im Goldberghaus, sondern in der Wohnung des Genossen Bruhne, Lindenstr. 9, abzuholen, jedoch erst in einigen Tagen, da die Gewinne noch nicht eingetroffen sind.

Der Raubüberfall noch nicht geklärt. Zu dem kürzlich verübten Raubüberfall auf eine Verkäuferin der Filiale R. in Buer-Erle erfahren wir, daß es der Kriminalpolizei trotz eifrigster Nachforschung nach den Tätern bisher noch nicht gelungen ist, Klarheit in dieses Verbrechen zu bringen. Drei der Tat verdächtige Erler Burschen mußten nach längerer Vernehmung wieder freigelassen werden, da sie ihr Alibi nachweisen konnten. Von den hinterlassenen Fußspuren im Garten wurden von der Polizei Gipsabdrücke gemacht. Leider wurde die Flucht der Täter bekanntlich sehr durch die in den Erler Straßen herrschende Dunkelheit begünstigt.

Verscheuchte Diebe. In der Nacht zum Dienstag verübten Spitzbuben einen Einbruch bei dem Metzger B. in Buer Süd. Die Diebe waren bereits durch das Oberlicht der Ladentür eingestiegen und hatten eine Menge Fleisch- und Wurstwaren nach draußen befördert, als sie bemerkt wurden und die Flucht ergriffen. Hierbei mußten sie ihre Beute im Stich lassen. Leider sind sie in der Dunkelheit in Richtung Schalke Nord entkommen. Es dürfte sich um dieselben Einbrecher handeln, die derselben Metzgerei bereits in der Nacht auf Samstag einen erfolgreichen Besuch abstatteten.

Fundsachen! Im Monat Dezember 1929 wurden auf dem Fundbüro im Rathaus zu Buer, Zimmer 11, folgende Fundsachen abgegeben bzw. gemeldet: Gefunden sind: Ein Kneifer, eine Brosche (Kuhlrohr), ein Herrenhut, eine Aktentasche mit Inhalt, zwei Pelze, zwei Damenhandtaschen mit Inhalt, eine Damen-Armbanduhr, ein Herrenmantel u. Hut, ein Portemonnaie mit Inhalt. Zugelaufen: Ein Hund (Dogge). Auf den angeschlagenen Auszug aus dem Fundverzeichnis am Schwarzen Brett im Rathaus wird hingewiesen.

Horst.

Fundsachen! Im Monat Dezember wurden auf dem Fundbüro in Horst, Zimmer 24, an Fundsachen abgegeben: Ein Damenschirm, ein Paar Glacehandschuhe, zwei Binder, ein Schal, ein Strickkleid, eine Kinderschürze und zwei Taschentücher.

Schlägerei. Am 5. dieses Monats, gegen 19.30 Uhr, wurde eine Polizeistreife in Horst darauf aufmerksam gemacht, daß in einem Hause an der Devenstraße eine Schlägerei stattfinde. Als der Beamte erschien, machte er die Feststellung, daß ein dort wohnhafter Bergmann J. G. einen im Hause wohnenden M. R. mit einer Kohlenschaufel am Kopfe erheblich verletzt hatte. Ferner hatte G. seinen dort wohnhaften Schwiegervater zu Boden geworfen und dann auf denselben eingeschlagen. G., der von dem Guten zuviel genossen hatte, mußte nun zum Schutze seiner Familie und der übrigen Hausbewohner den Weg zur Wache antreten.

Ein Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum 5. dieses Monats in einem an der Markenstraße in Horst gelegenen Kaufhause B. verübt. Hier drückten die Täter eine Schaufensterscheibe ein und entwendeten dann aus der Schaufensterauslage etwa 20 Einsatzhemden und 15 Sportmützen im Gesamtwerte von 150 RM. Die Einsätze der Hemden sind rötlich, bläulich und grünlich gestreift. Die Mützen sind von brauner, grauer und rötlicher Farbe. Die Täter haben sich in Richtung Rennbahn durch die Schrebergärten entfernt und auf ihrem Wege 3 Hemden und eine Mütze verloren. — In der Nacht zum 6. dieses Monats wurde bei einem an der Horster Straße wohnhaften Metzger B. eingebrochen. Hier stieg ein Dieb durch das Oberlicht des Schaufensters in den Laden, während der zweite draußen stehen blieb. Als die über dem Laden schlafende Tochter des B. vom Geräusch erwachte und Licht machte, ergriffen die Täter die Flucht. Für etwa 25 RM. Wurst konnte auf der Straße vorgefunden werden, welche der eine Täter im Laden dem zweiten durch das Oberlicht zugeworfen hat. Der eingestiegene Dieb trug alte schwarze Hausschuhe, die er vor dem Einsteigen vor die Ladentür stellte und bei der Flucht stehen ließ und in Strümpfen davonrannte.

Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum Sonntag haben bisher noch nicht ermittelte Diebe dem Geschäftshaus Brand, Markenstraße 31 einen Besuch abgestattet. Die Einbrecher zertrümmerten eine Schaufensterscheibe und haben u. a. Hemden, Mützen usw. an sich genommen und sind mit ihrer Beute entkommen.

Böse Buben. Ein Einbruchsdiebstahl wurde am 5. dieses Monats, gegen 20.45 Uhr, der Polizei in Horst gemeldet. Hier hatten vier Schüler, D., H., M. und H. aus der Heßler Straße bei einem Kaufmann H. dortselbst an dem Kellerfenster den Maschendraht durchstoßen und mit einem Stock mehrere Flaschen Kognak und Wein durch das Kellerfenster gezogen. Die Schüler tranken dann einen Teil der Getränke, bis sie stark angetrunken waren, und zerschlugen dann die übrigen Flaschen.

Düsseldorfer Mordpsychose überall.

Ein Wattenscheider Junge, der als Geschäftsreisender einer Wattenscheider Firma einen großen Teil von Deutschland regelmäßig bereist, hatte jüngst in einem kleinen thüringischen Städtchen ein aufregendes Erlebnis. Auf ungeklärte Art und Weise hatte sich dort das Gerücht verbreitet, der Düsseldorfer Mörder sei dort aufgetaucht, und man glaubte, in dem Wattenscheider Besucher seiner habhaft werden zu können. Mitten in der Nacht wurde der junge Mann aus dem Schlafe geholt und von bis an die Zähne bewaffneten Kriminal- und Polizeibeamten in seinem Zimmer verhaftet. Alle seine Versuche, sich zu legitimieren, waren erfolglos, da man die vorgewiesenen Papiere kategorisch als gefälscht erklärte, zumal die Altersangaben nach Ansicht der Polizeibeamten in keiner Weise als zutreffend angesehen wurden. Schwer bewacht wurde der Verhaftete in Polizeigewahrsam übergeführt und dort so lange festgehalten, bis die drahtlich eingeholten Ermittlungen ergaben, daß die Phantasie der Polizeibehörde einen Streich gespielt und es mit den Angaben und der Harmlosigkeit des Wattenscheiders schon seine Richtigkeit habe. Es blieb dann nichts anderes übrig, als den jungen Mann unter Entschuldigungen wieder freizugeben. Aber noch während seines ganzen Aufenthalts ging die geängstigte Bevölkerung scheu und im großen Bogen um den „Mörder" herum

Buerscher Gerichtstag.

Ein Reichswehrsoldat überfallen und mißhandelt.

Wenig Freude hatte der Reichswehrsoldat R. von hier, der sich in den Tagen des Monats August in Buer auf Urlaub befand. Er betrat am 3. August, in den Abendstunden, eine Wirtschaft an der Schalker Straße, wo sich ein anderer junger Mann zu ihm gesellte. Es muß dann wohl der Soldat aus Versehen das Bier des Arbeiters N. ausgetrunken haben, der sich ebenfalls in der Gaststätte befand. Ohne jeden Grund hatte sodann N., der mit zwei Kumpanen unter der Anklage der gefährlichen Körperverletzung stand, dem Soldaten einen Schlag an den Kopf versetzt. Der Getroffene wollte einem Streit aus dem Wege gehen und begab sich bald darauf ohne Begleitung nach draußen. Hier angelangt, erhielt er ganz unerwartet einen heftigen Schlag mit einem Stock auf den Hinterkopf, so daß er besinnungslos zusammenbrach. Alsdann haben, wie zwei Zeugen gestern bekundeten, die drei Angeklagten und noch einige andere junge Männer auf den Soldaten eingeschlagen und ihm das Seitengewehr entrissen. Die dem jungen Soldaten zu Hilfe kommenden Männer erhielten ebenfalls Schläge mit Zaunlatten. Als der Kampf beendet war, wurde der verletzte Soldat in die Wirtschaft gebracht. Er hat längere Zeit krankfeiern müssen. Seine Uniform war total beschmutzt. Bei der Auseinandersetzung auf der Straße hatte sogar einer der Angreifer den Versuch gemacht, einem seiner Gegner mit dem Seitengewehr einen Schlag zu versetzen. Zum Glück wurde dem Angegriffenen aber nur der Hut vom Kopfe geschlagen. Wegen dieser rohen Tat hatten sich N. und Genossen zu verantworten. Sie verlegten sich aufs Leugnen und stellten die Sache viel harmloser dar. Einer gab allerdings zu, Schläge ausgeteilt zu haben. Das Gericht erkannte wegen dieser ungemein rohen Tat bei N. auf eine Geldstrafe von 75 und bei T. auf eine solche von 50 RM. Der Haupttäter St., der bereits mit Gefängnis vorbestraft ist, erhielt zwei Monate Gefängnis. Er braucht die Strafe nicht abzusitzen, wenn er eine Buße von 100 Reichsmark zahlt. Außerdem wurde beschlossen, daß die Täter an den Soldaten je 150 RM. Buße zahlen.

Eingesandt.

Neuer Orchesterversuch.

Im März vergangenen Jahres versuchte ein Herr Graf aus Bochum hierselbst ein Orchester zu errichten. Es wurden Musiker von auswärts herangezogen. Dieses Unternehmen dauerte nur kurze Zeit, Herr Graf mußte sein Amt niederlegen. Es übernahm nun ein Herr Edel die Kapelle. Infolge der verheerenden Tätigkeit der im Musikerberuf tätigen Nebenberufler mußte leider die Kapelle aufgelöst werden. Unter Mitwirkung des Arbeitsamts haben sich nun die übriggebliebenen Mitglieder mit hiesigen Berufsmusikern vereint und unter dem Namen Gelsenkirchener Stadt-Kapelle ein Orchester in Stärke von 25 Mann zusammengestellt. Die Proben finden regelmäßig jeden Mittwoch von 11 bis 1 Uhr im Tiergarten statt, woselbst Interessenten Gelegenheit haben, die Güte des Orchesters festzustellen; auch werden daselbst Bestellungen entgegengenommen. Das Orchester ist auf Streich- und Blasmusik eingestellt, insbesondere wird auf die moderne Jazzmusik Wert gelegt. In kurzer Zeit wird das Orchester durch öffentliche Konzerte der Bürgerschaft zeigen, daß es wohlberechtigt ist, den Namen Gelsenkirchener Stadt-Kapelle zu führen. Es liegt dann an den Behörden, der Bürgerschaft und an den Vereinen, dies junge Unternehmen recht kräftig zu unterstützen. Es ist leider traurig, daß auf der einen Seite sich unzählige Personen einen Doppelverdienst verschaffen, während auf der anderen Seite die Berufsmusiker der öffentlichen Wohlfahrt zur Last fallen müssen. Es muß dies unbedingt erwähnt werden, denn sobald die Bürgerschaft und die Vereine zu der Einsicht kommen, daß in dieser schweren Zeit das beengte Arbeitsfeld dem Berufsmusiker zusteht, und sie bereit sind, etwaige Musikaufträge diesem Orchester zu übertragen, dann wird dieses ganz bestimmt eine Zierde der Stadt Gelsenkirchen werden, und das Orchester wird bestrebt sein, durch gute Darbietungen seinen Namen zu festigen.

J. A.: H. Schlingmann.



Kaufleute, die ihre Ausverkäufe durch den Anzeigenteil des »Volkswillen« bekanntmachen, werden mehr bieten können. Bekanntlich verbilligt Werbung immer den Preis der Ware, weil ihr Umsatz dadurch gesteigert und vor allen Dingen stetig erhalten wird, unter der Voraussetzung allerdings, daß die Werbung keine Umwege einschlägt, sondern sich bevorzugt des Mittels bedient, dessen Sachlichkeit nicht nur in Fachkreisen anerkannt ist, sondern auch dem Publikum nützlich ist: der Anzeige in der guten Tageszeitung. Leser des »Volkswillen«! Bevorzugt die in Eurem Blatt werbenden Unternehmen!

Legitimationskarten für ausländische Arbeiter.

Die Pressestelle des Polizeipräsidiums teilt mit:

Die ausländischen Arbeiter sowie die Arbeitgeber, die ausländische Arbeiter beschäftigen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Umtausch der Arbeiterlegitimationskarten und der Befreiungsscheine aus dem Jahre 1929 bis 28. Februar 1930 bei den zuständigen Polizeirevieren zu erfolgen hat.

Die Umtauschgebühr für die Arbeiterlegitimationskarten beträgt 3 RM. und für die Befreiungsscheine 1,50 RM. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die Beschäftigung nicht legitimierter ausländischer Arbeiter bei Strafe verboten ist.

Achtung! Sitzung der SPD.-Fraktion!

Die Sitzung der SPD.-Stadtverordnetenfraktion wird heute (Mittwoch), um 19 Uhr, im Gewerkschaftshaus Gelsenkirchen abgehalten. Der Fraktionsvorstand tritt bereits um 17.30 Uhr zusammen.

An der Fraktionssitzung nehmen teil die gewählten Stadtverordneten und der kommunale Beirat.

Theater / Musik.

Städtische Veranstaltungen Gelsenkirchen-Buer.

„Mona Lisa", eine Oper von Max Schillings,

bringt das Dortmunder Stadttheater in der Schauburg in Buer morgen (Donnerstag) abend zur Aufführung. Spielbeginn 19.30. Uhr. Nichtvormieter erhalten Karten zu 1, 2, 3 und 4 RM. im Rathaus Buer (Zimmer 17), Hans-Sachs-Haus (Zimmer 228), bei Arenhold (Buer), Urbanusbuchhandlung (Buer), Verkehrsverein (Buer), Verkehrsverein (Horst), bei Volmer (Herten), Overmeyer (Dorsten) und eine Stunde vor Beginn an der Abendkasse.

*

Senff-Georgi,

der beliebte Weder fröhlicher Stimmung, gastiert am Freitag dieser Woche (10. Januar) mit einem lustigen Abend im Hans-Sachs-Haus. Stark und vielseitig im Ausdrucksvermögen, ist dieser beliebte Vortragskünstler vor allem Interpret unserer besten nord- und süddeutschen Dichter und Schriftsteller, und zwar ein so vorzüglicher Dolmetsch dieser Autoren, daß sich wohl nur wenige mit ihm in der ursprünglichen Auffassung und nachschöpferischen Wiedergabe fremder Ideen zu messen vermögen. In meisterhaftem Rhythmus eines Durcheinanders offenbart er — bei aller Schärfe — einen launigen Humor, mit dem er das Publikum anpackt und es immer wieder zu herzlichem Lachen zwingt. Der Abend kann allen, die einmal ein paar Stunden vergnügt sein wollen, bestens empfohlen werden. Karten zu 0,50 und 1,00 RM sind im Hans-Sachs-Haus (Zimmer 228), Rathaus Buer (Zimmer 17), in den bekannten Verkaufsnebenstellen der Stadt und am Freitag an der Abendkasse zu haben. Beginn 20 Uhr

Filmschau.

„Melodie des Herzens",

der erste Ufa-Ton- und -Sprechfilm im Ufa-Theater „Schauburg", Gelsenkirchen.

Der Tonfilm marschiert. Die Männer, Regisseure und Schauspieler, Photographen und Tonmischer, Techniker und musische Menschen, die mit am Werke sind, erklären alle, daß in den letzten Monaten jeder Tag für den deutschen Tonfilm einen Fortschritt gebracht habe. Man habe das erste Stadium überwunden, man sei nahe daran, die Kunst des Werkes und das Leben der Geräusche mit dem Bild auf der flimmernden Leinwand zu einem großen künstlerischen Eindruck zu vereinen. Dieser deutsche Tonfilm „Melodie des Herzens" ist ein großer Erfolg. Man kann diesen Erfolg vielleicht am stärksten so formulieren, daß man nach Kenntnis der großen amerikanischen Filme sachlich feststellen kann: Dieser deutsche Tonfilm ist den amerikanischen Erzeugnissen überlegen in der Richtung, daß er die Stimmung des Lebens, das Weben der Natur, um es so auszudrücken, dem Zuschauer stärker und innerlicher übermittelt, als es die Amerikaner können. Die bisherigen Vorstellungen in der Schauburg waren restlos ausverkauft. Man tut gut daran, nach Möglichkeit die Nachmittagsvorstellungen zu besuchen.

Ein neuer deutscher Tonfilm-Sieg!

In Berlin und im Reich ist jetzt ein neuer deutscher Tonfilm, „Nur dich hab ich geliebt!" angelaufen. Die Hauptdarsteller sind: Mady Christians, Hans Stüwe, Walter Jankuhn, Kl. Marion Konradi, Trude Berliner, Fritz Alberti, Hans Mierendorf, Hermann Picha und Carl Platen. Wir erhalten über die Berliner Uraufführung folgenden Bericht: „Ganz ausgezeichnet ist hier das Volkstümliche eines Stoffes gefunden. Gar trefflich führt Walther-Fein die Chargen und Komparsen durch ihre Aufgaben." — In der Darstellung feiert Mady Christians einen rauschenden Erfolg in der Hauptrolle. Sie ist so gut, wie wohl noch nie. Hans Stüwe bietet in seiner herben, zurückhaltenden Art einen höchst geeigneten Gegenspieler. Walter Jankuhn als Operettensänger gibt die Zeichnung dieses Typs so, wie wir ihn alle aus dem Leben kennen, und erspielt sich die Anwartschaft auf weitere große Rollen. Seine Partnerin als zweite Operettensoubrette ist Trude Berliner, keß, munter und wohlgefallend. Entzückend in ihrer Natürlichkeit ist die vierjährige Marion Conradi. Nicht vergessen wollen wir Sophie Pagay als treue Haushälterin. Daß der Film höchst erfreulich gebaut und ausgezeichnet photographiert ist, versteht sich am Rande. Die Tonwiedergabe war erheblich besser, als bei allen anderen bisherigen Filmen. Ausgezeichnet kam die Singstimme der Christians heraus. Vorzüglich waren die musikalischen Untermalungen gelungen. Man kann nach diesem Film mit Vergnügen eine Vervollkommnung der Technik von Monat zu Monat feststellen. Der Film hatte unendlichen Applaus." — Der Film „Nur dich hab ich geliebt" läuft ab Freitag im hiesigen Apollo-Theater.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zinaler für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz beide in Gelsenkirchen. — Druck: „Volkswille" Ludwig Leyvoldt GmbH., Gelsenkirchen-Buer.

Nr. 6. 12. Jahrg. Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen-Buer, Mittwoch, den 8. Januar 1930.

Die Ernte in Preußen.

Ernte an Getreide, Hülsenfrüchten und Kartoffeln mittelmäßig, doch geringer als 1928. — Haferernte gut. — Bessere Zucker- und Futterrübenerträge als 1928. — Kohlenrübenernte schlecht. — Heuernte qualitativ gut, quantitativ mäßig.

Die endgültige Ernte stellt sich, wie der Amtliche Preußische Pressedienst aus der vom Preußischen Statistischen Landesamt herausgegebenen „Statistischen Korrespondenz" entnimmt, 1929 in je Hektar und in 1000 Doppelzentner Gesamtmenge für Winterweizen auf 21,8 und 17 716 (1928: 23,4 und 20 782), Sommerweizen auf 22,7 und 1973 (23,9 und 2728), Winter- und Sommerspelz auf 12,8 u. 140 (13,0 und 147), Winterroggen auf 17,2 und 60 543 (18,5 und 63 868), Sommerroggen auf 13,3 und 593 (13,9 und 732). Die Brotgetreideernte hat also mit rund 80 965 000 Doppelzentner diejenige von 1928 (rund 88 275 000 Doppelzentner) nicht erreicht. Das ist beim Winterweizen, Sommerweizen, Spelz u. Sommerroggen bedingt durch die gegenüber 28 zurückgegangenen Ernteflächen und durch die geringeren Hektarerträge. Auch die im Vergleich mit 1928 größere Anbaufläche des Winterroggens hat den Gesamtminderertrag an Brotgetreide nicht ausgleichen können. Die Ernteerträge je Hektar und insgesamt betragen weiter für Wintergerste 21,0 und 2590 (25,6 und 3322), für Sommergerste 21,8 und 14 938 (23,2 und 15 345), für Hafer 21,6 und 52 106 (20,9 und 49 467) und für Gemenge aus Getreide aller Art 18,8 und 5056 (18,5 und 4767). Die Erträge an Wintergerste sind demnach je Hektar um 4,6 Doppelzentner geringer als 1928, so daß im Verein mit der verringerten Erntefläche ein Ernteausfall von 22 Prozent vorliegt. Wenn auch bei der Sommergerste die diesjährige Anbaufläche größer ist als im vergangenen Jahre, so ergibt sich doch infolge des geringeren Hektarertrages eine Minderernte gegenüber 1928. An Hafer sind als Folge des höheren Ertrages je Hektar und infolge der größeren Anbaufläche rund 2,64 Millionen Doppelzentner mehr als 1928 geerntet worden. Beim Gemenge aus Getreide zeigt sich ein höherer Hektarertrag, der zusammen mit der größeren Anbaufläche einen Mehrertrag von rund 289 000 Doppelzentner gegenüber 1928 darstellt. Die Hektarerträge und die Gesamterntemenge, wieder in Doppelzentner und 1000 Doppelzentner, belaufen sich die Erbsen auf 15,8 und 1060 (1928: 16,5 und 1070), den Speisebohnen auf 15,0 und 78 (15,2 und 72), den Ackerbohnen auf 18,6 und 950 (19,1 und 1077), den Wicken auf 14,3 und 398 (15,0 und 417), den Lupinen auf 11,1 und 284 (11,2 und 457), dem Gemenge aus Hülsenfrüchten ohne Getreide auf 15,8 und 438 (15,8 und 467) und bei dem Gemenge aus Hülsenfrüchten mit Getreide auf 17,9 und 1496 (17,9 und 1601). Der Rückgang der durchschnittlichen Hektarerträge und die gegenüber 1928 kleineren Ernteflächen hat bei den Ackerbohnen, Wicken und Lupinen einen Gesamtminderertrag dieser Feldfrüchte zur Folge. Erbsen und Futtererbsen sind zwar mehr angebaut worden, der Hektarertrag ist aber geringer, so daß auch hier die Gesamternte die Höhe von 1928 nicht erreicht hat. Nur die Speisebohnen weisen trotz Rückgang des Hektarertrages infolge der vergrößerten Anbaufläche einen höheren Gesamtertrag als 1928 auf. Im Gegensatz zum Anbau der Leguminosen ist bei dem Gemenge aus Hülsenfrüchten ohne sowie dem mit Getreide derselbe Hektarertrag wie im Jahre 1928 erzielt worden. Die verringerten Ernteflächen in diesem Jahre bedingen allerdings eine Minderung der Gesamterntemenge.

Die Frühkartoffeln haben in diesem Jahre eine Ernte je Hektar von 123,6 Doppelzentner gegen 122,7 Doppelzentner im Vorjahre und eine Gesamternte von rund 20 478 000 Doppelzentner (rund 20 337 000 Doppelzentner 1928) zu verzeichnen, die Spätkartoffeln 144,0 Doppelzentner gegenüber 154,7 und rund 245 443 000 Doppelzentner gegenüber 265 928 000 Doppelzentner, Raps und Rübsen 14,0 Doppelzentner gegenüber 14,1 Doppelzentner und rund 127 000 Doppelzentner gegen 140 000 Doppelzentner, die Zuckerrüben 246,1 Doppelzentner gegenüber 243,3 Doppelzentner und rd. 85 140 000 gegen 84 898 000 Doppelzentner, Futterrüben 352,2 Doppelzentner gegenüber 347,5 Doppelzentner und rund 130 424 000 Doppelzentner gegen 124 273 000 Doppelzentner, Kohlrüben 271,4 Doppelzentner gegenüber 345,6 Doppelzentner und rund 51 192 000 Doppelzentner gegen 63 690 000 Doppelzentner, Mohrrüben 211,7 Doppelzentner gegen 223,2 Doppelzentner und rund 3 998 000 Doppelzentner gegen rund 4 214 000 Doppelzentner, Weißkohl 276,8 Doppelzentner gegenüber 260,3 Doppelzentner und 5 669 000 Doppelzentner gegen 4 754 000 Doppelzentner.

Der Anbau von Raps und Rübsen ist zurückgegangen.

Die Gesamtheuernte an Klee und Luzerne sowie an Gräsern weist einen Rückgang gegenüber 1928 auf.

Ostpreußenhilfe.

Verluste staatlicher Gelder.

Wir mußten uns schon des öfteren mit der falschen Verwendung der vom Reich und Preußen zur Verfügung gestellten Ostpreußenhilfe befassen. Jetzt werden neue Fälle einer solchen falschen Verwendung bekannt, die für das Reich und Preußen glatten Verlust eines Teils der zur Verfügung gestellten Kredite bedeuten.

Die Ostpreußenhilfe bezweckt u. a. die Umwandlung von kurzfristigen Personalschulden in feste, mäßiger verzinste Hypotheken, die bis zu 60 Prozent des Grundstückswertes gegeben werden können. Voraussetzung dafür ist, daß durch die Hilfe aber eine wirkliche Sanierung des Betriebes erreicht, d. h. der Betrieb lebensfähig ist. An dieser Voraussetzung scheinen sich die örtlichen Kreditkommissionen wenig gehalten zu haben. Sie bevorzugten vor allem den Großgrundbesitz. Der Großgrundbesitz von 400 Morgen an aufwärts erhielt 72,2 Prozent sämtlicher bewilligten Umschuldungshypotheken, während die große Masse der bäuerlichen Betriebe unter 400 Morgen sich mit den restlichen 21,8 Prozent begnügen mußte. Jetzt stellt sich heraus, daß man bei der Festsetzung der Taxen und bei der Beurteilung der Lebensfähigkeit eines Betriebes außerordentlich leichtfertig und willkürlich verfahren ist. Es zeigt sich immer mehr, daß wesentliche Teile dieser staatlichen Kredite nutzlos an sanierungsunwürdige Betriebe verschwendet worden sind und bei den nicht mehr zu vermeidenden Zusammenbrüche dieser Betriebe völlig in Verlust geraten.

Die sozialdemokratische „Königsberger Volkszeitung" veröffentlicht einen Fall aus dem Kreis Fischhausen, der geradezu skandalös anmutet. Es handelt sich um das Rittergut Zielkeim mit etwa 2700 Morgen. Der berichtigte Wehrbeitragswert für Zielkeim lautet auf 732 700 RM. Dieser Preis dürfte für Zielkeim gegenwärtig kaum zu erzielen sein, da der Verkehrswert weit unter dem berichtigten Wehrbeitragswert liegt. Nun war Zielkeim schon vor der Umschuldung mit 337 RM pro Morgen verschuldet. Die Hergabe der Hypotheken aus den Umschuldungskrediten kam also für Zielkeim nicht in Frage, da hier eine Ueberschuldung von über 100 Prozent des heute günstigenfalls erzielbaren Verkehrswertes vorlag. Der Provinzialkreditausschuß brachte es jedoch fertig, diesen hoffnungslos überschuldeten Betrieb nicht weniger als 390 000 RM. Umschuldungshypotheken aus der Ostpreußenhilfe und außerdem noch eine Beihilfe aus dem Betriebserhaltungsfond in Höhe von 120 000 RM. zu gewähren. Gegen diese Freigebigkeit machte sich im Kreditausschuß selbst Opposition bemerkbar. Da auch die Umschuldung mit den bestehenden Richtlinien nicht ohne weiteres in Einklang gebracht werden konnte, nahm man für Zielkeim als Grundstückswert eine von einem Kreistaxator angefertigte ganz utopische Grundstücksbewertung als Wertgrundlage an, die den Wert des Betriebes auf 1 395 000 RM. = 514 RM. pro Morgen schätzte. Nebenbei sei nur gesagt, daß der Taxator (Kreistaxator) ein kreiseingesessener Landwirt, selbst einen Antrag auf Umschuldung und Beihilfe aus dem Betriebserhaltungsfond für ein ebenfalls hoch verschuldetes Grundstück eingereicht hatte. Außerdem erstattete der Präsident der Landwirtschaftskammern Ostpreußen und des Deutschen Landwirtschaftsrats Brandes ein Gutachten, das für Zielkeim günstig ausfiel. Das Brandessche Gutachten geht aber bemerkenswerterweise nicht auf den überspannten Taxwert ein. Das Ende vom Lied war, daß Zielkeim die oben angegebene Subvention erhielt.

Am 11. Dezember 1929 ist Zielkeim aber zu einem Preis von 625 000 RM versteigert worden. Von den 510 000 RM. staatlichen Geldern, die in den Betrieb hineingesteckt worden sind, konnten nur 125 000 RM. gerettet werden. Alles andere ist verloren. Jeder Einsichtige konnte sich die Entwicklung an den fünf Fingern abzählen. Trotzdem hat der Provinzialkreditausschuß diese Gelder bewilligt. Mittel der Allgemeinheit sind wieder mal mit vollen Händen hinausgeworfen worden. Mit den bei Zielkeim verschleuderten Mitteln hätten aber 100 lebensfähige bäuerliche Betriebe von ihren kurzfristigen Schulden befreit werden können. Angesichts der Größe des Objekts ist es durchaus erforderlich, eine Untersuchung dahin einzuleiten, wen das Verschulden an dieser fahrlässigen Verschleuderung von Staatsgeldern trifft.

Steckengebliebene Sklavenbefreiung

Gewerkschaftskampagne in den amerikanischen Südstaaten

Die Kampagne zur Organisierung der Arbeiterschaft in den Südstaaten der Union wird nach einer Mitteilung der Exekutive der American Federation of Labor gleich nach dem Beginn des neuen Jahres einsetzen. Am 6. Januar trat in Charlotte (Nordkarolina) eine Konferenz sämtlicher Gewerkschaftsführer und der für den Süden in Frage kommenden Organisatoren unter dem Vorsitz des Präsidenten der A. F. of L., William Green, zusammen, um einen ausführlichen Kampagneplan aufzustellen. Im Anschluß daran findet eine Sitzung der Gewerkschaftsexekutive in St. Petersburg (Florida) statt. Dort wird für die Durchführung der Kampagne, die etwa 4 Monate dauern soll, ein besonderes Büro eingerichtet.

Die große Aktion der amerikanischen Gewerkschaften zur organisatorischen Erfassung der Arbeiterschaft der Südstaaten ist ein für die soziale Entwicklung in den Vereinigten Staaten überaus bedeutsamer Vorgang. Er steht in engster Verbindung mit dem Durchbruch der Erkenntnis von der Notwendigkeit der Erfassung der ungelernten Arbeiter. Diese Erkenntnis bedeutet zugleich die allmähliche Vorbereitung einer Kampffront der weißen und farbigen Arbeiter gegen den gemeinsamen Gegner. Die Organisationsfrage des Südens steht mit der Farbigen-Frage in einem engen Zusammenhang. Was die amerikanischen Gewerkschaften vorhaben, ist nichts anderes als die Durchführung der steckengebliebenen Sklavenbefreiung.

Die Lage der Arbeiter in den Südstaaten wird zu einer immer stärkeren Bedrohung des Lebensstandards der Arbeiterbevölkerung im Norden. Der Süden hat zwei Probleme: das Negerproblem und das Problem des „armen weißen Mannes". Wie stehen die Gewerkschaften zu Weiß und Schwarz? Bisher war die Frage, wie man das Zusammenwirken der Angehörigen der weißen und der farbigen Rasse auf der Grundlage tatsächlicher Gleichberechtigung sichern könne, ein scheinbar unlösbares Rätsel. Von großer Bedeutung ist deshalb die vor kurzem von Green bei einer Rede in Neuyork gemachte Mitteilung, daß von den 107 der A. F. of L. angeschlossenen Organisationen mehr als 100 nicht die geringsten Bedenken hätten, Farbige in ihre Reihen aufzunehmen. Green verneinte, daß der Gewerkschaftsbund als solcher gegen die Aufnahme farbiger Arbeiter in die Verbände sei. Nach allem, was man seit Jahren über die Haltung der amerikanischen Gewerkschaften in der Farbigen-Frage vernommen hat, bedeutet diese Erklärung eine Wandlung. Sie mußte kommen. Die weißen amerikanischen Arbeiter haben ein zu starkes Interesse an einer sozialen Lösung der Negerfrage, und die Neger können ihren Kampf um politische Mündigkeit nur mit Hilfe der Arbeiterbewegung erfolgreich durchführen. Ohne die Hilfe der Arbeiterbewegung müßten sie noch sehr, sehr lange auf die Brechung des Widerstandes gegen ihre politische Knechtung warten.

Der „arme weiße Mann" ist der Nachkomme der ersten britischen Siedler, die jahrhundertelang in den Bergen des Südens ein hartes, armseliges Leben geführt haben. Im Jahre 1920 gab es in Virginia, Nordkarolina, Georgia, Kentucki, Tennessee, Alabama und Louisiana 603 476 weiße, in Amerika geborene, Personen von über 10 Jahren, die weder lesen noch schreiben konnten. Heute arbeiten sie zu Zehntausenden in den Bergwerken und Fabriken und wohnen in den Dörfern, die von den Unternehmern in der Nähe der Arbeitsstätten für sie angelegt wurden, und die Eigentum dieser Unternehmer sind. Ganze Familien arbeiten in den Fabriken. Die Löhne sind wesentlich niedriger als die des Nordens. Der „arme weiße Mann" und der Neger, beide sind in erster Linie ungelernte Arbeiter, sie bilden die große Lohndruckarmee, die modernen Sklaven der Südstaaten. Sie sind eine Gefahr für die Arbeiter und die Wirtschaft des Nordens. Der Süden ist, ähnlich wie Ostelbien in Deutschland, jüngeres Kolonialland. Sein soziales Dumping hemmt den allgemeinen Arbeiteraufstieg in USA.

Der zwischenstaatliche unlautere Wettbewerb tobt vor allem in der Textilindustrie. Seine Folgen liegen klar zutage. Im Jahre 1921 waren in Neu-England 185 000 oder 45 Prozent und in den Südstaaten 164 000 oder 43 Prozent aller Textilarbeiter des Landes beschäftigt. Binnen vier Jahren hat sich das Verhältnis völlig geändert: im Jahre 1925 betrug die Zahl der Textilarbeiter in den Südstaaten 229 000 oder 51 Prozent, in Neu-England dagegen nur noch 164 000 oder 36 Prozent. Diese Entwicklung hat bisher angehalten. Nach einem soeben erschienenen Bericht der amerikanischen Arbeitsdepartements sind im Laufe der letzten vier Jahre die Durchschnittslöhne der Arbeiterinnen in den amerikanischen Textilfabriken um 12 Prozent zurückgegangen. Der Durchschnittslohn für die volle Woche betrug in 58 Baumwollfabriken in 11 Bundesstaaten 15,66 Dollar; die höchsten Löhne für Frauen wurden im Staat New-Hampshire (Norden) mit 20,31 Dollar pro Woche gezahlt, während Alabama (Süden) mit 11,88 Dollar den niedrigsten Lohn aufwies. Der Bericht hebt hervor, daß durch das Sinken der höheren Löhne in den Fabriken des Nordens und durch die dadurch allmählich vor sich gehende Angleichung der Löhne zwischen Nord und Süd die weibliche Arbeiterschaft in den letzten Jahren schwer benachteiligt worden sei.

Die Schmutzkonkurrenz der Südstaaten beruht nur zu einem geringen Teil auf modernerer und besserer Ausstattung ihrer jüngeren Betriebsanlagen; im wesentlichen stützt sie sich auf schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen. In den Südstaaten herrscht kein Mangel an Arbeitskräften. Die Arbeiter sind ein hartes Leben voll Entbehrungen gewohnt. Ihr niedriger Lohn bedeutet immer noch eine Verbesserung ihrer Lage gegenüber ihren in den Gebirgsdörfern zurückgebliebenen Verwandten und Bekannten. Der Unternehmer im Süden ist völlig „Herr im Hause". Das Fabrikdorf, in dem seine „Hände" wohnen, gehört ihm. Staatsorganen ist der Eintritt ohne Erlaubnis verboten. Schule, Kirche, Lebensmittelgeschäfte, Kino, Apotheke, Arzt und Polizei — alles ist sein Eigentum. Moderne Sklaverei!

Ostelbisches Kinderelend

Ein Kulturkampf, der Sinn hat.

Die Kulturkampfapostel wittern Morgenluft. Alle Augenblicke wird von ihnen stirnrunzelnd versichert, daß nach Erledigung der Reparationsfrage wieder die mit den Weltanschauungen besonders eng verknüpften kulturellen Probleme in der praktischen Politik eine große Rolle spielen werden. Auch die aus dem Hugenbergperch ausgebrochenen Agrarier liebäugeln mit der Kulturparole, weil sie mit ihrer Hilfe das Zentrum für einen neuen schwarzblauen Block ködern zu können glauben, und der Reichstagsabgeordnete Schlange-Schöningen hat in der Berliner Börsenzeitung bei seiner Begründung der deutschnationalen Sezession ziemlich drastisch den Teufel an die Wand gemalt. Er schrieb: „Wir stehen in Deutschland über kurz oder lang nach menschlichem Ermessen vor der größten Krise, die wir seit der Inflationszeit erlebten. Sie wird wahrscheinlich geradezu eine Lebenskrise sein, die gleichzeitig auf allen Gebieten zum Ausdruck kommt. Ich sehe uns mitten in einem Kulturkampf ohnegleichen, in dem es sich nicht handelt um Konfessionen, sondern um die religiöse Weltanschauung schlechthin — und was nützte es dem deutschen Volke, wenn es die ganze Welt gewönne und nähme Schaden an seiner Seele!"

Die Arbeiterschaft tut gut daran, wenn sie rechtzeitig den Kulturkampfaposteln zu verstehen gibt, daß es nach ihrer Meinung wichtigere Dinge zu erledigen gibt als Kulturkampfgezänk, und die kulturkampflüsternen Agrarier müssen von ihr daran erinnert werden, daß gerade auf dem Lande ein wirklicher ernsthafter Kampf um Kultur bitter notwendig ist. Wenn wir uns nicht irren, dann ist nach der christlichen Religion das schlimme Aergernis das an den Kindern. „Wer eines von diesen Kleinen ärgert, dem wäre besser, wenn ihm ein Mühlenstein um den Hals gehängt und er in die Tiefe des Meeres versenkt würde." Nun, in Ostelbien ist das Aergernis an den Kindern des Proletariats bereits ein Kulturskandal geworden.

Die Not der Kinder wandernder Landarbeiter schreit zum Himmel. Mann und Frau müssen zur Arbeit, die Kinder bleiben zu Hause sich selbst überlassen. Es fehlt an der notwendigen Beaufsichtigung. Kinderhorte und Kindergärten gibt es nicht. Vielfach nehmen die Eltern ihre Kinder mit auf den Acker: dort sind sie allen Unbilden der Witterung ausgesetzt. In den Wohn- und Schlafhöhlen der Schnitterkasernen sind sie gesundheitlich und sittlich gefährdet. Knaben und Mädchen schlafen zusammen. Das Wohnungselend der wandernden Landarbeiter ist noch schlimmer als das der Großstadtproletarier. So hat eine Nachfrage über Wohnverhältnisse in 120 Schnitterkasernen einer bestimmten Provinz ergeben, daß in 21 Kasernen verschiedene Schränke fehlten, in 12 die Sitz- und Waschgelegenheit, in 9 Fällen die Aborte und in 17 Fällen einwandfreies Trinkwasser. Meist sind die Wohnungen feucht, im Herbst und Winter zu kalt, da sie nicht heizbar sind. Kranke Kinder entbehren oft den Arzt und jede sachgemäße krankenpflegliche Behandlung. Und dieses Elend wächst noch im Winter, wenn die Eltern ihre Arbeitsstelle verlieren und in die Großstädte abwandern.

Der Deutsche Landarbeiterverband ist zurzeit dabei, durch seine Funktionäre die notwendigen statistischen Unterlagen zu schaffen, ohne die eine systematische Bekämpfung des Kinderelends unter den wandernden Landarbeitern nicht möglich ist. Vor allem fehlt über Zahl, Herkunft und soziale Lage der inländischen Wanderarbeiter einwandfreies statistisches Material.

Wie aus dem Bericht über die Sachverständigenkonferenz der deutschen Zentrale für freie Jugendwohlfahrt vom April dieses Jahres hervorgeht, steht nur fest, daß ein erheblicher Teil der inländischen Saisonarbeiter, und zwar gerade Familien mit Kindern den Winter in den großstädtischen Asylen für Obdachlose zubringen. Das trifft besonders auf Berlin zu, da die meisten inländischen Saisonarbeiter in den Ländern und Provinzen nördlich und östlich von Berlin, teilweise auch in Provinz und Freistaat Sachsen arbeiten.

Die großen Gefahren dieser Ueberwinterungsart, vor allem für die Kinder, brauchen nicht im einzelnen geschildert zu werden. Keine vernünftige Ernährung, keine sittlich einwandfreie Umgebung, kein Schulbesuch — was soll aus diesen Kindern werden?

Genaue Angaben über die Zahl der Kinder existieren nicht. Unter Zugrundelegung der Angaben der Arbeitsämter darf man mindestens mit etwa 10000 Familien inländischer Saisonarbeiter rechnen. Bei einem Durchschnitt von nur 2 Kindern für die Familie — meist handelt es sich aber gerade um kinderreiche Familien — muß die Zahl der Kinder der inländischen Saisonarbeiter mindestens auf 20 000 angesetzt werden. Dazu kommen dann die Kinder der ausländischen Saisonarbeiter und besonders der polnischen Landarbeiter, die in Deutschland verblieben sind. Schätzungsweise beträgt deren Kinderzahl 26 000 im Alter bis zu 14 Jahren; davon sind mindestens 30 bis 40 Prozent unehelicher Geburt. Ist schon ein uneheliches Kind im allgemeinen stark gefährdet, dann vor allem das uneheliche Kind der polnischen Saisonarbeiter, da es in den meisten Fällen keinen Vormund hat.

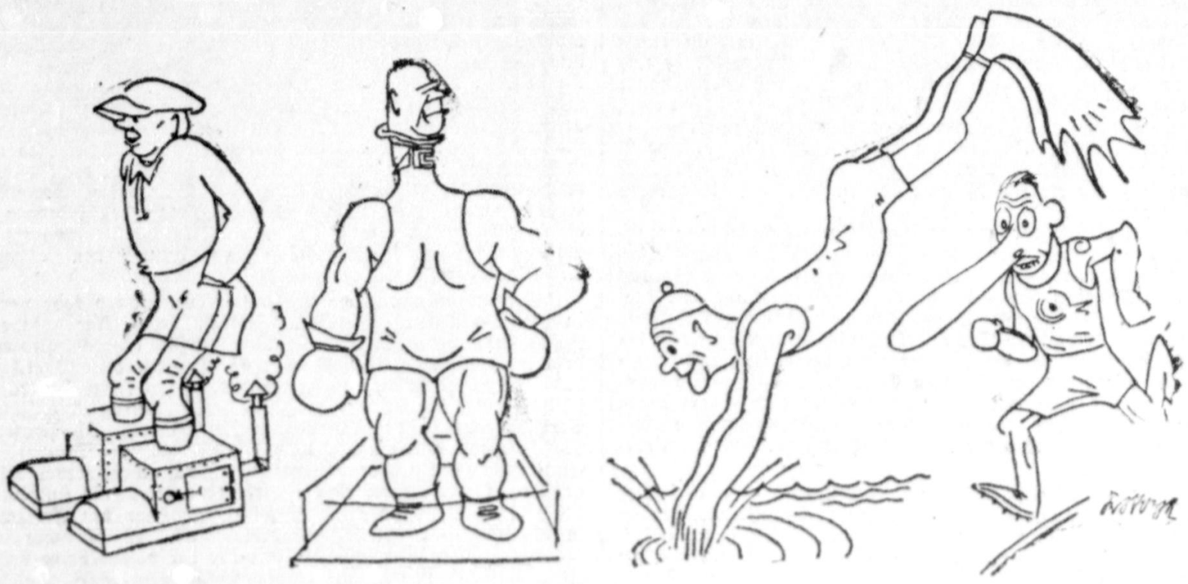
Neuregelung des Vormundschaftswesens, Schaffung von Säuglingsheimen und Kinderhorten, Errichtung von Ueberwinterungsquartieren — das sind die dringendsten Forderungen, die verwirklicht werden müssen, wenn die Schande des Kinderelends in Ostelbien aus der Welt geschafft werden soll. Die Beseitigung des großen Kinderärgernisses — das ist ein Kulturkampf, der Sinn und Berechtigung hat, und des Schweißes der Edlen wert ist.

Die Milch um zwei Pfennig billiger?

Der Rheinisch-Westfälische Milchausschuß, der am Freitag, dem 3. Januar, zu einer Besprechung der „Lage am Milchmarkt" zusammentrat, stellte fest, daß der bisherige Milchpreis von 22 Pfennig nicht mehr zu halten sei. Er beschloß daher, den Preis für molkereimäßig bearbeitete Vollmilch frei Empfangsstation ab 10. Januar um zwei Pfennig herabzusetzen. — Wie dieser Beschluß sich in den einzelnen Gebieten auswirkt, muß abgewartet werden.

Arbeiter-Sport

Was die Sportler auf dem Weihnachtstisch vermißten



1. Ein Paar heizbare Fußballstiefel für Torwächter.
2. Einen Boxeroanzug mit Gürtel um den Hals zu tragen. Unter ihm ist die verbotene Tiefschlagzone.
3. Für Wassersportler ein Paar anständige Schwimmflossen.
4. Für Leichtathleten ein ordentlicher Kolben, um anderen leichter eine Nasenlänge voraus zu sein.

13. Organisationsbezirk

Der ordentliche Bezirkstag für alle Sparten findet am 2. Februar, 9.30 Uhr, im Volkshaus in Recklinghausen, Herner Straße, statt. Tagesordnung: 1. Konstituierung; 2. Berichte der Bezirksfunktionäre; 3. Wahlen; 4. Veranstaltungen: a) Westdeutsches in Dortmund, b) Bezirksfest, c) Werbewoche und Rast; 5. Anträge.

Die Vereine entsenden auf 50 Mitglieder einen Delegierten. Bruchteile über 25 gelten als voll. Jeder Verein muß seinen Verpflichtungen gegenüber Bezirks-, Kreis- und Bundesorganisation für das Jahr 1929 genügt haben. Anträge müssen bis zum 15. Januar in Händen des Unterzeichneten sein, ebenfalls der Bundesfragebogen für den Bezirk! Mittagessen muß bis zum 20. Januar beim Genossen Wilhelm Bischoff, Recklinghausen S. 2, Ulmenstraße 23, bestellt sein. Jeder Delegierte muß sich durch ein abgestempeltes Mandat, Bundesmitgliedsbuch, Gewerkschafts- und Parteibuch ausweisen können.

Infolge der reichhaltigen Tagesordnung beginnt die Tagung pünktlich zur festgesetzten Zeit. Jeder Delegierte richte sich danach! Diese Bekanntmachung gilt als Einladung für die Vereine.

Mit Bundesgruß Frei Heil!

Wilhelm Schneider, Bezirksvertreter,
Bottrop, Horster Straße 425.

13. Organisationsbezirk!

Wieder ist ein Jahr im Strome der Zeit verschwunden! Ein neues Jahr ist angebrochen und wird, wie in all den anderen durchlebten Jahren, recht, recht viel Arbeit für uns Arbeitersportler bringen. Frisch-fröhlich wollen wir allesamt an die Arbeit gehen! Unsäglich vieles harrt der Erledigung und Besserung. Durchglüht vom Klassenbewußtsein und Freiheitsdrang nehmen wir den Kampf freudig auf. Voller Hoffnungen, Erwartungen und Wünsche schauen wir vorwärts! 1930 steht im Zeichen des 2. Westdeutschen Sportfestes in Dortmund. Viel Arbeit haben wir hier zu leisten. Es gilt trotz alledem unsere „Machtstärke" zu beweisen.

Den Vereinen ist das Meldematerial seitens des Bundes zugesandt. Dieses muß unbedingt zur besagten Zeit bei den zuständigen Stellen wieder eingegangen sein. Vereinsleiter, nehmt in euren Vereinen zu dem im Briefumschlag „Wichtiges Material" Enthaltenen, sofort Stellung. Schickt eure Fragebogen und Nachmeldelisten sofort ab!

Ferner werden die Fußballvereine darauf hingewiesen, bei eventuellen Spielabschlüssen mit Vereinen aus dem Bundesgebiet, deren Zugehörigkeit zum Bunde, zweifelhaft erscheint, beim Unterzeichneten um Auskunft zu ersuchen.

Laut Beschluß der erweiterten Bezirksratssitzung findet der ordentliche Bezirkstag für alle Sparten am 2. Februar statt.

Die Vereine müssen unbedingt ihren Verpflichtungen gegenüber Bezirk, Kreis und Bund nachgekommen sein. Es entfallen auf 50 Mitglieder 1 Delegierter, Bruchteile über 25 gelten als voll. Jeder Verein muß vertreten sein, da äußerst wichtige Beschlüsse für jeden Verein zu fassen sind!

Wir haben im Bezirk uns zahlenmäßig gut gehalten, trotz der Spaltung. 50 Prozent der Ausgeschlossenen sind wieder aufgeholt, in diesem Jahre müssen wir den Rest aufholen. Genossen, helft alle mit! Einheit und Geschlossenheit im Bund sind das hohe Ziel im Jahre 1930!

Heran an die Arbeit! Zu bauen eine neue, bessere Welt, eine sozialistische Welt.

Frei Heil! W. Schneider, Bezirksvertreter.

Vorwärts Gelsenkirchen.

Freitag, den 10. Januar, findet um 19 Uhr, unsere Generalversammlung statt. Lokal: Gewerkschaftshaus Gelsenkirchen. Alles hat zu erscheinen! Um 18 Uhr findet eine Vorstandssitzung statt, zu der ein jedes Vorstandsmitglied zu erscheinen hat.

Der Vorstand.

Vorwärts Gelsenkirchen sucht für Sonntag, den 12. Januar, ein Spiel für zwei Mannschaften nach auswärts, da der Gegner abgesagt hat. Angebote an Friedrich Chudziak, Gelsenkirchen, Leopoldstraße 26, oder telephonisch unter 24135 Amt Gelsenkirchen nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr.

Achtung, 13. Fußballbezirk!

Der ordentliche Bezirkstag der Fußballer findet am 19. Januar in Buer, Volkshaus, Gladbecker Straße, vormittags um 10 Uhr, statt. Tagesordnung: 1. Berichte: a) des Bezirksspielleiters, b) des Kassierers, c) des Schiedsrichterobmannes, d) des Bezirkstechnikers, e) des Jugendleiters, f) des Berichterstatterobmannes; 2. Wahlen; 3. Anträge; 4. Verschiedenes.

Mache dann die Vereinsleiter noch darauf aufmerksam, ihre Quartalsbeiträge zu entrichten. Wer bis zum Bezirkstag seine Beiträge nicht erledigt, bekommt kein Stimmrecht!

Der Bezirksausschuß: Buschor.

Spiele vom Montag.

Unentschieden!

Freier Sportv. Buer-Scholven — Gladbeck-Rentfort 2:2 (0:2).

Beide Mannschaften fanden sich, obwohl sie am Tage vorher schon ein schweres Spiel hinter sich hatten, sehr schnell. Wuchtige Angriffe, die von seiten der Rentforter eingeleitet waren, wurden von Erfolg gekrönt. In kurzen Abständen wurden zwei Tore geholt. Trotz großer Anstrengungen seitens des Platzvereins konnte dieser an dem Resultat bis zur Pause nichts mehr ändern. Nach der Pause machen die Scholvener eine Umstellung, die sich sehr gut bewährte. Es dauerte auch nicht lange, so steht das Spiel remis. Beide Mannschaften versuchen jetzt, das Siegestor zu treten, aber das Hintertrio ist auf der Wacht und macht alle Hoffnungen zunichte.

Die 2. Mannschaft des Platzvereins mußte eine haushohe Packung hinnehmen, 6:0. Dem Spielverlauf nach hätte ihm das Ehrentor beschieden sein müssen.

Auch die Jugendmannschaft der Scholvener zeigte sich dem guten Können der Rentforter nicht gewachsen und mußte eine Niederlage von 2:0 hinnehmen.

Jahresbericht der Freien Schwimmer, Herten.

Am 29. Dezember hielt obengenannter Verein seine Jahresversammlung ab, die sehr gut besucht war. Dem umfassenden Bericht ist zu entnehmen, daß der Verein, der erst vor zwei Jahren, mit der Vollendung der Badeanstalt, ins Leben gerufen wurde, sich sehr gut entwickelt hat. Der Mitgliederbestand hat die ansehnliche Zahl von 300 erreicht. Wie der Mitgliederbestand, zeigt auch die Kasse eine ähnliche Aufwärtsentwicklung. Auf sportlichem Gebiete haben wir das erreicht, was wir uns zu Anfang des Jahres als Ziel gesteckt hatten. Die Beteiligung an den Uebungsstunden war eine gute. Es haben an 36 Uebungsstunden 2603 Personen teilgenommen, allein 80 haben das Schwimmen erlernt. Davon entfallen auf Männer 7, Jugendliche 24, Schüler 31, Frauen 3, Jung-Mädchen 11, Schülerinnen 4. Um die Geselligkeit zu pflegen, wurden vier Ausflüge unternommen, die sich großer Beliebtheit erfreuten. Die Turnstunden werden regelmäßig besucht. Die Neuwahl des Vorstandes ergab, daß der gesamte Vorstand in seiner alten Besetzung wiedergewählt wurde. Um nun auch im Jahre 1930 das uns gesteckte Ziel zu erreichen, richten wir die Bitte an alle uns noch Fernstehenden: Kommt zu uns im Arbeiterschwimmverein!

Lernt schwimmen!
Jeder ein Schwimmer!
Jeder Schwimmer ein Retter!

Bücher und Zeitschriften.

Deutscher Reichspost-Kalender 1930.

Herausgegeben mit Unterstützung des Reichspostministers. — Konkordia-Verlag, Leipzig C. 1, Goethestraße 6. Preis 4 RM.

Der Deutsche Reichspost-Kalender ist in zweiter Folge erschienen. Auch diesmal hat er die Aufgabe: Die Oeffentlichkeit in knapper und anschaulicher Form über die vielseitigen Einrichtungen der Deutschen Reichspost aufzuklären und die zweckmäßigste, bequemste und wohlfeilste Ausnutzung der Verkehrsmittel zu zeigen. Er bringt als Titelbild in Buntfarbendruck eine Landschaft am deutschen Rhein, die durch neuzeitliche Verkehrsmittel der Reichspost belebt ist. Die dann folgenden 159 Blätter führen durch Bild und Text dem Beschauer vor Augen, wie sich die Deutsche Reichspost mit ihren modernen Einrichtungen dem Wirtschafts-, Geistes- und Gemütsleben des deutschen Volkes anpaßt und die neuesten Fortschritte der Wissenschaft und Technik in ihren Dienst stellt. Der Kalender ist mit seinem vielseitigen und gediegenen Inhalt eine Quelle reicher Anregung und Belehrung. Nach Güte, Aufmachung und Form wird auch der 2. Jahrgang den Beifall aller Volkskreise finden.

Paul Kampffmeyer: Eduard Bernstein und der sozialistische Aufbau.

Zu seinem 80. Geburtstage. 1930. Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger, GmbH., Berlin. (55 Seiten, 1,75 RM. ord.)

In der vorliegenden Schrift kennzeichnet Paul Kampffmeyer an der Hand eines umfangreichen, zum Teil unveröffentlichten Materials das Werden des sozialistischen Theoretikers Bernstein. Durch gründliches Studium ersetzt Bernstein in seinem Kopie den „eklektischen", stark durch Lassalle und Dühring bestimmten Sozialismus durch den Marxismus. Eingehend behandelt dann Kampffmeyer die Entstehungsgeschichte des deutschen Revisionismus, aus dem das sozialistische Aufbauprogramm Bernsteins herausgeboren wurde, ein Programm, das sich erst vollkräftig nach einer revolutionären Umgestaltung des preußisch-deutschen Obrigkeitsstaates auswirken konnte. Die Diskussion um die Marxsche Katastrophentheorie war im Grunde ein Meinungsstreit um die Frage: Kann sich Deutschland nur mit der Revolution, oder auch ohne diese demokratisieren und sozialisieren? Wirklich fruchtbar wurde das sozialistische Aufbauprogramm Bernsteins erst nach der Revolution. Jetzt ist es, wie Kampffmeyer nachzuweisen sucht, von höchster Aktuellität. Alles in allem, eine sehr zu empfehlende Schrift.

„Jugendblätter des ZdA."

Im neuen Gewand treten die Jugendblätter des Zentralverbandes der Angestellten in den 11. Jahrgang. Den Mitteilungen der Schriftleitung ist zu entnehmen, daß jetzt jede Nummer des Blattes ein schönes Titelbild zieren wird. Diese Neuerung wird sicherlich bei allen Lesern der Zeitschrift große Freude auslösen.

Auch im Jahre 1929 ist der ZdA. stark gewachsen und die Mitgliederzahl hat 200 000 bereits überschritten. Und schon ruft er zu neuem Werbewettkampf auf. Wir zweifeln nicht daran, daß der Aufruf „Werbung im neuen Jahr" lebhaften Widerhall in den Herzen der jungen Streiter finden wird. — Der bekannte Wirtschaftspolitiker, Dr. Otto Suhr, macht die jungen Handlungsgehilfen mit dem Wesen und dem Aufbau der Gewerkschaften in einem Kursus vertraut. Der ZdA. führt damit eine gute Schulung seiner Jugendfunktionäre durch. — „Seelöwen sind nette Leute." Unter diesem Titel bringen die Jugendblätter die sehr schöne Schilderung einer Tiefsee-Expedition von William Beebe. Fritz Bernarsch-Riesa gibt einen interessanten Reisebericht: „Brüssel—Paris—Auvergne—Marseille". Er gibt den Lesern vor allen Dingen einen Einblick in das Leben und Treiben unserer westlichen Nachbarn. Er zeigt aber auch das soziale Elend auf, das in den Großstädten Belgiens und Frankreichs genau so wie in allen anderen Ländern herrscht. — Von dem unaufhaltsamen Fortschreiten der Jugendarbeit im Z. d. A. zeugt der „Berichterstatter". Allein im Verlaufe eines Monats wurden 10 Jugendgruppen ins Leben gerufen, und weitere Gründungen werden bereits angekündigt. Viele Buchbesprechungen erleichtern dem Jugendlichen die Arbeit bei der Suche nach geeigneter Literatur. Selbst der unscheinbare „Briefkasten" enthält wichtiges. Daraus kann man nämlich ersehen, daß zahlreiche Verbindungen mit ausländischen Berufsfreunden angeknüpft werden. Mit den bekannten „Aufgaben aus der Berufs- und Gemeinschaftskunde" wird die Januarnummer beschlossen. Doch halt — auch der Umschlag enthält noch „geistige Kost", nämlich die Schach- und Rätselecke.

Wir wünschen der interessanten Zeitschrift im neuen Jahr einen recht großen Leserkreis. Sie ist durch die Post zu beziehen und kostet vierteljährlich 0,50 RM.

Der Weltenraum ist leer.

Genauer und besser gesagt, er ist nach dem Stand der heutigen Wissenschaft als „fast absolut leer" zu betrachten, daß heißt, die Sterne (allein in unserem kleinen lokalen Sonnensystem sind es 50 bis 100 Millionen) sind im Verhältnis zur Größe des Weltenraumes so selten und spärlich, daß sie den Eindruck der Leere des Weltenraumes ebensowenig aufheben, wie dies zwei Kirschensteine in einem Raum von der Entfernung Paris—Berlin könnten. Ein fesselnder Bericht darüber findet sich in dem Aufsatz über das „Sterngewölk", mit welchem Robert Henseling sein „Sternbüchlein" für das Jahr 1930 einleitet (erschienen in der Franckhschen Verlagshandlung, Stuttgart, Preis 1,50 RM.). Dieser Aufsatz gibt uns einen Eindruck von der Unermeßlichkeit des Weltenraumes und macht den Sternfreund mit den neuesten Ergebnissen und Zielen der Sternforschung bekannt.

Täglich bieten sich dem Himmelskundigen günstige Gelegenheiten, um ein Sternbild, einen Planeten, eine Sonnenfinsternis, einen Kometen oder sonst eine Himmelserscheinung besonders schön und eindrucksvoll erleben zu können. Solche Genüsse sollte sich auch der abgehetzte Mensch unserer Zeit nicht entgegen lassen, denn sie vermitteln immer ein starkes Gefühl der Schönheit und der Weite. Und sie erfordern nicht viel Zeit und keine schwierige Vorbereitung. Man muß nur immer genau die Stunde wissen, in der sich ein besonders schöner Anblick bietet. Hierüber aber unterrichtet zuverlässig, klar und übersichtlich das bei allen Sternfreunden beliebte und immer mit Spannung erwartete „Sternbüchlein".

Wie alle Jahre, so bringt es auch dieses Jahr genaue und übersichtliche Angaben über Stand und Bewegung der Gestirne. Kalender, Tabellen, Abbildungen und ein klarer leicht faßlicher Text unterrichten über die Helligkeiten der Sterne, den Fixsternhimmel, die Mondphasen, die Planeten, die Sternbedeckungen, die Sternschnuppen, die Sonnenfinsternisse, die Kometen, die Auf- und Untergänge der Sonne, des Mondes, der Planeten und über anderes mehr. Auch die beliebte Planetentafel ist nicht vergessen worden.

Das „Sternbüchlein" wird auch im Jahre 1930 allen Sternfreunden ein treuer Begleiter und Berater sein.

Das Proletariat, daß sich nicht als Kanaille behandeln lassen will, hat seinen Mut, sein Selbstgefühl, seinen Stolz und seinen Unabhängigkeitssinn noch viel nötiger als sein Brot. (Karl Marx)



Denkt an diese Worte von Karl Marx. Handelt danach, lest belehrende Bücher. Unsere Volksbuchhandlung liefert diese zu leichten Bedingungen.

Wirtschaft und Gewerkschaft

Günstige Brauabschlüsse

Biersener Aktien-Brauerei A.-G., Biersen. Nach dem nunmehr vorliegenden Abschluß für 1928/29 beläuft sich der Betriebsüberschuß auf 467 398 Mark (317 102). Geschäftsunkosten erforderten 309 909 Mark (168 189) und Abschreibungen 57 696 Mark (49 999), so daß ein Reingewinn von 108 989 Mk. (100 996) verbleibt, aus dem wiederum **16⅔ Prozent Dividende** (50 Mark per Aktie) zur Verteilung gelangen. In der Bilanz stehen bei 195 000 Mark A.-K. Gläubiger mit 65 082 Mark (58 527), Akzepte mit 67 982 Mark (63 745), Bankschulden mit 170 334 Mark (102 381), demgegenüber Vorräte mit 58 541 Mark (54 300), Schuldner mit 63 831 Mark (45 441), Aktivhypotheken und Darlehen mit 557 910 Mark (519 934), Grundstücke sind mit 30 000 Mark unverändert, Geräte mit 88 061 Mark (91 730) und Maschinen mit 32 677 Mark (23 538) bewertet. Die o. H.-V. genehmigte den Abschluß.

Schultheiß-Brauerei, Berlin. Die Generalversammlung setzte die Dividende wieder auf **15 Prozent** fest. Ein Aktionär äußerte seine Unzufriedenheit über den Geschäftsbericht und das Ergebnis. Bei der außerordentlich günstigen Konjunktur der Brau-Industrie hätte eine Dividende von 25 Prozent verteilt werden können. Die Abschreibungen seien abnorm hoch, die Vorräte dagegen außerordentlich unterbewertet. — Generaldirektor Dr. Sobernheim verteidigte die Dividendenpolitik mit der undurchsichtigen Wirtschaftslage. Er verwies dabei auf die Schwierigkeiten in den Berliner Gaststättenbetrieben, die sich weiter ausdehnen könnten. Die Verwaltung hoffe, bald einmal eine Dividendensteigerung verantworten zu können. Träte die Biersteuererhöhung in Kraft, so würde einerseits eine Abwanderung zu anderen Getränken eintreten, andererseits die Gefahr neuer Lohnforderungen heraufbeschworen werden.

Von der Schlegel-Scharpenseel-Brauerei A.-G., Bochum, wird uns zu unserm Bericht über den Geschäftsbericht dieser Brauerei in der Nr. vom 31. 12. mitgeteilt, daß „auf das alte Aktien-Kapital wieder 2,8 Prozent Dividende gezahlt wird. Auch werden wir gebeten, darauf hinzuweisen, daß die Biersteuer einschließlich der Gemeindebiersteuer heute genau den zehnfachen Betrag der Steuer von 1904 ausmache.

Im Geschäftsbericht der Schl.-Sch.-Brauerei war uns jedoch von einer 2,8-prozentigen Dividende nichts aufgefallen, wohl aber von einer 14-prozentigen Dividende wie im Vorjahre und von einem Reingewinn von 992 144 Mark gegen einen Reingewinn von 990 563 Mark im Vorjahre. (Unsere Bemerkung, daß Lohnerhöhungen verweigert würden, bezog sich natürlich nicht auf eine einzelne Brauerei, sondern auf das gesamte Braugewerbe, was ja die immer noch anhaltenden Lohnverhandlungen im Braugewerbe beweisen.

Dortmunder Hansa-Brauerei. In der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrates der Dortmunder Hansa-Brauerei wurde beschlossen, der am 29. Januar stattfindenden ordentlichen Generalversammlung nach Abschreibungen im Betrage von 636 201,22 Mark und Rückstellungen im Gesamtbetrage von 200 000 Mark die Verteilung der gleichen Dividende wie im Vorjahre, das sind 15 Prozent auf das von 3 auf 4,2 Mill. Mark erhöhte Aktienkapital, vorzuschlagen.

Die Finanznot der Städte

Folgenschwere Beschlüsse des Berliner Magistrats

Zu schwerwiegenden Beschlüssen, die auf den Arbeitsmarkt die ungünstigsten Auswirkungen haben müssen, sah sich angesichts der Kapitalnot der Berliner Magistrat veranlaßt. Er hat die Stillegung von Bauten beschlossen im annähernden Werte von 200 Millionen Mark. Davon entfallen allein 100 Millionen Mark auf die Bauten der Verkehrsgesellschaft; auf Hochbauten entfallen 20 Millionen Mark. Der Verzicht auf die Durchführung der bereits in Angriff genommenen Bauten muß für den Arbeitsmarkt schlimmste Folgen haben. Wenn nicht bald die Möglichkeit gegeben ist, den Stillegungsbeschluß wieder aufheben zu können, dann werden Unterstützungssummen für die dadurch hervorgerufene Erwerbslosigkeit notwendig sein, daß man von allem anderen nur nicht von *sparsamer Wirtschaft* reden kann.

Die Verwaltung von Berlin hat einen *Nachtragshaushalt in Höhe von 60 Millionen Mark* eingebracht. 13 Millionen Mark entfallen auf die Wohlfahrtsausgaben. Anscheinend ist sich die Verwaltung selbst noch nicht klar, wie der Fehlbetrag zu decken ist. Nach dem Bericht des „Vorwärts" ist bisher für die Deckungsmaßnahmen nur vorgeschlagen eine 50prozentige Erhöhung der Grundsteuer, die aber nur 25 Mill. Mark erbringt, so daß für 35 Millionen Mark Deckung noch fehlt.

Die Lage des deutschen Versicherungsgewerbes

Bei einer in Essen abgehaltenen Zusammenkunft westdeutscher Versicherungsfachleute machte der Generalvertreter einer großen Gesellschaft Mitteilung über die Lage des Versicherungsgewerbes in Deutschland. Das Geschäft, vor allem das der Lebensversicherungen, habe durch den Frankfurter Zusammenbruch gelitten, doch sei heute das Vertrauen wiederhergestellt, nachdem sich gezeigt habe, daß die Versicherungsunternehmen selbst mit allem Nachdruck eine verschärfte Staatsaufsicht verlangt hätten. — 1914 gab es in Deutschland 1030 Versicherungsunternehmen, heute rund 700, 1914 gab es in Deutschland 54 öffentliche Versicherungsanstalten, heute 65, 1914 arbeiteten in Deutschland 34 ausländische Versicherungsfirmen in Form von Aktiengesellschaften, heute sind es 65. Kapital und Reserven der Gesamtheit aller deutschen Privatunternehmungen im Versicherungsgewerbe betrug 1914 8178 Millionen RM., Ende 1929 rund 4000 Millionen RM.; die Bruttoprämien der deutschen Privatversicherung betrug 1914 2146 Millionen RM., 1929 2800 Millionen RM., ist also schon bedeutend höher, ein Beweis für das wiederhergestellte Vertrauen. Auf dem Gebiete der Lebensversicherung konnte die Prämie gegenüber der Vorkriegszeit herabgesetzt werden, eine Folge der geringeren Sterblichkeit in gewissen Lebensaltern und des hohen Zinssatzes der Gegenwart, der die Versicherungsdividende außergewöhnlich günstig beeinflußt. Von der Privatversicherung werden der allgemeinen Volkswirtschaft jährlich schon wieder etwa 500 Millionen RM. in Form von Kapitalanlagen usw. zugeführt.

Gewerkschaften gegen den Dortmunder Schlichter

Von gewerkschaftlicher Seite wird geschrieben:

Schon vor langer Zeit hat das Reichsarbeitsministerium zum Ausdruck gebracht, die Allgemeinverbindlichkeitserklärung solcher Tarifverträge ablehnen zu müssen, in denen die Mehrarbeitsstunde nicht höher bezahlt wird als die Regelstunde. Aus diesem und anderen Gründen haben die Angestelltenorganisationen bzw. deren Geschäftsstellen in Rheinland-Westfalen zu Ende 1929 — wo die rechtlichen Möglichkeiten vorlagen — alle Tarifverträge (Rahmen- und Gehaltstafeln) aufgekündigt. Allerdings nahmen sie an, daß die staatlichen Schlichtungsinstanzen beim Abschluß neuer Verträge, insbesondere sofern es sich um die Bezahlung der Mehrarbeit handelt, getragen von der Rechtsauffassung des RAM., Hilfe leisten würden. Hierin haben sich die Angestelltenorganisationen leider getäuscht. Die Schlichtungsinstanzen entscheiden nach wie vor unter Zugrundelegung der Erdalschen Theorie. Es ist ihnen anscheinend vollkommen gleichgültig, daß die unter ihrer Mitwirkung zustande gekommenen Tarifverträge vom RAM. nicht für allgemeinverbindlich erklärt werden. Wie sehr unsere Vorwürfe berechtigt sind, soll an nachstehendem Beispiel bewiesen werden:

Unter Mitwirkung des Schlichters für Rheinland-Westfalen, Prof. Brahn, kam der erste Tarifvertrag für Kommunalangestellte in Rheinland-Westfalen zum Abschluß. Nach seinem Vorschlag sind die Angestellten in der Verwaltung verpflichtet, Mehrarbeit bis zu 54 Stunden in der Woche unentgeltlich zu leisten, während die Angestellten in den Betrieben von der 49. Wochenarbeitsstunde ab 1/200 des Tarifgehaltes plus 15% für jede Stunde erhalten. Anscheinend handelt es sich um eine falsche Auslegung des § 13 der AZV. Die Dienstbehörde kann gültige Dienstvorschriften erlassen, worin zum Ausdruck gebracht ist, daß die Arbeitszeit der Büroangestellten dieselbe ist wie die der Beamten. Sie kann aber nicht verfügen, weil die Beamten Mehr- und Ueberarbeit umsonst leisten müssen, daß auch die Angestellten in den Büros zu Mehr- und Ueberarbeit ohne besondere Bezahlung herangezogen werden können. Umfassen die Dienstvorschriften für Büroangestellte auch Vorschriften über die Entlohnung der Arbeitszeit und damit auch der Mehrarbeit, so bestehen sie nur zu Recht, wenn sie den Bestimmungen des § 6a der AZV., der Rechtsauffassung des RAM. entsprechen. Unsere Verhändler haben Prof. Brahn eine Abschrift des Schreibens des RAM. vom 8. November 1929, gerichtet an den Arbeitgeberverband in Arnsberg, vorgelegt. Trotzdem hat er nicht entsprechend dieser Rechtsauffassung gehandelt. Was sagen Sie hierzu, Herr Reichsarbeitsminister?

Am 3. November 1929 gelang es dem Geschick des Schlichters, Prof. Brahn, eine freie Vereinbarung für das Tarifgebiet Siegerland herbeizuführen, nachdem in gleicher Angelegenheit vier Schiedssprüche vorlagen, zweimal Verhandlungen vor dem RAM. wegen Verbindlichkeitserklärung stattfanden, ohne ein praktisches Ergebnis zu zeitigen.

In den Verhandlungen stellte der Schlichter u. a. fest, daß in Anbetracht der jetzigen Pauschalabgeltung der Ueberarbeit die Betriebsangestellten, die 54 Stunden in der Woche verfahren, bei einer Bezahlung jeder Ueberarbeitsstunde mit 1/200 des Tarifgehaltes plus 25% praktisch eine Einkommenserhöhung von rund 12% erhalten würden. Weiter wies er darauf hin, daß zu diesen 12% die Angestelltenorganisationen eine Erhöhung von 6% fordern. Er erklärte, daß es keine Schlichtungsinstanz in Deutschland geben dürfte, die einem Wirtschaftsgebiet eine Erhöhung der Tarifgehälter von 18% zumute, um so mehr, als den Angestellten im Jahre 1929 doch nur durchschnittlich eine fünfprozentige Gehaltserhöhung zugesprochen worden ist. Auf unsere Vorhalte hin, daß es doch keinen Zweck habe, Verträge abzuschließen, von denen man im voraus wüßte, daß sie vom RAM. nicht für allgemeinverbindlich erklärt werden, erklärte der Schlichter, Prof. Bahn, vom RAM. weder Anweisungen noch Richtlinien erhalten zu haben, wonach er nur eine Mehrarbeitsbezahlung festzusetzen habe, die Grundvergütung plus Zuschlag aufweist.

Allerdings meinte Prof. Brahn, daß es wünschenswert wäre, im Laufe der Zeit den Rechtszustand herbeizuführen, den Herr Reichsarbeitsminister in der Frage der Mehrarbeitsbezahlung vertritt. Unter diesen Umständen blieb uns nichts anderes übrig, als für das Siegerländer Tarifgebiet eine Mehrarbeitsbezahlung zum Abschluß zu bringen, derzufolge wenigstens ab 1. Januar 1932 jede Mehrarbeitsstunde sowohl für Büro- als auch Betriebsangestellte mit 1/200 des Tarifgehaltes plus 5% zu vergüten ist.

Zu den Verhandlungen zwecks Verbindlichkeitserklärung der Siegerländer Schiedssprüche vor dem RAM. hat Herr Dr. Claasen, Ministerialrat im RAM., sinngemäß die gleiche Auffassung vertreten, wie der Schlichter für Rheinland-Westfalen, Herr Prof. Brahn.

Ministerialrat Dr. Claasen vom RAM., der Schlichter für Rheinland-Westfalen, Prof. Brahn und dessen Stellvertreter, Herr Klostermann, die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse in Hagen, Arnsberg, Siegen usw. stellen sich anscheinend auf den Standpunkt:

„Die Rechtsauffassung des Herrn Reichsarbeitsministers in Ehren, aber wir tun, was wir für Recht befinden."

So kann und darf es nicht weitergehen. Wir bitten den Herrn Reichsarbeitsminister, dem unmöglichen Zustand im deutschen Schlichtungswesen ein Ende zu bereiten.

Betriebsrätewahlen

Schicksalswahlen für die Arbeiter

Der Deutsche Metallarbeiterverband

hielt dieser Tage in Stuttgart eine Konferenz des Reichsbeirats der Betriebsräte und Konzernvertreter in der Metallindustrie ab. Versammelt waren 133 Vertreter, unter ihnen die Abordnungen der Angestellten, der Techniker und der Werkmeisterschaft, die gemeinsam mit den Metallarbeitern an der Lösung der Betriebsräteaufgaben arbeiten. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen die Themen: Betriebsrätewahlen, Handelspolitik und Wandlungen in der Produktionstechnik.

Ueber die

Betriebsrätewahlen des Frühjahrs 1930

sprach Bühring, Betriebsratssekretär des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Er schilderte zunächst die Fülle der Schwierigkeiten, die einem Betriebsrat, der es mit seiner Aufgabe ernst nimmt, im Wege stehen und forderte gesetzgeberische Hilfe zur Unterbindung der Versuche, die Betriebsräte aus der Mitwirkung in den Berufsgenossenschaften auszuschalten. Dann kam er auf die Bedeutung des Kampfes im kommenden Frühjahr zu sprechen. Er nannte die bevorstehenden Betriebsrätewahlen Schicksalswahlen für die Arbeiter. Stahlhelm, Gelbe und Werksgemeinschaften arbeiteten zusammen, um den freien Gewerkschaften bei den Wahlen Abbruch zu tun. Die gemeinsten Mittel würden angewandt, aber auch diese seien der KPD. noch nicht gemein genug. Die Kommunisten träfen umfassende Vorbereitungen, um bei den Betriebsrätewahlen mit Hilfe von Sonderlisten für Unorganisierte und andere Gewerkschaftsfeinde in diesem Jahre einen Erfolg zu erzielen. Das Treiben der Reaktion von rechts und links habe die Arbeiterbewegung bereits schwer geschädigt. Es wird daher Zeit, daß die Arbeitermassen systematisch über das Treiben der Kommunisten aufgeklärt werden.

In der zur Frage der Betriebswahlen angenommenen Entschließung erklärt der Reichsbeirat:

„Die Kommunistische Partei will bei den Betriebsrätewahlen 1930 ihr arbeiterschädliches Treiben durch Aufstellung besonderer, gegen die Gewerkschaften gerichteter, Kandidatenlisten fortsetzen. **Wer diese Sonderlisten unterstützt, kann nach den Verbandstagsbeschlüssen nicht Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes sein.** Der Reichsbeirat der Betriebsräte erwartet von der Metallarbeiterschaft, daß sie geschlossen die Listen der freien Gewerkschaften unterstützt und den kommunistischen Kandidaten eine Niederlage, noch vernichtender als die des Vorjahres, bereitet. —

Ueber die

deutsche Handelspolitik

sprach Reichstagsabgeordnete Toni Sender. Sie wandte sich energisch gegen den Glauben an die Nützlichkeit von Industriezöllen, der sogar in die Kreise der Arbeiter eingedrungen sei. Die Unternehmerschaft wolle rücksichtslos mit Hilfe von Zöllen die Schäden einer zehnjährigen Produktionsvernachlässigung in kurzer Zeit wieder wettmachen. Die Arbeiterschaft dagegen müsse an dem Grundsatz, daß das Gesamtinteresse über dem Gruppeninteresse steht, festhalten.

Der Reichsbeirat fordert in seiner Entschließung zur Handelspolitik die Reichsregierung auf, den baldigen Abschluß der noch ausstehenden Handelsverträge, insbesondere des Vertrages mit Polen, herbeizuführen, sowie mit Nachdruck in Genf weiterzuwirken für rasche Herbeiführung eines Zollfriedens als Einleitung eines allgemeinen Zollabbaus. Diese Bestrebungen müßten unterstützt werden durch das Zusammenwirken der deutschen freigewerkschaftlichen organisierten Arbeiter- und Angestelltenschaft mit der internationalen Gewerkschaftsorganisation und ihren Landessektionen, damit dem theoretischen Gelöbnis in Genf auch die praktische Tat in den einzelnen Ländern folge. Neben dem Abbau der Zölle seien Ausgleichungen der Arbeitsbedingungen der industriellen Länder Europas an die zur Zeit vorhandenen besten Arbeitsverhältnisse und deren Ausbau zur Stärkung der Kaufkraft der Massen zu fordern.

Rosam vom Vorstand der technischen Angestellten ließ in seinem Vortrag über die

Veränderung in der Produktionstechnik

die vielen Systeme zur Hebung der Arbeitsleistung, vom Taylorismus bis zum Bedaux-System, Revue passieren. Die Maschine habe wohl die körperliche Kraftbeanspruchung vermindert, dafür aber den Verschleiß von Nervenkraft gesteigert. Die Arbeitsermüdung sei stärker und gefährlicher geworden. Nur der planmäßige Kampf der Gewerkschaften um mehr Ruhezeit, um bessere Bezahlung und besseren Arbeiterschutz im allgemeinen könne die Schäden der neuzeitlichen Produktionstechnik mildern.

Keine Kapitalbildung möglich?

Selbstfinanzierung der chemischen Industrie

Prof. W. Prion machte in der neuesten Nummer der „Bank" interessante Ausführungen über die Selbstfinanzierung. Er weist darauf hin, daß in der chemischen Industrie mehr als zwei Fünftel aller Kapitalien für Erweiterung der Betriebe aus den Betrieben selbst stammen. Er berechnet diese Summen für die letzten Jahre im *Jahresdurchschnitt* auf 2 bis 2¼ Milliarden Mark.

Auch wenn zu berücksichtigen ist, daß nicht in allen Industrien in diesem Umfang Betriebserweiterungen aus den laufenden Einnahmen bestritten wurden, so geben doch die Feststellungen W. Prions erneut das Recht dazu, das Geschrei der „Wirtschaft", daß in Deutschland Kapitalbildung angesichts der hohen Steuer und sozialen Lasten nicht mehr möglich sei, als große Lüge zu kennzeichnen.

Unterhaltung und Wissen

Ein vergessener Arbeiterkomponist

Zu Hans von Bülows 100. Geburtstag

Eine der bedeutendsten Erscheinungen im Musikleben des vorigen Jahrhunderts war der als glanzvoller Pianist und ruhmreicher Orchesterleiter gleich gefeierte Hans von Bülow, der am 8. Januar 1830 als Sohn des freiheitlichen Schriftstellers Eduard von Bülow geboren wurde. Schon frühzeitig offenbarte sich in ihm musikalisches Talent. Nach Absolvierung des Gymnasiums in Stuttgart begab sich der junge Bülow auf Wunsch seiner Mutter nach Leipzig, um dort das juristische Studium als Grundlage eines bürgerlichen Berufes zu ergreifen. Seine stürmische und unverhohlene Begeisterung für den im benachbarten Dresden als Hofkapellmeister wirkenden „Neutöner" und Revolutionär Richard Wagner wurde bestimmend für die musikalische Richtung, in deren Dienst er später sein künstlerisches Wirken stellen sollte.

Die im Jahre 1850 in Weimar veranstaltete Erstaufführung des „Lohengrin", der Bülow als Gast von Liszt beiwohnte, entschied über sein berufliches Schicksal: nicht länger konnte er sich verhehlen, daß ihm „ebensowohl Talent als Lust und Liebe" mangelte, um jemals als Rechtsgelehrter oder Beamter im Staatsdienst eine ersprießliche Tätigkeit ausüben zu können. Zu wenig paßte Bülow in dieses ihm „unbeschreiblich verhaßte Gebiet". Der Vorschlag des in Zürich lebenden Wagner, unter seiner Leitung praktische Studien zu machen und gleichzeitig dort die Oper zu dirigieren, kam daher dem jungen Bülow ungemein gelegen. Mit Freuden ergriff er gegen den Widerstand seiner Mutter diese einzigartige Gelegenheit, seine weitere künstlerische Laufbahn in die Hände des „edelsten, liebens- und verehrungswürdigsten Mannes" zu legen.

Wie Wagner über den neugewonnenen Schüler urteilte, erfahren wir aus Bülows eigenen Worten in einem Brief an seine Mutter: „Wagner glaubt, ich werde ein guter Musiker, ein bedeutender Künstler: es ist an mir, sein Vertrauen im Laufe der Zeit zu rechtfertigen. Diesen Winter (1850) absolviere ich hoffentlich mein Brotstudium, ich werde ein guter, routinierter Dirigent, wozu ich — nach Wagners Worten — die entschiedenste Anlage durch meine Feinheit des musikalischen Ohres, durch die Leichtigkeit meiner Auffassungsgabe, meiner schnellen Uebersicht, meines fertigen Klavierspiels besitze." Damit war die Entscheidung gefallen; die Kunst hatte einen Jünger gewonnen, der ihr in seiner weiteren Laufbahn zu höchstem Ruhme gereichen sollte.

Nach einer harten Lehrzeit in der Schweiz weilte Bülow bis zum Jahre 1855 in Weimar, wo er auf Wagners Empfehlung in den Schülerkreis von Franz Liszt aufgenommen wurde und sich den letzten pianistischen Schliff aneignete. Eine Reihe höchst erfolgreicher Konzerttourneen verschaffte ihm seine erste bedeutende Lehrtätigkeit an dem Berliner Sternschen Konservatorium. In dieser Zeit verheiratete sich Bülow mit Cosima Liszt, die sich später von ihm trennte, um als Gattin Richard Wagners eine hervorragende Rolle in dem Bayreuther Kreise einzunehmen.

Bülows Tätigkeit als Klavierpädagoge, Pianist und Dirigent war von ständig wachsendem Ruhme begleitet. So sehen wir ihn in den nächsten Jahrzehnten immer abwechselnd als lehrenden oder ausübenden Künstler in den ehrenvollsten und bedeutendsten Stellungen der musikalischen Welt wirken. Vom Jahre 1885 ab übernahm er die Philharmonischen Konzerte in Berlin und Hamburg, ohne jedoch seine pädagogische Tätigkeit aufzugeben. Ein schweres Leiden zwang ihn zu längerem Erholungsaufenthalt in Aegypten. Im Februar des Jahres 1894 fand Hans von Bülow, 64 Jahre alt, den Tod.

Das ungemein Reizvolle in Bülows Persönlichkeit war die seltene Vereinigung von höchster künstlerischer Könnerschaft und außergewöhnlicher pädagogischer Befähigung. Dieser „vornehme Schulmeister" — wie Liszt ihn einmal genannt hat — fühlte sich in erster Linie dazu berufen, sein technisches Können völlig in den Dienst des Kunstwerkes zu stellen. Vom Anbeginn seiner Dirigententätigkeit setzte sich Bülow für Wagner, Berlioz und Liszt ein. Aber auch um die „Moderne" des ausgehenden Jahrhunderts war Bülow eifrig bemüht. So finden wir auf seinen Programmen neben dem von ihm besonders hoch geschätzten Brahms die Werke von Dvorak, Smetana, Tschaikowsky, Saint-Saëns und sogar schon Richard Strauß.

In seinen Briefen und Rezensionen, die uns in einer Reihe stattlicher Bände vorliegen, nimmt Bülow in ungemein temperamentvoller Weise Stellung zu allen künstlerischen Erscheinungen seiner Zeit. Lassalle, der ihm in herzlicher Freundschaft verbunden war, bezeichnete ihn in einem Briefe als einen „Pulverturm, der sich vor Explosionen wahren muß"! Vergessen wir schließlich nicht, daß Hans von Bülow auf Lassalles Bitten hin für dessen „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" unter dem Pseudonym Solinger das Bundeslied im Jahre 1863 von Herweghs „Bet' und arbeit'" komponierte. Bülow schuf demnach als einer der ersten das Arbeiter-Tendenzlied; seine Hymne wird noch heute von unseren Arbeiterchören gesungen.

Dr. Otto Mayer.

Es ist nicht alles Elfenbein

Mutti steht mit ihrem Söhnchen vor dem Elefantenkäfig. Aber Jumbo, der Riese, ist schließlich auch nur . . . kurzum, es passiert ihm etwas sehr Natürliches. Fränzchen beobachtet den Vorgang mit dem Interesse eines Gelehrten. Nach einer langen Pause bemerkt er schließlich:

„Ich dachte, aus dem Elefanten kommen bloß Billardkugeln?"

Verkauf von Ehefrauen

In Deutschland war es, wie Grimm in seinen Rechtsaltertümern erzählt, bis in das 13. Jahrhundert hinein dem Manne gestattet, in besonderen Notfällen sein Weib und seine Kinder zu verkaufen. In einem aus dem 13. Jahrhundert stammenden Gedicht von der guten Frau fordert während einer Hungersnot die Frau selbst ihren Mann auf, sie zu verkaufen, damit er sich und die Kinder retten könne.

Zigarettenverbrauch durch Frauen

In Frankreich hat sich der Verbrauch von Zigaretten in den Jahren seit Beginn des Weltkriegs ungefähr vervierfacht. Im Jahre 1914 kamen auf die Person im Durchschnitt 201 Zigaretten jährlich, gegenwärtig 811 Stück. Diese Zunahme wird dem Umstande zugeschrieben, daß Frauen mehr und mehr rauchen, und natürlich vorwiegend Zigaretten.

Das verlorene Portemonnaie

Die nachfolgende Geschichte hat zwei Vorzüge: sie ist ganz kurz, und sie hat sich buchstäblich so, wie sie hier erzählt wird in den letzten Tagen vor Weihnachten zugetragen.

Ich bin eilig, wie immer, morgens um 7 Uhr, wenn ich zu meiner Arbeitsstelle gehe. Es ist dunkel und kalt, ein gräßlicher Dezembermorgen. Mißmutig packe ich meine Siebensachen zusammen. Mittags will ich noch ein paar Weihnachtsbesorgungen machen. Wo ist mein Geld? Schnell auch noch das Portemonnaie in die Aktentasche gestopft, zwei leere Flaschen ergriffen, um sie in aller Eile jetzt beim Drogisten abzugeben und sie mittags gefüllt wieder abzuholen. Mitten auf der Treppe bleibe ich stehen. Das Geld ist in der Aktentasche doch wohl nicht sicher genug. Ich nehme es heraus und tue es in die Jackentasche; die kann ich zuknöpfen. Da kann nichts passieren.

Schnell in den Laden; dann der Elektrischen noch ein Stück entgegengelaufen, hineingesprungen — und zwei Minuten vor acht bin ich auf meinem Platz. Ich hänge meine Jacke an, greife in die Tasche, um mein Taschentuch herauszunehmen. Was ist das? Das Portemonnaie ist nicht mehr drin! Habe ich es eben mit herausgezogen? Ich bücke mich, sehe mich überall um, suche — vergebens. Ich habe hier auch nichts fallen hören. Wo kann es nur sein? Fort, einfach fort, das ganze mir noch für Dezember bleibende Geld fort! Ich kann es noch gar nicht fassen. Wo kann es nur sein? Keine Möglichkeit, die Gedanken bei der Arbeit zu halten; kaum kann ich den Schluß abwarten. Wo mag ich es nur verloren haben?

Sobald es geht, fahre ich an die Endstation der Elektrischen. „Hier ist nichts abgegeben worden; fragen Sie morgen im Fundbureau!" Ich stürze nach Hause; vielleicht habe ich das Portemonnaie auf der Treppe daneben gesteckt, als ich es aus der Aktentasche herausnahm. Daß ich es herausgenommen habe, weiß ich noch genau; aber ich zermartere mir vergebens das Hirn darüber, wo ich es verloren haben könnte.

Auch im Hause hat niemand etwas gesehen; nichts ist gefunden worden. Meine Verzweiflung ist groß; das Geld fehlt mir entsetzlich; ich muß Schulden machen, um leben zu können; an Geschenke ist gar nicht mehr zu denken.

Der nächste Tag ist zu allem Unglück auch noch ein Sonntag. Am Montag im Fundbureau: nichts. Als ich quer durch die Stadt wieder zurückfahre und versuche, mich damit abzufinden, daß das Geld nun also endgültig verloren ist, fällt mir plötzlich ein, daß ich ja noch in der Drogerie gewesen bin. Noch ein letzter, ganz schwacher Hoffnungsschimmer. Ganz bescheiden frage ich: „Ist vielleicht hier ein Portemonnaie gefunden worden?" — „Ach ja, Fräulein, gehört's Ihnen? Wie sah's denn aus? Das hat ja schon vorgestern früh ein Laufjunge hier abgegeben. Draußen auf der Stufe hat's gelegen."

Es war wirklich mein Portemonnaie. Ich muß es vor der Ladentür mit dem Taschentuch herausgezogen haben. Wie soll ich meine Freude, aber auch meine Beschämung beschreiben? Es geht uns manchmal doch besser, als wir es verdienen. Ich hinterlege bei dem Drogisten den Finderlohn, damit ihn der Junge gleich hat, wenn er nachfragen kommt. Er ist nicht einmal gekommen. Erst durch langes Nachforschen habe ich den ehrlichen Finder feststellen können.

„Und da reden wir von Korruption und Bestechlichkeit! Solange es noch sechzehnjährige Proletarierjungen gibt, die acht Tage vor Weihnachten ein gefundenes Portemonnaie mit Geld getreulich abliefern und noch nicht einmal einen Finderlohn dafür haben wollen, braucht uns um den Aufstieg des werktätigen Volkes nicht bange zu sein.

Hundert Tage Eifersucht

Roman von Pierre Humbourg

32]

Copyright by Verlag von Th. Knaur Nachf., Berlin W 50

Auf einer Proviantkiste lag die alte Gitarre Capuris, und wenn das Schlingern des Schiffes sie zu rütteln begann, gab sie ein metallisches Klirren von sich wie ein Schluchzen, das ihrer flachen Brust entstieg. Sie dachten an den Matrosen, der tagelang ihre Nerven gefoltert hatte.

„Armer Kerl," sagte Armand, „man kann nie wissen!"

Einer von ihnen nahm die Gitarre und stimmte sie, dann sang er mit klarer Stimme ein altes Seemannslied:

„Erst ging es los mit vollem Wind,
Die See war hohl, die Fahrt geschwind.
Und dann, an der Küste von Engelland,
Er bald ein rasches Ende fand,
Der Matrose von Sans-souci."

Seine Stimme erfüllte das Halbdunkel des Logis mit dem großen Hauch des Abenteuers.

Andere Lieder kamen an die Reihe, Magnin intonierte mit seiner kreischenden Stimme:

„Er hat drei Töchter, die leben soso,
Die eine in Marseille, die andre in Bordeaux,
Die dritte in Valparaiso."

Sie klammerten sich an diese Worte wie an ein genaues Sinnbild ihres Lebens. Als ihr Herz dieser traurigen Beschwörungen müde wurde, kehrten sie schweigend zu ihren Karten zurück.

Loulou, der in seiner Koje lag, sah durch das Bullauge die Wellen am Rumpf der „Tlemcen" entlang gleiten und den Horizont auf und nieder schaukeln wie die Telegraphendrähte neben dem fahrenden Expreß.

Er dachte an seine letzte Begegnung mit Mevel, fünf Tage zuvor, in einer Kneipe.

Jetzt sprachen sie da unten von dieser Geschichte:

„Es mußte so kommen," behauptete Armand, „man hat es an seinen Augen gesehen, er hatte nur noch diesen einen Gedanken in seinem Schädel."

Loulou sprang aus seiner Koje:

„Ich habe alles gesehen!" rief er.

Sie füllten ihre Gläser neu und legten die Karten hin.

„Ganz abgesehen davon," fuhr Magnin fort, „daß er wahrscheinlich wütend und gereizt war, er war ein Bretone, er ließ sich nichts anmerken, aber trotzdem . . ."

„Nein," sagte Loulou, „er war ganz ruhig, als hätte er es gar nicht wollen. Ich glaube sogar, er wollte es wirklich nicht mehr, er wollte es nicht . . ."

Loulou schloß die Augen, um sich recht deutlich an die Umstände seiner letzten Begegnung mit Mevel zu erinnern:

„Ich bin ihm am Freitag begegnet, in der Rue Caisserie. Es war fünf Uhr abends, und er ging ganz friedlich spazieren . . ."

„Das glaubst du? Er bereitete sich auf seine hübsche Tat vor."

„Nein, er sah sich ein Schaufenster mit Schuhwaren an. Als er mich sah, schien er sich zu freuen. Und wir gingen ein paar Schritte weit zusammen. Ich sprach zu ihm, verstehst du, er hatte so oft gesagt, daß er sie töten wird; ich wollte wissen . . ."

„Oh!" gab er mir zur Antwort, „man sagt allerlei . . ."

Dann fragte ich ihn:

„Ist sie nett gewesen, deine Frau?"

Er hörte mich nicht, er hatte eine Idee, eine andere Idee, die ihm im Kopf herumging.

„Loulou, ich bin überzeugt, daß sie sich treffen, und es macht mir nichts aus, ich bin ein Feigling . . ."

Ich lachte. Was konnte ihm denn daran liegen, daß seine Frau und Toussaint miteinander schliefen. Er nahm mich beim Arm und ging rascher. Er redete unaufhörlich, und er sagte:

„Ich hätte es nicht tun sollen! Jetzt habe ich nicht mehr den Mut, sie hat vielleicht recht; und er hat sich benommen wie alle Männer, um so schlimmer für mich!"

Wir blieben alle beide vor einem Juwelier stehen:

„Ringe kaufen können!" Er wiederholte das wie ein Lied.

„Aber da kenne ich mich nicht mehr aus," sagte Piétri, „er war wohl verrückt?"

„Ich verstehe es auch nicht besser! Er wollte nicht, das weiß ich genau. Er sah müde aus, wie ein Mensch, der Kopfweh hat. Er steckte immerfort die Hand in die Tasche und sagte:

„Trotzdem muß es sein, nicht wahr, Loulou, es muß sein?" Das kam mir komisch vor. Er machte einen besoffenen Eindruck."

„Er war es vielleicht," bemerkte Magnin.

„O nein; aber er hat sich immerfort wie ein Gangspill um dieselben Worte gedreht, und das hat ihn besoffen gemacht. Wir gingen an den Alten Hafen. Mevel blieb stehen, um einem Schlepper zuzuschauen. Das Wasser war voll tanzender Lichter. Es wurde kalt.

„Kommst du?" sagte ich zu Mevel.

Er schwieg, wie an den Abenden, wo er am Schanzdeck saß und nachdachte.

Er packte mich bei den Schultern.

„Loulou, es muß trotz alledem ein Ende haben. Komm; ich weiß, wo sie sind!" Und er wollte zum Pont Transbordeur zurück. Ich hatte Angst, denn er sagte das so hastig und mit einem zitternden Mund.

Dann versuchte ich ihn in die Rue de la Republique zu schleppen. Dumme Geschichte, ein Unglück anzustiften."

„Seht mir den Bengel," sagte Piétri, „er wollte alles verhindern." „O nein," fuhr Loulou fort, „ich bin es nicht gewesen. Er sagte sogar: „Wenn du nicht da wärst, würde ich gar nicht dran denken. Aber das erinnert mich zu sehr an alle die Dinge."

Es war mir gelungen, ihn umzustimmen, und ich wußte nicht mehr, was ich tun sollte, um mir die Sache vom Hals zu schaffen. Ich hatte das Gefühl, es war zu Ende. Aber er sagte zu mir:

„Bleib, ich werde weniger allein sein, gehen wir etwas trinken!"

„Komisch, trotz alledem," konstatierte Armand. „Man weiß nie Bescheid, nicht einmal bei seinen besten Bekannten."

„Und seid ihr lange herumspaziert?" fragte Piétri.

„Ja, einen Augenblick. Wir kamen an einem Wäschegeschäft vorüber, und da kaufte er ein kleines Taschentuch für seine Frau.

„Weißt du," sagte er, „wenn es auch zu Ende ist, man kann doch Freunde bleiben."

Er sah sogar recht glücklich aus. Ich verstand die ganze Sache nicht."

„Pah, er hat dir eine Lüge aufgebunden, das ist alles!"

Loulou zögerte einen Augenblick.

„Warum eine Lüge? Er wußte doch nichts davon, und auch ich war zufrieden, daß die Dinge sich wieder einrenkten. Er rauchte eine Zigarette und sprach von der bevorstehenden Fahrt. Er wollte in Assini einen Papagei kaufen und rote Federbabuschen in Lagos. Er griff auch nicht mehr in die Tasche. Ah, wenn ich gewußt hätte!"

„Wahrscheinlich," meinte ein Matrose, „wahrscheinlich wollte er Toussaint bei der ersten Begegnung erschießen."

„Du sagst," warf Magnin ein, „daß er Grund hatte, auf ihn böse zu sein!"

„Er scherte sich nicht die Spur um Toussaint," fuhr Loulou fort. „Er schwenkte das Taschentüchlein, zerknitterte es, machte dann plötzlich die Hand auf. Er redete laut und lachte.

Wir gingen in eine Kneipe an der Ecke der Rue François-Moisson. Wir setzten uns beide nieder . . ." (Fortsetzung folgt.)

Die publizistischen Methoden der „Neuen Front"

Antwort des preußischen Justizministers auf sozialdemokratische Anfragen

An Stelle der vor einiger Zeit eingegangenen Essener Zeitschrift „Das freie Wort", deren journalistische Methoden wiederholt den Gegenstand parlamentarischer Erörterungen bildeten, erscheint in Essen seit einiger Zeit eine neue Zeitschrift „Neue Front", deren Tendenz nationalsozialistisch ist. Mehrere sozialdemokratische Landtagsabgeordnete beschäftigten sich ausführlich in einer Kleinen Anfrage mit dieser Zeitschrift, die, wie sie ausführten, insbesondere von der Inseratenerpressung lebe. Bevor Skandalgeschichten in der Zeitschrift erschienen, melde sich bei der betreffenden Persönlichkeit ein Inseratenakquisiteur und stelle gegen einen genügenden Inseratenauftrag Nichterscheinen des Artikels in Aussicht. Ein solcher Akquisiteur sei vor einiger Zeit bei dem Inhaber einer Bochumer Firma erschienen und habe ihm erklärt, daß ein entlassener Angestellter der Firma Material über ihn geliefert habe. **Der Redakteur der „Neuen Front", Herr Wagner, Mitglied des Reichstages, sowie der Geschäftsführer Voß seien auf solches Material besonders scharf.** Der betreffende Inhaber habe sich jedoch nicht einschüchtern lassen, sondern seinen Rechtsanwalt beauftragt, den Erlaß einer einstweiligen Verfügung herbeizuführen, durch den der „Neuen Front" die Veröffentlichung des Artikels untersagt werden sollte. In der Anfrage wurde nun ausgeführt, daß der Anwalt die größten Schwierigkeiten gehabt habe, den Erlaß einer einstweiligen Verfügung zu erreichen. Offenbar seien die Bochumer Richter durch die publizistischen Methoden der „Neuen Front" so eingeschüchtert, „daß sie jeden Vorwand suchen, um sich der Beschäftigung mit diesem Blatt zu entziehen". Das Staatsministerium wurde gefragt, was es zu tun gedenke, um die Bochumer Gerichtsbehörden zu pflichtmäßigem Verhalten gegenüber der „Neuen Front" zu veranlassen, und ferner, um pflichtmäßig handelnde Richter gegen die zu erwartenden Angriffe und Beleidigungen dieses Blattes zu schützen.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, beantwortet der preußische Justizminister die Anfrage folgendermaßen:

Nach den angestellten Ermittlungen haben die Richter in Bochum es nicht abgelehnt, sich mit dem Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen die „Neue Front" zu befassen. Der Sachbearbeiter bei dem Landgericht war gerade mit einer Beweisaufnahme beschäftigt; der Vorsitzende der Zivilkammer, an den sich der Rechtsanwalt darauf wandte, wies, weil er eine Entscheidung der Kammer erst für den folgenden Tag in Aussicht stellen konnte, auf die für Eilfälle vorgesehene Zuständigkeit des Amtsgerichts hin. Auch bei dem Amtsgericht hielt der Dezernent zufällig Termine in dringenden Sachen ab. Er hat aber alsbald nach deren Beendigung die Prüfung und Bearbeitung des Antrages vorgenommen und noch am selben Tage entschieden. Die Annahme, daß die beteiligten Bochumer Richter sich der Beschäftigung mit dem Antrage gegen die „Neue Front" zu entziehen gesucht hätten, dürfte darauf beruhen, daß der Rechtsanwalt Aeußerungen der Richter mißverstanden hat.

Ein Anlaß zu einem Einschreiten gegen die mit der Sache befaßten Richter hat sich nicht ergeben. Auch ist bisher ein Bedürfnis zu besonderen Maßnahmen zum Schutze der Richter gegen Angriffe und Beleidigungen durch die Zeitung nicht hervorgetreten. Im Bedarfsfalle würden die bestehenden Gesetze ausreichende Handhaben bieten.

Ein Globetrotter auf der Anklagebank

Essen, 7. Januar.

Harte Lebensschicksale eines vielgewanderten Mannes, der vor dem Kriege bessere Tage gesehen hatte, wurden in einer Verhandlung vor dem Erweiterten Schöffengericht enthüllt. Auf der Anklagebank saß, aus der Untersuchungshaft vorgeführt, der 48 Jahre alte Alfred Georg Bötzelen, der als Sohn eines angesehenen und wohlhabenden Fabrikdirektors in Kassel geboren ist. Bei Ausbruch des Krieges war er in Buenos Aires tätig, meldete sich als Kriegsfreiwilliger und nahm als Offizier an zahlreichen Schlachten teil. Nach Beendigung des Krieges konnte er schwer geeignete Beschäftigung finden. Er landete schließlich als Buchhalter in einem Elberfelder kaufmännischen Betriebe, mußte einen Unterhaltungsprozeß über sich ergehen lassen, der ihm schwere Verpflichtungen auferlegte, und schließlich unterschlug er in seiner Notlage seiner Firma eine Summe von 50 000 RM. Nach seiner Verurteilung durchquerte er Europa und den Balkan als Globetrotter und ernährte sich vom Postkartenverkauf. In den folgenden Jahren trieb es ihn in die Heimat zurück, und eines Tages erhielt er eine geeignete Anstellung auf der Gesolei. Dort mußte er später das Feld räumen, als seine Vergangenheit bekannt wurde. Es gelang ihm später, auf der Pressa in Köln Anstellung zu finden. Als man ihn dort eines Tages entdeckte und ihn zur Verbüßung einer mehrwöchigen Gefängnisstrafe einziehen wollte, verlor er auch hier die Stellung. Im vergangenen Jahre tauchte der vielgewandte Mann im Industriegebiet auf und sammelte mit Hilfe gefälschter Schriftstücke Unterstützungsgelder für die Hinterbliebenen ehemaliger Offiziere, bis er eines Tages in Herveest-Holsterhausen als Schwindler entlarvt und festgenommen wurde. Das Gericht berücksichtigte in weitgehendem Maße die wirtschaftliche Notlage des Angeklagten und verurteilte ihn wegen Urkundenfälschung und fortgesetzten Betruges zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis.

Der Umbau der „Ballin"-Dampfer in 7-Tage-Schiffe.

Die vier Dampfer der „Albert-Ballin"-Klasse der Hamburg-Amerika-Linie, „Albert Ballin", „Deutschland", „Hamburg" und „Neuyork", werden im Laufe dieses Winters umgebaut. Die Schiffe erhalten neue Antriebsmaschinen mit einer Gesamtleistung von 28 000 PS., die es ermöglichen, die Strecke von Hamburg nach Neuyork in acht — bisher in zehn Tagen — und die Strecke Kanalhäfen—Neuyork in etwa sieben Tagen zurückzulegen. Außerdem werden die Dampfer „Albert Ballin", „Deutschland" und „Hamburg" in ihren Passagiereinrichtungen der besonders bewährten Ausstattung der „Neuyork" angeglichen und in der 1. Klasse mit einer zwei Decks hohen Gesellschaftshalle, einer offenen Laube und einem geräumigen Sportdeck versehen. Der große Erfolg, den die vor etwa zwei Jahren eingeführte „3. Kajüte für Touristen" brachte, veranlaßt die Hamburg Amerika-Linie, die betreffenden Einrichtungen auf den vier „Ballin"-Dampfern erheblich zu erweitern.

Sämtliche Umbauten werden auf der Werft von Blohm und Voß in Hamburg vorgenommen. Dort liegt bereits seit dem 1. September vorigen Jahres Dampfer „Hamburg", der seine Fahrten im Februar wieder aufnehmen wird. Vor kurzem folgten ihm die Dampfer „Albert Ballin" und „Neuyork". Als letztes Schiff wird im Januar Dampfer „Deutschland" aus der Fahrt gezogen. Von Mitte Februar an werden die Schiffe in der Reihenfolge, in der sie an die Werft kamen, wieder zur Verfügung stehen und dann in regelmäßigem wöchentlichen Turnus verkehren. Ihre Abfahrten von Hamburg werden jeweils Donnerstag abends, von Curhaven Freitag mittags, von Southampton Samstag mittag und von Cherbourg Samstag abends, die Rückfahrt von Neuyork wird jeweils in den ersten Morgenstunden des Donnerstags angetreten.

Der nunmehr erfolgende Umbau der Schiffe geschieht in erster Linie zur Beschleunigung des nordatlantischen Passagierverkehrs. Die Ueberfahrt auf den „Albert-Ballin"-Dampfern wird in Zukunft um volle zwei Tage gekürzt. Diese Beschleunigung erscheint nicht nur wirtschaftlich vorteilhaft, sie hält sich vor allem auch in Grenzen, welche die ruhige Fahrt der Schiffe weiterhin in vollem Umfang gewährleisten. Diese Feststellung ist wichtig, denn die Dampfer der „Albert-Ballin"-Klasse verdanken ihren Ruf in erster Linie ihren vorzüglichen Fahreigenschaften.

Die Beschleunigung der Stiffe kommt aber ebenso auch den Verladern, d. h. dem kontinental-europäisch-amerikanischen Austauschhandel zugute. Die vier Dampfer werden nach Vollendung ihres Umbaus zweifellos die schnellste Beförderungsgelegenheit großen Ausmaßes für Frachtgüter, mithin Träger eines ausgedehnten Schnellfrachtverkehrs auf der nordatlantischen Route sein.

GELSENKIRCHEN-BUER

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Unterbezirk Recklinghausen.

Am Sonntag, dem 19. Januar 1930, **vormittags 9 Uhr**, im Volkshaus, Recklinghausen, Herner Straße 39:

Jahres-Generalversammlung.

Es werden hierdurch eingeladen: Die Helferinnen und Helfer der Roten-Falken- und Kinderfreundegruppen, der Unterbezirksvorstand der Arbeiterwohlfahrt, der Unterbezirksvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend, die parteigenössischen Lehrerinnen und Lehrer.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Stuhr über „Aufbau der Organisation im Bezirk und die Zukunftsaufgaben".
2. Wahl des Unterbezirksvorstandes.
3. Wahl der Bezirksausschußmitglieder.

Delegationskosten fallen zu Lasten der Ortsgruppen.

J. A.: Wilhelm Pfeifenbring.

Frauengruppe, Bezirk Buer.

Donnerstag, den 9. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Volkshaus in Buer: Funktionärinnensitzung der Frauengruppen des Bezirks Buer. Die Bezirksleiterin: Luise Pfeifenbring.

Ortsgruppe Hüllen.

Heute (Mittwoch), nachmittags 4 Uhr, bei Nachbarschulte: Frauenversammlung. Genossin Schreyer hat ihr Erscheinen zugesagt.

Zur Beachtung! Die Jahres-Generalversammlung findet nicht am 12., sondern am 18. dieses Monats statt.

SAJ JUGEND-VERANSTALTUNGEN

Gruppe „Rote Sieben".

Donnerstag, den 9. dieses Monats, 20 Uhr: Heimabend. Fortsetzung der Vorlesung aus der modernen Kriegsliteratur. — Zum neuen Jahr ein herzliches „Freundschaft!"

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Große Führersitzung! Samstag, den 11. dieses Monats, abends 7.30 Uhr, im Lokal Kuhlmann, Schalker Straße: Große Führersitzung. Tagesordnung: 1. Generalversammlung am 26. dieses Jahres und Neuwahl des Vorstandes, 2. Anträge, 3. Werbemonat, 4. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen erforderlich.

Martinsabteilung Gelsenkirchen.

Mittwoch abend 8 Uhr: Probe in der Lessingschule.

VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

Freie Schulgesellschaft, Bulmke.

Donnerstag, den 9. dieses Monats, **abends 8 Uhr**, in der Fichteschule: Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Wahl der Delegierten und Stellung von Anträgen, 3. Vorstandswahl, 4. Wahl der Ordnungsleute zum Unterhaltungsabend am 25. dieses Monats in der Stadthalle.

Besonders werden unsere Parteimitglieder auf die Wichtigkeit dieser Versammlung aufmerksam gemacht.

Zur Neuordnung des Schuljahres

Die Auffassung des Preußischen Lehrervereins

Das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung beabsichtigt, eine Denkschrift über die Frage der Ferienreform herauszugeben und kommt damit dem in der Oeffentlichkeit lebhaft zum Ausdruck gekommenen Drängen auf Neuordnung des Schuljahres nach.

Es hat die Lehrerverbände als auch Kommunal- und Wirtschaftsverbände aufgefordert, zu der Frage Stellung zu nehmen. Der Gesamtvorstand des Preußischen Lehrervereins legte seine Auffassung in einer Sitzung am 28. und 29. Dezember wie folgt fest:

Für die Neuordnung des Schuljahres gibt es zwei Vorschläge, die man am besten aus dem Beginn des Schuljahres erkennt. Fängt man nämlich das Schuljahr nach der größten Ruhepause an, nach den Sommerferien, dann tritt die jetzt in der Oeffentlichkeit und Presse erörterte Drittelung des Schuljahres ein. Der Gesamtvorstand erwog die Gründe, die für den Anfang im Frühjahr und gegen wie für die Verlegung in den Sommer sprechen, und beschloß:

Der Beginn des Schuljahres bleibt im Frühjahr.

Damit ist die Drittelung abgelehnt worden, es soll bei der bisherigen Vierteilung verbleiben.

Bisher lag in den meisten Provinzen der Anfangstag des Schuljahres in jedem Jahre anders. Er richtete sich nach dem Osterfest. (Ostern frühestens am 22. März und spätestens am 25. April.) Das führte zu einer als unhaltbar empfundenen Schwankung in der Länge der Unterrichtsabschnitte und der Schuljahre. Daher hat eine Festlegung des Schuljahrbeginns zu erfolgen. Der Gesamtvorstand hält den 1. April für den geeigneten Tag. Von ihm ab soll der Beginn des Schuljahres rechnen, und zwar auch dann, wenn wegen der Lage des Osterfestes der 1. April schulfrei sein müßte.

Ueber die Lage der Osterferien ist beschlossen: sie haben

vor Beginn des Schuljahres zu liegen,

etwa vom 15. bis 31. März. Das ist ohne weiteres möglich, wenn in diese Zeit das Osterfest fällt, wie z. B. 1932 (27. März), 1937 (28. März) und 1940 (24. März). Fällt Ostern auf die ersten Apriltage, dann könnten die Ferien auch noch die Festtage einschließen, so daß der Schulschluß des Vorjahres um diese Tage hinausgeschoben wird. Liegt Ostern jedoch später (nach dem 5. April, wie 1933, 35, 36, 38, 39), dann tritt zum Fest nur ein Unterrichtsausfall während der Feiertage ein, der sich von Donnerstag vor bis Dienstag nach dem Fest erstreckt.

Im ersten Schulvierteljahr tritt durch Pfingsten eine Unterbrechung ein. Als Pfingstferien gelten die Tage von Samstag vor bis Samstag nach dem Fest.

Zwischen dem ersten und zweiten Schulvierteljahr liegen die Sommerferien.

Ihre Dauer soll höchstens 6 Wochen betragen.

Sie liegen zeitlich nicht für ganz Preußen gleich, wohl aber für mindestens eine Provinz (größere Landschaftsgebiete, Bezirke) und in ihr für Stadt und Land und für alle Schularten.

Im dritten Schulvierteljahr, nach dem 1. Oktober, liegen die Herbstferien von anderthalb bis zwei Wochen. Für ihre zeitliche Lage gilt dasselbe wie für die Sommerferien. Die Weihnachtsferien sollen in der Regel zwei Wochen dauern. Sie beginnen kurz vor dem Fest und enden etwa acht Tage nach Neujahr, um den Schulabschnitt zwischen Weihnachten und Ostern nicht über elf Wochen auszudehnen.

Der Gesamtvorstand beschloß ferner allgemeine Richtlinien für die beabsichtigte Regelung:

Die Ferien sind für alle Schulen, Volks-, Mittel- und höhere Schulen, gleich.

Sie liegen mit Ausnahme der Sommer- und Herbstferien zeitlich gleich in ganz Preußen. Die Schulzeit zwischen zwei Ferienpausen beträgt höchstens 11 Wochen. Eine Verlängerung der Gesamtdauer der Ferien ist zu vermeiden. Die Festlegung des Osterfestes auf den ersten Sonntag im April ist von der Unterrichtsbehörde mit allem Nachdruck zu erstreben.

Neugierige Fragen

Warum schauen die Nasenlöcher nach unten?

Eine sonderbare Frage! Die Antwort aber gibt uns wieder einmal Gelegenheit, über wunderbare Organisation der Natur zu staunen.

Die eingesogene Luft steigt, da die Nasenlöcher eng sind und im Boden der Nase liegen, in einem schmalen Strom senkrecht aufwärts, biegt dann oben um und fällt in sanftem Bogen zur Hinterwand des Rachens. Das hat drei Vorteile: 1. Die Atemluft wird auf diesem längeren Wege erwärmt, durchfeuchtet und entstaubt, 2. der untere Nasengang bleibt für den Austritt der ausgehauchten Atemluft frei, 3. die Luft muß an den Riechnerven vorbeistreichen. Verliert der Mensch seine knorpelige Nasenspitze, so daß der Nasenhöhlengang klafft und die Luft in breiter Flut waagerecht nach hinten strömt, so verliert er seine Fähigkeit, zu riechen.

*

Weshalb sperrt einer den Mund auf?

Diese Frage ist nicht so ganz einfach zu beantworten, und deshalb greift Dr. Kahn in seinem „Leben des Menschen" etwas weiter aus, um die Sache zu erklären. Zur Anlage von Brückenpfeilern benutzt man Caissons, große Stahlbehälter, die wie umgestülpte Wassergläser eingetaucht werden und so den Arbeitern einen Luftraum zum Aufenthalt unter Wasser schaffen. Je tiefer der Caisson untertaucht, um so stärker preßt das Wasser gegen seine Innenluft, um so höher steigt der Luftdruck. Dieser Ueberdruck von außen preßt das Trommelfell einwärts, und zur Gegenwehr muß der Caissonarbeiter entsprechend seiner Dienstvorschrift häufige Schluckbewegungen ausführen. Schwillt beim Schnupfen die Trompetenöffnung im Rachen zu, so daß trotz Schluckens keine Luft in die Paukenhöhle gelangt, so wird diese luftarm, das Trommelfell vom stärkeren Außendruck einwärts gepreßt, und wir haben das Gefühl, als sei unser Ohr verstopft. Erwartet man sehr starken Luftandruck von außen, wie z. B. beim Abfeuern eines Geschützes, so öffnet man den Mund, zieht das Gaumensegel hindurch hoch und weitet so die Mündung der Ohrtrompete im Rachen. Erfolgt der Knall, so schwingt die Luft nicht nur von außen durch das Trommelfell gegen die Paukenhöhle, sondern auch von innen durch die Mundhöhle und Ohrtrompete in sie hinein, und die Luftdruckschwankung gleicht sich aus, so daß eine Zerreißung des Trommelfells vermieden wird, die leicht erfolgen kann, wenn das Trommelfell allzu heftig gegen die geschlossene Luftmasse in der Paukenhöhle anfedert. Daher erhält der Kanonier Anweisung, beim Abfeuern des Geschützes den Mund weit zu öffnen. Oeffnung der Ohrtrompete verbessert die Schwingungsverhältnisse in der Paukenhöhle und damit das Hören. Hält man sich eine Stimmgabel vor den Mund und schluckt, so verstärkt sich der Ton im Moment des Schluckens. Diese Erfahrung haben Volk und Künstler wie so viele andere der Wissenschaft vorauserkannt. „Es sperrt einer den Mund" oder gar „Mund und Nase auf vor Staunen," sagt der Volksmund, und von den ältesten Verkündigungen bis zu Böcklin und Busch wiederholt sich auf ernsten und heiteren Bildern der Typus des lauschenden Menschen, der mit geöffnetem Munde horcht — ein Lob für die Beobachtungsgabe jenes großen unbewußten Künstlers Volk und jenes bewußten, der da als Dichter und Maler wirkt, und beide ebenso wissend sind, wie die Gelehrten, wenn auch in einem ganz anderen Sinne. kos.

Finanzierung von Bauvorhaben und Einrichtungen der Jugendpflege.

Wie die Regierungspressestelle mitteilt, hat der preußische Minister für Volkswohlfahrt am 16. Dezember durch Runderlaß wie folgt verfügt:

„Es ist in letzter Zeit wiederholt zu meiner Kenntnis gelangt, daß Einrichtungen der Jugendpflege sowie der Leibesübungen, insbesondere Jugendheime, wegen finanzieller Schwierigkeiten zum Teil schon vor ihrer Fertigstellung zur Zwangsversteigerung gekommen sind. Zur Vermeidung weiterer Fälle ersuche ich, künftig vor Bewilligung oder Weitergabe von Anträgen auf Gewährung von Beihilfen oder Darlehen für Vorhaben und Einrichtungen der gegebenen Art besonders eingehend zu prüfen, ob auch die endgültige Finanzierung als unbedingt gesichert angesehen werden kann. Ferner bitte ich, auf die in Frage kommenden Organisationen und Verbände dahin zu wirken, daß sie sich in der Schaffung von Einrichtungen und Bauvorhaben für Zwecke der Jugendpflege sowie der Leibesübungen bei der jetzigen, schwer zu übersehenden allgemeinen Wirtschaftslage möglichste Zurückhaltung auferlegen."

Eisenbahnunglück in Spanien

Ein Toter, 13 Verletzte.

Madrid, 7. Januar. (Drahtmeldung.) In der letzten Nacht ist der D-Zug Sevilla—Barcelona unweit des Bahnhofes von Santa Cruz de Mudela auf einen stehenden Güterzug aufgefahren. Beide Lokomotiven wurden zerstört. Der Packwagen und der Speisewagen des D-Zuges wurden beträchtlich beschädigt. Ein Beamter der Speisewagengesellschaft wurde getötet. Fünf Beamte sind schwer, sechs leicht verletzt. Außerdem wurden zwei Reisende verletzt.

Deutscher Schoner aus Seenot gerettet

Oslo, 7. Januar. (Drahtmeldung.) Ein deutscher Schleppdampfer traf gestern den deutschen Schoner „Olga", der sich in höchster Seenot befand, in der Nähe der norwegischen Küste und schleppte ihn in den Hafen von Aalesund. Die „Olga" hatte eine furchtbare Fahrt hinter sich. Sie trieb seit über zwei Wochen auf der Fahrt von den Shetland-Inseln nach Norwegen hilflos auf den Wellen. Der Kapitän war bereits am 23. Dezember, nachdem er vier Nächte nicht geschlafen hatte, völlig erschöpft über Bord gespült worden und ertrunken. Das Schiff hatte Bauholz geladen und hielt sich auf der Ladung schwimmend über Wasser. Seine Kabinen waren, als man es auffand, vollständig zertrümmert.

Ein Messerheld verhaftet

Mühlhausen i. Th., 7. Januar. Im benachbarten Büttstedt verletzte ein Knecht mit einem Fleischermesser seinen Arbeitgeber schwer. Außerdem stach er mit dem Messer noch auf drei zu Hilfe kommende Personen ein und verletzte sie ebenfalls. Der Rasende konnte erst durch einen Schlag mit einem Bierseidel auf den Kopf überwältigt werden. Er wurde der Polizei übergeben.

Zusammenstoß zweier Flugzeuge

Galveston (Texas), 7. Januar. Zwei Militärflugzeuge stießen in einer Höhe von 450 Metern zusammen und stürzten ab. Zwei der Insassen wurden getötet. Zwei Personen sprangen mit Fallschirmen ab und kamen wohlbehalten auf dem Erdboden an.

Spur von Becker?

Magdeburg, 7. Januar. Zu dem Verschwinden des Geheimrats Becker vom Auswärtigen Amt in Berlin teilt uns das Polizeipräsidium in Berlin mit, daß sich ein Zeuge gemeldet habe, der am 5. Januar in den Abendstunden in der Bismarckstraße in Magdeburg von einem Herrn angesprochen wurde, der mit einem lateinischen Zitat um eine Gabe bat. Dieser Zeuge hat die Vermutung ausgesprochen, daß es sich um den vermißten Geheimrat Becker handeln könnte, da der Herr einen Kneifer mit halbmondförmigen Gläsern trug, den Becker tatsächlich zu tragen pflegte.

Papageienkrankheit in Wandsbek

Wandsbek, 7. Januar. (Drahtmeldung.) Nach einer polizeilichen Mitteilung ist hier ein Ehepaar unter den typischen Erscheinungen der sogenannten Papageienkrankheit erkrankt. Das Ehepaar hatte kurz vor Weihnachten von einem Händler einen Papagei gekauft, an dem sie später Krankheitserscheinungen feststellten.

Samariterdienst im Flugzeug

Ein bemerkenswerter Flug.

Johannesburg, 7. Januar. (Drahtmeldung.) Einer der bemerkenswertesten Flüge in der Geschichte des südafrikanischen Flugwesens ist von Leutnant King ausgeführt worden, der heute auf dem Flugfeld Baragwanath landete, nachdem er mit seinem Flugzeug nahezu 10 000 Kilometer zurückgelegt hatte, um einen Vorrat von Serum gegen die Hundswut nach Malango im nördlichen Angola zu bringen, wo die Frau eines Missionars von einem tollwütigen Hund gebissen worden war und sich in Lebensgefahr befand. King hatte auf seinem Fluge große Schwierigkeiten zu überwinden. Einmal war er infolge Benzinmangels gezwungen, in der Dämmerung mitten im Urwald auf einer kleinen sandigen Lichtung eine Zwischenlandung vorzunehmen.

Vom roten General zum Lohngeldräuber

Arbeitergeld unterschlagen

Hannover, 6. Januar. (Eig. Bericht.)

Am 22. November wurden aus einem Wagen der Drahtseilbahn in Blankenburg 7500 Mark Lohngelder der Braunschweiger Harzkalkwerke gestohlen. Alle Ermittlungen der Kriminalpolizei blieben erfolglos, bis jetzt bei der Kriminalpolizei in Hannover die vertrauliche Mitteilung einging, daß der Bezirksleiter der KPD., Hans Manowski in Hannover, den Lohngeldraub ausgeführt habe. Manowski wurde beobachtet, er machte verschiedene Ausgaben und Neuanschaffungen, die seinem Einkommen nicht entsprachen. Schließlich wurde er festgenommen und legte bei seiner Vernehmung ein volles Geständnis ab. Er gab als Anstifter zu der Tat den Vorsitzenden der KPD. in Blankenburg, Franz Klomberg, an.

Von den 7500 Mark Lohngeldern will Manowski 600 Mark behalten und 400 Mark an Klomberg abgegeben haben, während die restlichen 6500 Mark noch am Tatort vergraben seien. Die Hannoversche Kriminalpolizei veranlaßte durch die Blankenburger Polizei die Festnahme Klombergs, der aber jede Beteiligung an der Tat leugnete und auch kein Geld erhalten haben will. Bei einer Gegenüberstellung von Manowski und Klomberg leugnete Klomberg weiter. Im Verlauf der richterlichen Vernehmung wiederholte Manowski sein Geständnis; darauf wurden beide in Untersuchungshaft genommen. Später wurden sie an den Tatort geführt, um die Stelle anzugeben, wo das Geld vergraben sein soll. Die Sache verlief ergebnislos. Es ist wahrscheinlich, daß Manowski gleich nach der Ausführung der Tat den Gesamtbetrag mit nach Hannover genommen hat. Die gesamte Lohnsumme, die in einzelnen Lohntüten verstaut und in Packpapier eingewickelt war, wog 25 Pfund, so daß der Transport in einem Rucksack keine große Belastung für den Täter war. Die Eisenbrechstange, mit der Manowski das Schloß des Wagens in der Fahrt aufgebrochen hatte, ist in der Nähe des Tatortes bereits gefunden worden.

*

Von einem kommunistischen Funktionär wird noch mitgeteilt: Die Herrschaften am Klagesmarkt im Parteihaus der KPD. haben entschieden Pech. Noch sind die Akten über den Fall Borchert nicht geschlossen, da platzt eine neue Bombe, die diese merkwürdigen Arbeiterfreunde in recht bezeichnender Weise darstellt. Eine ihrer stärksten Stützen, der Herr Gausekretär des RFB., genannt der „Rote General von Niedersachsen", ist verhaftet, wegen gemeinen Lohngeldraubes. Arbeitergelder hat der große Revolutionär gestohlen, und, das sei mit aller Schärfe betont, nicht zum erstenmal. Herr Manowski war hier von 1925—1929 Mitglied des RFB. und gleichzeitig der Bezirksleitung der KPD. Er hat es fertiggebracht, für den RFB. trotz hoher monatlicher Zuschüsse der Bundesleitung bis zum Jahre 1928 vier- bis fünftausend Mark Schulden zu machen, die bis heute noch nicht bezahlt wurden. Obwohl die Mitglieder des RFB. dauernd gegen M. Sturm liefen und besonders in Hannover fast keine Mitgliederversammlung stattfand, in der nicht die Entlassung Manowskis gefordert wurde, blieb M. bis März 1929 Sekretär des RFB., allein durch den Willen der Bundesleitung der KPD. Jeder, der dagegen anging, wurde ausgeschlossen, ja, ganze Abteilungen (z. B. in Linden) wurden aufgelöst, nur damit M. bleiben konnte.

Natürlich hat M. die vier- bis fünftausend Mark Schulden nicht etwa für den RFB. gemacht, sondern alles Geld für sich verbraucht. Die gesamten Einnahmen des Bundes hat er lediglich, wie immer wieder festgestellt wurde, für sich verbraucht. Soweit sie nicht als Gehalt verbraucht wurden, gingen sie als Fahrgeld und Spesen drauf. Buchführung gab es nicht, alle Abrechnungen bestanden aus losen Zetteln. Man kann sich denken, daß dies Leben auf Kosten der Arbeiter Herrn Manowski ausgezeichnet bekam, und darf sich nicht wundern, daß er nun, als diese Quelle versiegt war, sich auf andere Weise Arbeitergelder verschaffte. Auch hierfür ist die BL. der KPD. mit verantwortlich zu machen. Bereits Anfang 1929 hat Herr Manowski in der Gauführersitzung des RFB. den Vorschlag gemacht, zur Finanzierung des RFB. die Lohngelder aus der Drahtseilbahn zu holen. An dieser Sitzung nahmen unter anderem teil der Herr Parteisekretär Mäller-Nichthofer und Herr Bürgervorsteher Sedat. Keiner der Herren hielt es für notwendig, etwas dagegen zu äußern; sondern sie stimmten leider ausdrücklich dagegen, als von anderen Mitgliedern aus diesem Grunde ein Antrag auf sofortige Entlassung des M. eingebracht wurde.



Der Influenza-Bazillus endeckt! Nach sechsjähriger Forschungstätigkeit gelang es Dr. S. Falk, Professor für Hygiene und Bakteriologie an der Chikagoer Universität, den Influenza-Erreger zu entdecken. Diese Entdeckung ist von größter Bedeutung für die Verhinderung von Influenza-Epidemien.

Zugunglück in Tunis

12 Tote, 20 Verletzte.

Paris, 7. Januar. (Drahtmeldung.) Nach dem „Matin" sollen bei dem Eisenbahnunglück in Tunis unweit von Guelma 12 Personen ums Leben gekommen und 20 verletzt worden sein.

Nach einem Telegramm ist der Zug Tunis-Alaier im Departement Constantine verunglückt. Die Lokomotive entgleiste auf einer Brücke; die Brücke stürzte ein und der Postwagen und zwei Personenwagen stürzten in den Abgrund. Es sollen zahlreiche Opfer zu beklagen sein.

Walker verschafft sich Geld

Jimmy Walker, der New Yorker Oberbürgermeister, hat sein Gehalt von 25 000 Dollar auf 40 000 Dollar gesteigert, indem er einfach vier Bestimmungen ausschrieb, durch die sowohl sein eigenes Gehalt als auch das von einigen anderen Mitgliedern der Verwaltung New Yorks beträchtlich erhöht wurde. Jimmy Walker hat starke und einflußreiche Freunde hinter sich, weshalb der Versuch, diese Ueberrumpelung für ungesetzlich zu erklären, nichts fruchten wird. Unmittelbar nach der Gehaltserhöhung hat Walker den Eid für die zweite Amtsperiode geleistet.

Chaplin kommt!

Seit 1921 ist Charlie Chaplin nicht in Europa gewesen. Jetzt hat er sich wieder angemeldet. Am 1. April will er sich einschiffen. Er hat die Absicht, für drei Monate in Europa zu bleiben, um in erster Linie Spanien zu besuchen, dessen Stierkämpfe ihm zu Milieustudien für seinen nächsten Film Veranlassung geben sollen. Außerdem will Chaplin London, seine Geburtsstadt, wiedersehen, und schließlich mit französischen Psychotherapeuten zusammentreffen, um sich mit ihnen über Fragen der Psychoanalyse, die ihn sehr interessiert, zu unterhalten.

Die Frau ohne Mann

Roman von Anton Döhler.

30) (Fortsetzung.)

Am ersten Oktober stand Toni in der Abteilung Porzellan des Warenhauses Isar. Holländer hatte sie um acht Uhr erwartet und sie mit kurzen Worten in ihr neues Tätigkeitsfeld eingeführt und sie ihren Kolleginnen vorgestellt.

Dann rief ihn die Pflicht wieder an eine andere Stelle und nun war Toni sich selbst überlassen. Niemand kümmerte sich um sie, nur eine Kollegin fragte sie, wo sie zuletzt gewesen sei. Die anderen blickten sie neugierig an, tuschelten miteinander und kicherten.

Es gab an dem Vormittag nicht viel zu tun, und wenn eine Kundin oder ein Kunde kam, stürzten sich die anderen Verkäuferinnen auf sie, so daß Toni untätig herumstand.

Plötzlich unterbrachen die Verkäuferinnen ihre Unterhaltung. Die eine erhaschte einen Staubwedel und fuhr damit eifrig über eine Reihe Teller, eine andere schichtete einen Stapel Tassen um und auch von den anderen hatte jede plötzlich zu tun.

Herr Direktor Simon kam!

Toni stand unbeholfen da und wußte nicht, was anfangen. Sie starrte auf die Glatze des Direktors und dachte nur, meinetwegen wirft er mich wieder hinaus, dann drehe ich wieder Tassen und Teller.

Er war inzwischen herangekommen und hatte Toni entdeckt. „Was tun Sie hier?" fragte er Toni.

Toni fand [illegible] ersten Augenblick keine Antwort auf diese sonderbare Frage. Endlich antwortete sie: „Ich habe heute morgen meine Stelle als Verkäuferin angetreten!"

„Wie heißen Sie?"

„Toni Bergner."

„Ach, stimmt ja, Bergner!"

Dann ging er weiter, ohne Toni noch eines Blickes zu würdigen, oder noch irgend etwas zu sagen.

Als er wieder außer Sichtweite war, hörten auch die Verkäuferinnen mit ihren improvisierten Arbeiten auf und plauderten wieder miteinander.

Toni fühlte sich entsetzlich unwohl in ihrer Haut. In der Fabrik mußte sie dauernd ihre Hände rühren, keine Minute durfte versäumt werden. Dafür wuchsen Stunde um Stunde die Reihen des Materials, das ihre Hände geformt hatten. Dort hatte sie wenigstens einen Erfolg ihrer Arbeit gesehen.

Aber hier! Nun stand sie schon zwei Stunden an dem Platz, ohne etwas gearbeitet zu haben. Es schien ihr unmöglich, das auf die Dauer auszuhalten.

Erleichtert atmete sie auf, als endlich gegen Mittag Heinz Holländer erschien. Er kam mit einer Frau, die Porzellan zu kaufen wünschte.

Holländer winkte den anderen Verkäuferinnen ab und so verkaufte Toni zum ersten Male unter seiner Assistenz einige Sachen. Sie stellte sich noch reichlich ungeschickt dabei an, so daß Holländer fast die ganze Sache machte. Als die Käuferin fort war, gab Holländer Toni einen leichten Klaps auf die Wange und sagte: „Nur Zeit lassen, es ist noch kein Gelehrter vom Himmel gefallen.

Um zwölf Uhr kam er wieder, um Toni zum Mittagessen abzuholen. Eine andere Verkäuferin protestierte, sie käme mit an die Reihe, die Neue müßte warten bis um halb zwei.

Aber Holländer schlichtete die Angelegenheit, so daß Toni mit ihm gehen konnte.

Holländer aß in einer Speisewirtschaft in der Nähe des Warenhauses, in das er Toni mitnahm.

Toni schilderte ihm, wie unglücklich sie sich in ihrer neuen Stelle vorkomme, aber Holländer wehrte ab: „Das ist nicht schlimm, diesen Zustand haben wir alle auch durchgemacht."

Dann kam das Gespräch auf Moosbauer. Toni erzählte, daß sie Mizzi kennengelernt und mit ihr und Moosbauer zusammen in ihrer Wohnung gewesen war.

Holländer fragte: „Was halten Sie von ihr?"

„Sie nahm sich meiner sehr an, aber Sie können sich denken, daß mir das Zusammensein mit ihr peinlich war."

„Hat sie Ihnen davon erzählt, daß sie etwas Kleines erwartet?"

Toni legte ihre beiden Hände hart auf den Tisch und sah Holländer in die Augen. „Ist das wahr?" stieß sie hervor.

„Hans hat es mir selbst gesagt!"

„Deshalb also!"

„Grämen Sie sich nicht, Fräulein Toni," beruhigte nun Holländer, „ich weiß, Ihr habt Euch lieb gehabt. Ich habe auch versucht, Hans von dieser Frau loszureißen, aber er ist zu ehrlich. Wenn ich mich nicht in Mizzi täusche, dann wird sie auf eine baldige Heirat drängen. Deshalb brauchen Sie sich aber keine grauen Haare wachsen lassen!"

„Ich habe mir das viel leichter vorgestellt," erwiderte Toni, „als ich seinen letzten Brief erhielt, redete ich mir ein, daß es auch noch andere Männer gibt und ich glaubte, die Angelegenheit überwunden zu haben; als ich ihn aber wiedersah, erwachte das alte Gefühl wieder für ihn."

Sie machte eine kleine Pause und dann sagte sie entschlossen und wie um einen Punkt hinter ein Erlebnis zu machen: „Aber jetzt ist Schluß damit!"

„Das ist brav von Ihnen!" lobte Holländer, „Sie sind jung und schön, und wenn Sie nur wollen, dann können Sie einen Mann haben, der Sie schätzt und verehrt!"

Toni sah ihn mit fragenden Augen an. Dann sagte sie, wie um etwas Unangenehmes auszuwischen: „Ich will jetzt gar nicht daran denken, wenn ich nur lieber erst eine perfekte Verkäuferin wäre!"

Am Nachmittag erschien tatsächlich Mizzi Neumann im Warenhaus und kaufte Toni einige kleine Sachen ab. Als sie wieder ging, sagte sie noch: „Darf ich Sie für heute abend zu einer Tasse Tee bei mir einladen?"

Toni lehnte dankend ab, sie wäre jetzt schon müde vor lauter tatlosem Herumstehen und wolle heute abend ausruhen.

Sie wollte weder Mizzi noch Moosbauer sehen.

Ein Tag nach dem anderen verging. Es war eine schlechte Zeit für Toni. Außer am ersten Tag ging sie mit Holländer nicht mehr zum Mittagstisch. Das hätte zuviel gekostet. Etwas Wurst und Brot und ein Glas Milch bildete in der Regel ihr Mittagessen. Abends bereitete sie sich in ihrem Zimmer heiße Schokolade oder ein paar Eier; immer rechnete sie und sie kam auch aus. Die ersten Tage verspürte sie grimmiges Rumoren in ihrem Magen, aber gar bald hörte es wieder auf. Sie hatte sich daran gewöhnt, weniger Speisen zu sich zu nehmen.

Eines Abends nach Geschäftsschluß wartete an dem Ausgang für die Angestellten Hans Moosbauer auf sie. Mit bittenden Blicken sagte er: „Warum ziehst Du Dich von mir zurück? Ist denn alles aus zwischen uns?"

(Fortsetzung folgt.)

Um die Stellung des Reichsbankpräsidenten

Zur Neuregelung des Reichsbankstatuts

Der „Vorwärts" veröffentlicht einen Auszug aus den Vorschlägen, die das Organisationskomitee für die Neuregelung des Reichsbankstatuts ausgearbeitet hat. — Im wesentlichen erstrecken sich diese Vorschläge auf Artikel III des Reichsbankgesetzes vom 30. August 1924. Dieser Artikel regelt die Organisation der Reichsbank. — § 6, Absatz 4 des Gesetzes sah bisher vor, daß der Präsident vom Generalrat mit einer Mehrheit von neun Stimmen gewählt werden muß. Seine Ernennungsurkunde bedurfte bisher der Unterschrift des Reichspräsidenten, jedoch stand dem Reichspräsident nur ein aufschiebendes Vetorecht zu. — Nach den Vorschlägen des Organisationskomitees heißt die Vorschrift nunmehr:

„Der Präsident wird vom Generalrat nach Anhörung des Reichsbankdirektoriums in der Weise gewählt, daß eine Mehrheit von sieben Stimmen vorhanden sein muß. Die Wahl bedarf der Bestätigung des Reichspräsidenten, der die Ernennungsurkunde unterzeichnet."

Danach ist aus dem aufschiebenden ein absolutes Vetorecht des Reichspräsidenten geworden. Auch die Ernennung der Mitglieder des Direktoriums, die nach Zustimmung des Generalrats durch den Präsidenten erfolgt, bedarf in Zukunft der Bestätigung des Reichspräsidenten. — Der § 16, der die Wahl der Mitglieder des Generalrats regelt, soll nach den Vorschlägen folgende Fassung erhalten:

Die Mitglieder des Generalrats — mit Ausnahme des Präsidenten — werden auf dem Wege der Kooptation durch die jeweilig im Amt befindlichen Mitglieder des Generalrats gewählt, vorbehaltlich der Bestätigung durch die die deutsche Reichsangehörigkeit besitzenden Anteilseigner.

Vor der Wahl findet durch den Vorsitzenden des Generalrats oder seinem Stellvertreter eine Fühlungnahme mit der Reichsregierung statt."

Nach allen diesen Vorschlägen wird, so erklärt das Blatt, die Souveränität des deutschen Reiches nur in sehr geringem Maße wieder hergestellt. Nach wie vor würden weder Reichsregierung noch Reichspräsident die Möglichkeit zu einer Abberufung des Reichsbankpräsidenten besitzen. Die Vorgänge der letzten Zeit lassen es angezeigt erscheinen, daß über die Vorschläge des Organisationskomitees hinaus eine Aenderung des letzten Absatzes des § 6 erfolgt. Die Reichsgewalt muß ein Einwirkungsrecht gegenüber dem Reichsbankpräsidenten besitzen.

Auf den Krücken der Reaktion

Eine kommunistisch-deutschnationale Einheitsliste

Berlin, 7. Jan. (Eig. Drahtber.) Die neue Kommunaltaktik der Kommunisten zeitigt herrliche Blüten. Es ist den kommunistischen Gemeindefunktionären verboten, für Sozialdemokraten zu stimmen, worauf die Kommunisten in den Gemeinden schleunigst den Schluß ziehen, daß sie nun also das Bürgertum zu unterstützen haben. Eine besonders krasse Blüte ist in Kassel-Land hervorgetreten. In dem Arbeiterdörfchen Altenritte verfügt die Sozialdemokratie über 8 Sitze in der Gemeindeverwaltung. Die Kommunisten und die Deutschnationalen verfügen über je 2 Sitze. Zum Bürgermeister wurde ein Sozialdemokrat gewählt. Bei der Wahl der Gemeindeschöffen aber wurde außer der sozialdemokratischen Liste ein kommunistisch-deutschnationale Einheitsliste vorgelegt, auf der an erster Stelle der Kommunist Ahrend stand, an zweiter Stelle der deutschnationale Maurermeister Mohr. Die Liste trug die Unterschrift von zwei Kommunisten und zwei Deutschnationalen. Auf den Krücken der Deutschnationalen wurde dann glücklich ein Kommunist Gemeindeschöffe. Weiter läßt sich die Einheitsfront-Taktik wirklich nicht treiben.

Wiederwahl des Berliner Stadtverordnetenvorstehers

Berlin, 7. Jan. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer heutigen ersten Sitzung nach Jahresbeginn den bisherigen Stadtverordnetenvorsteher Haß (Soz.) mit 150 von 213 abgegebenen gültigen Stimmen erneut gewählt. Der Kommunist Pieck erhielt 52, der Nationalsozialist Dr. Lippert 11 Stimmen. Sowohl bei der Eröffnung der Versammlung wie auch nach der Wahl protestierten die Kommunisten lärmend gegen die scharfe polizeiliche Ueberwachung der Zugänge des Rathauses und verlangten Entfernung der Polizei aus dem Gebäude.

Deutsches Eigentum in Portugal

Nach einer Meldung des „Vorwärts" aus Oporto hat das höchste Zivilgericht Portugals die Entscheidung gefällt, daß die deutsche Firma Burmester, der im Weltkriege alle Dampfer, Liegenschaften, Wertpapiere usw. enteignet wurden, nicht nur eine Entschädigung von einigen Millionen Mark erhält, sondern daß ihr auch eine kostbare Gemäldesammlung zurückgegeben wird, die in das Nationalmuseum überführt worden war.

Persien bestellt Waffen

Prag, 7. Jan. (Drahtmeldung.) Die Blätter melden, in Brünn sei ein Pariser Mittelsmann eingetroffen, um mit den Brünner Waffenwerken über eine Bestellung von mehreren hundert Maschinengewehren und einigen zehntausend Gewehren für die persische Armee zu verhandeln. Auch die Preßburger Patronenfabrik, ein Filialunternehmen der Brünner Waffenfabrik, soll an den Lieferungen, deren Wert mit 100 Millionen tschechoslowakischen Kronen angegeben wird, beteiligt sein.

Goldversteigerung

WTB. London, 7. Januar. (Drahtmeldung.) Heute gelangten 760 000 Pfund Sterling südafrikanischen Goldes zur Versteigerung. 120 000 Pfund wurden von Indien und dem Handel erworben, 100 000 Pfund gingen nach dem Kontinent; den Rest sicherte sich die Bank von England.

In Berlin wieder Krawalle

Schwere Zusammenstöße zwischen Polizei und Kommunisten

43 Personen festgenommen

Berlin, 7. Jan. (Drahtmeldung.) Heute vormittag wurden der Kommunist Meyer-Kubisch, der vor kurzem im Zuchthaus einer schweren Krankheit erlegen ist und der von den Nationalsozialisten tödlich verletzte Kommunist Neumann auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde beigesetzt. Bei dem Rückmarsch der kommunistischen Teilnehmer der Beerdigung kam es an verschiedenen Stellen im Osten Berlins, als die Demonstranten den polizeilichen Anordnungen keine Folge leisteten, zu Zusammenstößen mit der Polizei. Auf dem Lausitzer Platz wurde gegen 1,30 Uhr der Polizeihauptmann Krampe von einer Anzahl Kommunisten umzingelt, als er die Beschlagnahme eines Transparents mit hetzerischer Inschrift anordnete. Mehrere der Kommunisten schlugen ihn, anscheinend durch verborgen gehaltene Werkzeuge, blutig und warfen ihn zu Boden. Der Polizeioberwachtmeister Hübner, der seinem Vorgesetzten zu Hilfe eilte, wurde ebenfalls mißhandelt. Einem der Angreifer gelang es, dem Schutzpolizisten die Pistole zu entreißen, doch wurde sie ihm von Polizeimajor Rauschke wieder abgenommen. Schließlich machten die Polizeibeamten von ihrem Gummiknüppel Gebrauch und gaben auch, als aus der Menge geschossen wurde, Schüsse ab, durch die jedoch niemand verletzt worden ist. Hierauf gelang es, den Lausitzer Platz von Kommunisten zu säubern. Sieben der Hauptangreifer wurden festgenommen und zum nächsten Polizeirevier gebracht.

Zu weiteren Zusammenstößen kam es dann bei der Räumung der Oppelner- und Wrangelstraße, worin sich ein großer Teil der zerstreuten Kommunisten geflüchtet hatte. Auch hier machte die Polizei von ihrem Gummiknüppel Gebrauch und nahm drei der Ruhestörer fest.

Aehnliche Szenen spielten sich gegen 2,30 Uhr auf dem Küstriner Platz ab. Hier wurden die Züge der kommunistischen Demonstranten wegen Nichtbefolgung der polizeilichen Anordnungen aufgelöst und in die angrenzenden Straßen zurückgedrängt. Als dann die Beamten durch die Rüdersdorferstraße kamen, wurden sie aus den Fenstern mit Preßkohlenstücken und Steinen beworfen. Hier wurden schließlich 33 an der Ruhestörung Beteiligte festgenommen, die sämtlich dem Rotfrontkämpferbund angehörten. Die polizeilichen Ermittlungen nach den Stein- und Preßkohlenwerfern werden fortgesetzt.

Der Tscherwonzen-Prozeß

Politische Hochstapler auf der Anklagebank

Berlin, 7. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Im Tscherwonzen-Prozeß wurde am Dienstag der Georgier Sadathieraschwili vernommen. Der Angeklagte weiß von dem Schicksal seiner Heimat zu berichten, daß die deutschen Truppen, die 1917 dort anlangten, wie Befreier begrüßt wurden. Kaum aber hatte sich später unter sozialdemokratischer Führung ein unabhängiges Staatswesen gebildet, da wurde das Land von den Sowjet-Truppen überrannt, denen die Oelfelder am Schwarzen Meer weit wichtiger waren, als das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. 1921 mußte die georgische Regierung fliehen. Tausende von Sozialdemokraten wurden von den unbarmherzigen Eroberern hingeschlachtet oder eingekerkert. Die geflüchteten Führer taten sich in Paris zu einem paritätischen Komitee zusammen, das nach dem mißlungenen Putsch von 1927 auseinanderbrach. Damit stellt sich Karumidze an die Spitze der nationalistischen Gruppe, die sich von der Sozialdemokratie losgesagt hatte. Er suchte Fühlung mit deutschen nationalistischen Kreisen, speziell mit General Hoffmann, aber über diese hinaus, mit den Mittelparteien, um sich die Unterstützung der deutschen Regierung zu sichern. So kam er mit Dr. Weber zusammen. Die Aussage des Angeklagten Dr. Weber rollte das Bild auf. Webers Anwalt verkündete zwar mit großem Nachdruck, sein Mandant habe nichts mit dem berüchtigten Bund „Oberland" zu tun. Aber Weber selbst machte diese Unschuldserklärung schnell zu nichte. Seine selbstgefällige Propagandarede, mit der er sich als nationaler Held und Befreier auszuweisen suchte, machte selbst auf den langmütigen Vorsitzenden einen so peinlichen Eindruck, daß er ihn wiederholt unterbrach und zur Sachlichkeit ermahnte. Weber bildete sich ein „bei einer richtigen Führung des Ruhrkampfes hätte man die Franzosen hinausjagen können." Unter richtiger Führung versteht er Sabotage-Akte nach dem Vorbild Schlageters, wie er sie nach seinem Geständnis hinter dem Rücken der badischen Regierung im Offenburger Gebiet verübte, als dieses von den Franzosen besetzt wurde.

Den Georgiern fiel Weber allmählich auf die Nerven. Sie handelten also auf eigene Faust. Sadathieraschwili fuhr mit Schneider nach Frankfurt, ohne Webers Einverständnis und beide druckten dort im Hause Schmidt die Tscherwonzen. Weber blieb mit seinen Hoffnungen auf eine Erneuerung Deutschlands abermals sitzen, bis dann die Staatsanwaltschaft die Angelegenheit in die Hand nahm und dem politischen Tatendrang wieder wie damals in Offenburg ein unerwartetes Ende bereiteten.

Der Tod von Hammerstein

Die Masern aus Rußland eingeschleppt

Das Gutachten über den Gesundheitszustand im Lager Hammerstein

Hammerstein, 7. Jan. (Drahtmeldung.) Die vom Reichsgesundheitsamt entsandte Kommission zur Untersuchung des Gesundheitszustandes im Lager Hammerstein hat ein vorläufiges Gutachten abgegeben, in dem zunächst auf den stark verminderten Kräftezustand der Lagerinsassen hingewiesen wird, der auf die Strapazen, Entbehrungen und seelischen Aufregungen zurückzuführen sei. Die hierdurch bedingte Herabsetzung der Widerstandskraft gegen Krankheitserreger, so heißt es dann in dem Gutachten, bezieht sich auf Erwachsene und Kinder. Bei den unter ungünstigen Ernährungszuständen stehenden jüngeren Altersklassen der Kinder mußten sich von außen kommende schädigende Einflüsse besonders unheilvoll auswirken, weil ihnen die natürliche innere Abwehrkraft fehlte. Es ist daher ohne weiteres verständlich, daß Infektionskrankheiten einen schweren, häufig tödlichen Verlauf nahmen. Die Masern wurden aus Rußland ins Lager eingeschleppt. Es konnte ermittelt werden, daß rund 250 vorzugsweise ältere Kinder kurz vor der Abreise von Moskau Masern bereits überstanden hatten.

Im Lager Hammerstein entstand durch die unterwegs erfolgten Ansteckungen eine Endemie, die sich trotz durchgreifender Desinfektionsmaßnahmen ausbreitete, weil zahlreiche kranke Kinder von den Eltern versteckt wurden.

Im ganzen kamen mit den Transporten 1534 Kinder bis zu zehn Jahren in das Lager Hammerstein. Davon erkrankten an Masern 199 Kinder und starben insgesamt 39. Der gutartige Verlauf der Masern bei den Säuglingen und bei den Altersklassen über fünf Jahre spricht dafür, daß das hiesige Masernvirus sich nicht durch eine besondere Bösartigkeit auszeichnet.

Von den Erwachsenen erkrankte niemand an Masern.

Im ganzen haben sich bisher 57 Todesfälle unter den Kindern des Lagers ereignet. Davon betrafen 39 Masern, 3 Kinderatrophie, 2 Diphtherie, 5 Sepsis (im Alter von ein bis drei Jahren), 1 Scharlach, 7 kruppöse Lungenentzündungen (nicht infolge von Masern — im Alter von 1—5 Jahren).

Von Anfang an wurde auf die Ernährung aller Insassen der größte Wert gelegt. Für die Verpflegung der Kinder, die u. a. durchschnittlich einen halben Liter Vollmilch erhalten, wurden besondere Küchen eingerichtet.

Neben diesen auf die Verminderung der Sterblichkeit abzielenden Maßnahmen werden die bisher bewährten Seuchenbekämpfungsmaßregeln auch weiterhin streng durchgeführt. Da irgendwelche Anhaltspunkte dafür nicht festgestellt werden konnten, daß ein besonderer, neuartiger Infektionserreger bei den Erkrankungen im Lager eine Rolle spielt, wäre selbst im Falle einer Durchbrechung der Sperre voraussichtlich nur das Auftreten einer gewöhnlichen Masernerkrankung in der normal ernährten deutschen Bevölkerung die Folge. Für eine Beunruhigung der Oeffentlichkeit nach dieser Richtung hin ist aber kein Anlaß.

Deutscher Betrüger

in Kopenhagen bei einem neuen Betrug verhaftet

Kopenhagen, 7. Jan. (Drahtmeldung.) Der von der Hamburger Polizei wegen Unterschlagung von 230 000 Mark verfolgte deutsche Kaufmann Friedrich Egga wurde heute hier verhaftet. Er gab zu mit 18 Monaten Zuchthaus vorbestraft zu sein. Seinen Aufenthalt in Kopenhagen hatte er dazu benutzt, in der Halbank ein Telegramm aus Neuyork zu präsentieren, wonach die Bank nach Hinterlegung eines größeren Aktienpostens dem Ueberreicher 300 000 Dollar auszahlen könne. Da der Bank bekannt war, daß Egga gesucht wurde, benachrichtigte sie die Polizei, die ihn vorläufig in Haft nahm. Er wird demnächst den deutschen Behörden ausgeliefert.

Großfeuer

in einer Mineralölfabrik

Mährisch-Ostrau, 7. Januar. (Drahtmeldung.) In der Paraffin-Abteilung der Oderfurter Mineralölfabrik brach heute abend um 8 Uhr aus bisher unbekannter Ursache ein Brand aus. Das Feuer griff rasch um sich und hatte bis 10 Uhr abends 5 Gebäude der Fabrikobjekte, in denen in 12 hydraulischen Pressen Paraffin verarbeitet wird, ergriffen. Das in den zum größten Teil unterirdisch angelegten Behältern eingelagerte Paraffin kam durch das Feuer zum Schmelzen und bildete um die brennenden Gebäude einen Feuersee. Hierbei erfolgten zahlreiche Explosionen mit mächtigen Feuersäulen. Aus dem ersten in Feuer stehenden Gebäuden wurden zwei Arbeiter mit schweren Brandwunden geborgen. Es verlautet, daß ein Arbeiter vermißt wird. In unmittelbarer Nähe der brennenden Gebäude, von denen kaum etwas zu retten sein wird, befindet sich die Petroleumraffinerie der Gesellschaft und das Hauptreservoire von Oderfurt. Glücklicherweise geht der Wind in entgegengesetzter Richtung, so daß es der Feuerwehr gelingen dürfte, die Petroleumraffinerie zu retten. An der Brandstätte sind alle Feuerwehren der Umgegend tätig. Der Brand dauert um 11 Uhr abends noch an und der gewaltige Feuerschein ist über ganz Ostrau sichtbar.

„Der Wahre Jacob"

statt 40 Pfennig

jetzt nur 30 Pfennig

Angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise, die schwer auf der arbeitenden Bevölkerung lastet, haben wir trotz verteuerter Herstellung eine Verbilligung unserer Zeitschriften beschlossen.

Und trotzdem weiterer Ausbau des „Wahren Jacob"!

Neugestaltung des Äußeren. Reichster Inhalt. Politische Satire, Witz und Humor. Seit 50 Jahren im arbeitenden Volk verbreitet.

Die „Frauenwelt"

statt 40 Pfennig

jetzt nur 35 Pfennig

Und trotzdem weiterer Ausbau der „Frauenwelt"!

Erhebliche Erweiterung des Modeteils. Vielseitiger Inhalt. Fesselnde Romane. Wertvoller hauswirtschaftlicher Teil. Ärztlicher u. praktischer Fragekasten. Abt. „Für unsere Kleinen". Schnittmusterbeilage 10 Pf.

VERLAG J. H. W. DIETZ NACHF., G M B H.

Zu beziehen durch:

Volksbuchhandlung Gelsenkirchen-Buer

Ringstraße 33 Fernruf 25841

Möb. Küchen, Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer

Einzelmöbel, Leder- u. Plüschsofas, Matratzen, Linol-Teppiche

empfiehlt sehr preiswert zu den günstigsten Zahlungsbedingungen. Lieferung frei Haus

Carl Topp,

Schreinermeister, Möbel- u. Sarglager

Alt-Schalke,

Overbeckstraße 81–83, Ruf 27767

Wörishofener Gicht- und Rheuma-Tee

allein echt

Wörishofener Kräuterhaus

Hochstr. 24

Ecke Neustraße

Zur Abwehr der Buerschen Angriffe

laden wir

die gesamte Bevölkerung

von Gelsenkirchen und Horst zu einer

Oeffentlichen Kundgebung

in der Frage des Stadtnamens

heute, Mittwoch, den 8. Januar, abds. 8 Uhr in das Hotel „Berliner Hof", Bahnhofstraße

ergebenst ein.

Es gilt, vor aller Oeffentlichkeit die Notwendigkeit der Namensvereinfachung darzulegen und die unsachl. Angriffe zurückzuweisen

Arbeitsausschuß der wirtschaftl. Verbände.

Westfälische Asphalt-Gesellschaft m. b. H.

Telefon 224 76 — Gelsenkirchen — Ringstraße 38

Nur Florastraße 4

an der Wiese (dem Gaswerk gegenüber)

ist die Verkaufsstelle der echten, rühmlichst bekannten Kampmanns Waschmaschinen, Wringer, Manuelmaschinen, Wassermotore und Elektromotormaschinen. Nirgendwo kaufen Sie billiger. Bis 10 Monate Ziel und länger. 30jährige Erfahrung. Fachmännische Bedienung. Eigene Filialen an vielen Plätzen

Anmeldungen

für die Sexten der städtischen höheren Lehranstalten und Mittelschulen.

Das neue Schuljahr beginnt Donnerstag, dem 24. April 1930. Anmeldungen neu eintretender Sextaner (innen) werden werktäglich in der Zeit vom Mittwoch, den 15. Januar bis Donnerstag, den 23. Januar 1930 von den Direktoren — Rektoren — in ihrem Amtszimmer zu den nachstehend angegebenen Zeiten entgegengenommen.

Stadtteil Gelsenkirchen:

Gymnasium und Realgymnasium mit gemeinsamem Unterbau bis U III	von 11–13 Uhr,
Realgymnasium	von 11–13 Uhr,
Oberrealschule	von 11–13 Uhr,
Lyzeum nebst Studienanstalt	von 12–13 Uhr,
Knaben-Mittelschule	von 11–12 Uhr,
Mädchen-Mittelschule	von 11–12½ Uhr

Stadtteil Buer:

Gymnasium, Oberrealschule, Oberlyzeum	von 11,30–13 Uhr

Stadtteil Horst:

Knaben-Rektoratschule (bezw. Realprogymnasium)	v. 11½–12½ Uhr
Mädchen-Rektoratschule	von 11–12 Uhr

Bei der Anmeldung sind vorzulegen: Geburtsurkunde oder Familienstammbuch, Impfschein und eine Bescheinigung des Rektors der zuletzt besuchten Schule über den bisherigen Schulbesuch. Die Anmeldungen müssen durch die Erziehungsberechtigten persönlich erfolgen. Anmeldungen durch Fernsprecher können nicht berücksichtigt werden.

Der Tag der Aufnahmeprüfung wird bei der Anmeldung bekannt gegeben.

Gelsenkirchen-Buer, den 6. Januar 1930.

Die Direktoren der städt. höheren Lehranstalten.
Die Rektoren der Rektorat- und Mittelschulen.

B. Kirchfeld

G. m. b. H. Fernruf 21141 Matthiasstr. 8

liefert stückreiche

Hausbrandkohlen

hervorragende

Nußkohlen

der Zeche Alma u. den vorzüglichen

Brechkoks

der Großkokerei Alma-Pluto

sowie

Ia. Anthrazit- u. Eßkohlen
Steinkohlen-, Eiform- und Braunkohlen-Briketts

frei Haus — frei Keller

B. V.-Benzol **B. V.-Aral**

direkt ab Werk ohne Zwischenfüllung



Unsere gut eingerichtete Druckerei liefert Drucksachen aller Art für Handel, Gewerbe und Industrie nach modernen Entwürfen

BUCHDRUCKEREI VOLKSWILLE

Ringstr. 33 ■ Fernruf Sammel-Nr. 258 41

Bahnhofswirtschaft Hauptbahnhof

erstkl. Speisen u. Getränke

mäßige Preise

A. MOENIKES

Wie viele Jugendämter gibt es?

Die Zeitschrift „Gesunde Jugend", herausgegeben von Medizinalrat Dr. A. Gertz (Würzburg), Maria Regina Jünemann (Berlin) und Ministerialdirektor Dr. Schneider (Berlin), gibt eine Zusammenstellung über die Jugendämter im Reich:

„Nach dem Stande vom 3. März 1928 wurden insgesamt im Deutschen Reich 1202 Jugendämter gezählt, darunter 275 städtische, 760 ländliche und 169 sonstige (Gemeinde-) Jugendämter. (In dieser Zahl sind Angaben für den Freistaat Sachsen nicht enthalten, da nach dem dortigen Wohlfahrtspflegegesetz besondere Jugendämter nicht errichtet sind, diese vielmehr in den (50) Bezirksfürsorgeverbänden aufgehen; mehrfach fehlen auch in den übrigen Zahlenangaben und Uebersichten ausführliche Mitteilung von Sachsen.) In 383 Fällen handelt es sich dabei um besondere, neuerrichtete selbständige Behörden. In 819 Fällen sind entsprechend dem § 10 des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt die Aufgaben des Jugendamts einer bereits bestehenden Amtsstelle der Selbstverwaltung oder einer anderen geeigneten Amtsstelle übertragen worden, innerhalb deren das Jugendamt eine auf Grund des § 9 gebildete Abteilung darstellt.

720 Jugendämter entfallen auf Preußen, 224 auf Bayern, 58 auf Württemberg, 56 auf Baden, 26 auf Thüringen, 23 auf Hessen, 3 auf Hamburg, 14 auf Mecklenburg-Schwerin, 24 auf Oldenburg, 8 auf Braunschweig, 11 auf Anhalt, 3 auf Bremen, 10 auf Lippe, 1 auf Lübeck, 14 auf Mecklenburg-Strelitz, 3 auf Waldeck und 4 auf Schaumburg-Lippe."

Uebernahme der gesetzlichen Reichsversicherungssteuer

durch die Provinzial-Feuersozietät auf eigene Rechnung.

Wie wir hören, hat die Provinzial-Feuersozietät auch für das Jahr 1930 die gesetzliche Reichs-Versicherungssteuer, die bekanntlich jeder Versicherungsnehmer außer dem jährlichen Versicherungsbeitrage zu zahlen hat, für ihre Versicherungsnehmer auf eigene Rechnung übernommen.

Diese Vergünstigung kommt allen Versicherungsnehmern der Provinzial-Feuersozietät zugute.

In der gegenwärtigen wirtschaftlich schweren Zeit kann es nur begrüßt werden, daß die Versicherungen der Feuersozietät um die gesetzliche Versicherungssteuer, die jährlich insgesamt einen Betrag von über 400 000 RM ausmacht, verbilligt werden.

Sofern die Feuerverhütungsmaßnahmen zu einer Verringerung der Brandschäden führen, gedenkt die Feuersozietät, wie uns mitgeteilt wird, auch für das Jahr 1931 die Versicherungssteuer entgegenkommenderweise selbst zu tragen.

Eines besonderen Antrages auf Erlaß der Versicherungssteuer seitens der Versicherungsnehmer der Feuersozietät bedarf es nicht. Es wird vielmehr ohne weiteres bei jeder Beitragszahlung automatisch die Steuer von der Feuersozietät rechnungsmäßig übernommen.

Der Frauenüberschuß.

Der Frauenüberschuß in den einzelnen Ländern Europas ist nicht erst nach dem Kriege entstanden, sondern hatte bereits um die Jahrhundertwende in den meisten Staaten beträchtlichen Umfang angenommen. In den am Weltkrieg beteiligten Staaten stieg er in den letzten 25 Jahren erheblich an; in den übrigen Ländern ist er im Abnehmen begriffen.

Es kamen in Dänemark um das Jahr 1900 auf 1000 Männer 1060 Frauen, 1925 nur noch 1051 Frauen. Auch in Schweden erfuhr der Frauenüberschuß eine Verminderung; er ging von 1050 auf 1037 zurück. Noch größer ist der Rückgang in Norwegen, wo vor 25 Jahren auf 1000 Männer 1095 Frauen kamen, während 1925 die Ziffer nunmehr 1054 betrug. Die Niederlande hatten schon vor dem Kriege einen sehr geringen Frauenüberschuß; er betrug 1017 und ist jetzt auf 1013 zurückgegangen.

In den am Weltkrieg beteiligt gewesenen Staaten stellen sich die Verhältnisziffern wie folgt dar: In Rußland ist der Frauenüberschuß von 1025 auf 1110 gestiegen. In Deutschland von 1029 auf 1067, in Frankreich sogar von 1022 auf 1110. In Serbien, wo vor dem Kriege die Männer in der Ueberzahl waren (es kamen auf 1000 Männer 936 Frauen), ist jetzt ein starker Frauenüberschuß festzustellen, er beträgt 1039. Ein ähnliches Ergebnis zeitigte der Krieg in Bulgarien, wo im Jahre 1900 950 Frauen auf 1000 Männer kamen und jetzt ein kleiner Frauenüberschuß vorhanden ist. Griechenland hatte 1900 auf 1000 Männer nur 920 Frauen, jetzt kommen auf 1000 Männer 1013 Frauen. In Großbritannien ist der Frauenüberschuß von 1067 auf 1094 angewachsen, in Belgien von 1017 auf 1033. Die Vereinigten Staaten von Amerika indes haben noch immer einen Männerüberschuß; es kommen dort 961 Frauen auf 1000 Männer.

Starke Zunahme der weiblichen Angestellten

Infolge des Ausfalles der männlichen Arbeitskräfte durch den Krieg und seine Folgen ergab sich ein erhöhter Bedarf an Frauenarbeit. Dementsprechend vermehrte sich die Zahl der Arbeiterinnen im Gewerbe, Handel und Verkehr bis 1925, der letzten Berufszählung, um etwa die Hälfte ihres Bestandes von 1907. In den drei großen Berufsgruppen, Land- und Forstwirtschaft, Gewerbe, Handel und Verkehr stieg die Zahl der weiblichen Angestellten von 320 300 im Jahre 1907 auf 1 029 400 im Jahre 1925, also um mehr als das Dreifache. Die weiblichen Angestellten bestehen vorwiegend aus kaufmännischem und Büropersonal. Daneben finden sich weibliche Angestellte vorwiegend nur in der Gast- und Schankwirtschaft als Kellnerinnen und Köchinnen und bei der Reichspost als Telephonistinnen. Aber auch fast 10 000 technische weibliche Angestellte sind in gewerblichen Betrieben (Textilindustrie usw.) vorhanden.

Brauereiabgabe und Bierpreis.

Die Schlegel-Scharpenseel-Brauerei AG., Bochum, macht in ihrem Geschäftsbericht interessante Angaben über die steuerliche Belastung des Unternehmens, die einen Einblick in die außerordentlichen Lasten, die heute ein Brauunternehmen tragen muß, gewähren.

Es heißt in dem Geschäftsbericht:

„An Steuern haben wir in dem abgelaufenen Geschäftsjahr 3 467 422,60 M. gezahlt. Das sind 57,74 v. H. unseres Aktienkapitals und auf den Betriebstag umgerechnet rund 11 600 RM. Das Hektoliter Bier wird einschließlich Gemeindebiersteuer mit 12,60 RM. belastet, im Gegensatz zu dem Jahre 1903-04 mit nur 1,26 RM."

Danach hat sich also die steuerliche Belastung genau verzehnfacht, während der Bierpreis noch nicht um 100 Prozent gestiegen ist. Man kann also ruhig behaupten, daß der größte Teil der Preiserhöhung auf die erhöhte steuerliche Belastung entfällt.

Interessant ist auch, daß mehr als die Hälfte des Aktienkapitals an Steuern abgeführt werden muß.

Alle diese Gesichtspunkte müssen in Betracht gezogen werden, wenn man von den hohen Alkoholausgaben unseres Volkes spricht. Man vergißt dabei nur zu leicht, daß ein großer Teil der Einnahmen der Brauindustrie nur Durchgangsposten sind, die der Staat erhält.